

6. Landespräventionstag

Sachsen-Anhalt



Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt

10. November 2010

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Inhalt

Seite

Eröffnung und Begrüßung

Herr Staatssekretär Rüdiger Erben

Vorsitzender des Landespräventionsrates des Landes Sachsen-Anhalt 3

Grußwort

Herr Dr. Lutz Trümper

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg 8

Impulsreferat

**„Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse
und sozialräumlicher Entwicklungen: Mögliche Auswirkungen auf Phänomene
der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention“**

Herr Wolfgang Kahl

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention 13

Markt der Möglichkeiten

Seniorenvertretung Magdeburg e. V.,

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“ 56

Bürgerinitiative Stendal e. V. 60

Serviceverein der IPA für Polizeigeschichte und Prävention e. V. 62

Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF 66

Ministerium für Gesundheit und Soziales,

Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ 68

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen-Anhalt 72

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Betreuungsvereine Sachsen-Anhalt 73

Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. 76

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt 79

Malteser Hilfsdienst e. V. Magdeburg 80

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost 82

Techniker Krankenkasse Sachsen-Anhalt 84

WEISSER RING, Landesverband Sachsen-Anhalt 88

Seniorentheater der Volkssolidarität..... 91

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Foren

Forum a)

Senioren: Nutzung der Potentiale des Alters; Projekte der AG „Dialog der Generationen“

Frau Edeltraud Schochert

Seniorenvertretung Magdeburg e. V. 92

Forum b)

Städtebau: Demografischer Wandel im Kontext von Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe

Herr Torsten Schweiger

Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung und Bauen

Stadt Sangerhausen 99

Forum c)

Integration: Chancen und Potentiale von Zuwanderung

Frau Susi Möbbeck

Integrationsbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt 118

Forum d)

Ehrenamt: Engagement in Sachsen-Anhalt

Frau Birgit Bursee

Freiwilligenagentur Magdeburg 123

Resümee der Foren 134

Zum guten Schluss 144

Impressionen vom 6. Landespräventionstag 144

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Eröffnung und Begrüßung

Herr Staatssekretär Rüdiger Erben Vorsitzender des Landespräventionsrates des Landes Sachsen-Anhalt

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

ich heiße Sie als Vorsitzender des Landespräventionsrates Sachsen-Anhalt anlässlich des 6. Landespräventionstages sehr herzlich willkommen. Sicher haben Sie Verständnis dafür, dass ich auf eine individuelle Begrüßung aufgrund der Vielzahl unserer Gäste von hier aus verzichte.

Ich freue mich, dass Sie der Einladung zu der heutigen Veranstaltung in so großer Zahl gefolgt sind. Offensichtlich ist es dem Landespräventionsrat erneut gelungen, für den diesjährigen Präventionstag ein Thema zu wählen, das die Menschen – und insbesondere Sie als Teilnehmer – bewegt.



Meine Damen und Herren,

laut einer repräsentativen Umfrage für den Sachsen-Anhalt-Monitor erklärten 73 Prozent der Befragten im September 2010, dass sie sich stark mit Sachsen-Anhalt verbunden fühlen. Vorrangig wurde unser Bundesland von den Befragten als gutes „Reiseland“ beschrieben, das mit einer reizvollen Natur, einer interessanten Geschichte und vielen Sehenswürdigkeiten aufwarten könne. Gleichzeitig werden unserem Bundesland aber auch gerade von jüngeren Menschen Überalterung und fehlendes Selbstbewusstsein hinsichtlich der erstarkenden Wirtschaft negativ angelastet.

Die wegzugsbereiten Menschen identifizieren sich deutlich weniger mit unserem Bundesland als jene, die sich nicht mit Umzugsgedanken tragen. Seit 1990 haben 986.579 Menschen Sachsen-Anhalt den Rücken gekehrt. Fast zwei Drittel (618.887 Menschen) davon zogen in den Westen der Bundesrepublik. Im Gegenzug kamen in den zurückliegenden 20 Jahren 742.740 Menschen nach Sachsen-Anhalt, davon etwas weniger als die Hälfte aus den alten Bundesländern.

Ein Hauptaspekt, der für die Befragten für einen Wegzug spricht, ist ein gut bezahlter Arbeitsplatz in einem anderen Bundesland, vorzugsweise im Süden Deutschlands. Deshalb können sich auch gerade arbeitssuchende Menschen einen Umzug vorstellen. Aus diesem Grund wandern auch in überwiegender Anzahl gut ausgebildete Fachkräfte ab, da die Jobchancen in anderen Gebieten der Bundesrepublik zum Teil erfolversprechender sind als in Sachsen-Anhalt. Diese Abwanderung hat einen Einfluss auf die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Meine Damen und Herren,

tendenziell ist eine Überalterung der Bevölkerung in Deutschland, insbesondere auch in Sachsen-Anhalt, festzustellen. Ursachen hierfür sind u. a. die geringere Geburtenrate und eine hohe Abwanderung. Seit der Wiedervereinigung verringerte sich die Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts bis Ende Mai 2010 um 544.000 Personen (19 Prozent).

Während die Altersstruktur in Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts noch weitgehend die Form einer klassischen Alterspyramide aufwies, hat sich dies, wie in anderen Industrieländern auch, in den letzten Jahrzehnten dahingehend verändert, dass sich die bevölkerungsstärksten Jahrgänge in einer immer höheren Altersstufe befinden.

Dabei wird Sachsen-Anhalts Bevölkerung in 20 Jahren laut einer Studie des Europäischen Statistikamtes Eurostat die älteste in ganz Europa sein. Das heißt, der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre wird von heute 24,2 Prozent prognostisch auf 36 Prozent im Jahr 2030 steigen.

Meine Damen und Herren,

die mittel- und langfristigen Folgen dieser Überalterung werden sich auf zahlreiche Handlungsfelder wie z. B. die Bildung, die Kinderbetreuung, die Infrastruktur, die Gesundheit, die Altenhilfe, das Personalwesen und die Absatzmärkte auswirken und damit die Landesregierung, die Kommunen, die Wohlfahrtseinrichtungen und die Wirtschaft vor neue Aufgaben stellen.

Die Folgen sind teilweise schon heute sichtbar. Beispielhaft möchte ich auf den hohen Wohnungsleerstand in größeren Städten, den deutlichen Bevölkerungsrückgang vor allem im ländlichen Raum und den damit einhergehenden Rückgang der Infrastruktur sowie den Fachkräftemangel im wirtschaftlichen und medizinischen Bereich benennen.

Dies kann fatale Folgen für unser sozioökonomisches und kriminalpolitisches Klima haben.

Die demografische Entwicklung hat beispielsweise einen erheblichen Einfluss auf die Innere Sicherheit in unserem Land.

Diebstahlshandlungen werden prognostisch nach wie vor überwiegend von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen. Allerdings sind die Fallzahlen auch aufgrund des höheren Lebenswohlstands und des rasant fortschreitenden technischen Fortschritts in den vergangenen Jahren überproportional gesunken.

Dabei wird auch eine Verschiebung der Straftaten aus dem Bereich der Diebstahls- in den Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte sichtbar. Dieser Trend dürfte in Zukunft aufgrund einer immer älter werdenden Bevölkerung, wachsender technischer Möglichkeiten und der Abhängigkeit größer werdender Bevölkerungsteile von Sozialleistungen anhalten.

Die demografische Entwicklung hat neben einer mildernden Wirkung auf die Gesamtkriminalität auch Einfluss auf die Altersstruktur von Tätern und Opfern. Jugend- und Gewaltkriminalität werden aufgrund des demografischen Wandels tendenziell abnehmen. Dennoch bleiben Jugendliche und junge Erwachsene eine die Kriminalitätsslage prägende Gruppe. Vor allem die Gruppe gering gebildeter und arbeitsloser Jugendlicher sowie junger Erwachsener wird weiterhin Adressat für entsprechende polizeiliche Präventionsmaßnahmen bleiben.

Aber: Die Zahl älterer Tatverdächtiger steigt seit Jahren in fast allen Deliktsbereichen an und wird weiter steigen.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Wachsende Bevölkerungsanteile von Senioren verlangen in Zukunft aber auch auf diese Bevölkerungsgruppe zugeschnittene Präventionsstrategien. So zeigt eine alternde Bevölkerung ein verstärktes Rückzugsverhalten, das insbesondere in kleineren Orten des ländlichen Raumes zur Verödung öffentlicher Räume führt. Demografische Alterung und Bevölkerungsrückgang können für bestimmte Gruppen kontrollfreie Räume zur Begehung von Straftaten schaffen.

Senioren haben häufig aber auch eine überhöhte, die Realität nicht widerspiegelnde Kriminalitätsfurcht. Hier gilt es, ein angemessenes Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Gleichzeitig muss der Vermeidung von Straftaten zum Nachteil von älteren Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Daher ist sich auch die Landesregierung ihrer Verantwortung bewusst, frühzeitig auf die demografischen Änderungen positiven Einfluss auszuüben und die langfristig drohenden Folgen möglichst abzumildern. Dazu gehören u. a. Maßnahmen und Konzepte im Städtebau und Strategien, die der Abwanderung vor allem junger Menschen gegensteuern sowie Familiengründungen begünstigen. Dabei spielen attraktive Lebensbedingungen im Wohnumfeld als auch vorhandene Arbeits- und Kinderbetreuungsplätze eine große Rolle.

Meine Damen und Herren,

der 6. Landespräventionstag will heute versuchen, anhand der ausgewählten Bereiche Kriminalitätsentwicklung, Seniorenarbeit, Städtebau, Integration und ehrenamtliches Engagement, die Veränderungen bezüglich des demografischen Wandels näher zu betrachten. Anhand von Fachvorträgen im Plenum und in den Foren sowie mit dem „Markt der Möglichkeiten“ wollen wir aufzeigen, wie die demografischen Faktoren bereits jetzt unser Leben verändern und wie man darauf angemessen reagieren kann, um die negativen Folgen für die alternde Bevölkerung zu mildern.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Möglichkeiten unseres Bundeslandes hervorheben, denn Sachsen-Anhalt hat verschiedene Potenziale.

Alter hat Potenzial!

Lebenslanges Lernen und die eigene Selbstverwirklichung hören nicht auf, wenn man in das Rentenalter eintritt. Die Mehrzahl der älteren Menschen ab 65 Jahre gehört noch lange nicht zum „alten Eisen“, ist körperlich und vor allem geistig noch fit und will gebraucht werden. Es wachsen daher bei diesen Menschen überwiegend der Wunsch und die Bereitschaft zur selbstbestimmten aktiven Teilhabe in Gesellschaft und Politik. Somit kommt den kommunalen Seniorenvertretungen dabei die besondere Bedeutung zu, die spezifischen Interessen der älteren Menschen in politische Entscheidungsprozesse gegenüber der Verwaltung und der Wirtschaft sowie im kulturellen und sozialen Bereich einzubringen. Sie sind deshalb eine wichtige politische Interessenvertretung, weil sie die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben sichern hilft. Dieses Ziel verfolgt auch die Seniorenvertretung Magdeburg e. V., deren Mitglieder heute ein Forum über Themen der Seniorenarbeit ausrichtet.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Meine Damen und Herren,

Stadtentwicklung hat Potenzial!

Durch die eingangs von mir genannten Beeinflussungsfaktoren des demografischen Wandels verändert sich natürlich auch die Bevölkerungsdichte in den einzelnen Wohnregionen. Dabei spielen der Geburtenrückgang und die Abwanderung eine große Rolle. Gerade bei abnehmender Mobilität haben eher die Kommunen im ländlichen Bereich den Verlust von Bewohnern zu verkraften als die Städte. Es sind Lösungen gefragt, wie das „Landleben“ wieder attraktiv für junge Menschen wird und für ältere Menschen bleibt.

Allerdings müssen sich auch die Städte und stadtnahen Randgebiete auf den Alterungsprozess der Bevölkerung, insbesondere durch die Zurverfügungstellung von geeignetem Wohnraum in Form von seniorengerechten Wohnungen und entsprechend angepasster Infrastruktur, einstellen. Zu diesem Thema bietet das heutige Forum „Städtebau“ sicherlich interessante Überlegungen.

Meine Damen und Herren,

Integration hat Potenzial!

Eine wirksame und auf Dauer angelegte gesellschaftliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Sachsen-Anhalt liegt im unmittelbaren Interesse unserer Landesregierung.

Die Integration von bei uns lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderern unterstützt das Wachstumspotenzial unseres Landes. In wirtschaftlicher Hinsicht wird dem beginnenden Fachkräftemangel in verschiedenen Wirtschaftssektoren durch die Zuwanderung von qualifizierten ausländischen Fachkräften und Existenzgründern entgegen gesteuert. In sozialer Hinsicht sind die Stärkung von Bleibefaktoren und eine aktive Familienpolitik weitere wichtige Variablen der demographischen Stabilisierung.

Dazu werden Sie aber mit Sicherheit noch mehr Interessantes in dem heute angebotenen Forum „Integration“ hören.

Meine Damen und Herren,

bürgerschaftliches Engagement hat Potenzial!

In Deutschland sind inzwischen über 23 Millionen Menschen im Alter von über 14 Jahre ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne ehrenamtliche Helfer kaum mehr existieren. Neben der Betreuung von Kindern und alten Menschen zählen dazu u. a. auch Freiwilligendienste für den Natur-, Tier- und Umweltschutz, für die Straffälligenbewährungshilfe, für die Telefonseelsorge, für die Caritas und Diakonie, für verschiedene Hilfsorganisationen sowie für den Sport- und Kulturbereich.

Abschließend seien hier natürlich auch die Freiwilligen Feuerwehren sowie das Technische Hilfswerk genannt. Im Forum „Ehrenamt“ werden Sie die Gelegenheit haben, sich über das breite Spektrum ehrenamtlichen Engagements zu informieren.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

generationenübergreifende Prävention im Zuge demografischer Umwälzungen betrifft alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt, ob privat oder in beruflicher Funktion in den Städten und Gemeinden, in den Schulen, Opferschutzeinrichtungen oder Senioreneinrichtungen und -vertretungen bzw. im ehrenamtlichen Engagement. Deshalb danke ich Ihnen nochmals für Ihr Interesse an unserer Veranstaltung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch ausdrücklich auf den „Markt der Möglichkeiten“ hinweisen, der die heutige Veranstaltung umrahmt. Hier haben Sie die Gelegenheit, sich über interessante Projekte und Initiativen zu informieren, neue Einsichten zu gewinnen und Anregungen für Ihre eigene Arbeit mitzunehmen. Ich möchte daher auch die Gelegenheit nutzen, allen am „Markt der Möglichkeiten“ beteiligten Personen für ihre beispielgebende Arbeit zu danken.

Ich bin sicher, dass wir mit den erwähnten Potenzialen dem demografischen Wandel in geeigneter Form begegnen können. Der heutige Landespräventionstag bietet die Möglichkeit, einige Probleme noch näher zu beleuchten und tiefer in Lösungsansätze einzusteigen.

Ich wünsche Ihnen allen viele positive Eindrücke von diesem Tag und unserer heutigen Veranstaltung ein gutes Gelingen.

Grußwort

Herr Dr. Lutz Trümper
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Magdeburg

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrter Herr Staatssekretär Erben,
sehr geehrte Referenten,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
verehrte Gäste,

ich heiße Sie herzlich willkommen zum 6. Landespräventionstag zum Thema „Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“ und freue mich, über Ihr Interesse und Engagement.

Das diesjährige Motto verweist auf ein hochaktuelles Thema, mit dem wir uns auch in Magdeburg auseinandersetzen müssen. Ich freue mich deshalb besonders, einmal mehr Ihr Gastgeber zu sein.

Wenn wir heute von demografischem Wandel sprechen, so denken wir an eine immer älter werdende Bevölkerung und eine verstärkte Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen – vor allem junger Frauen – in strukturstärkere Regionen.

Zurück bleiben die jungen Männer, die einer soliden und erfolgreichen Schul- und Berufsausbildung nicht immer das nötige Engagement widmen.

Die Stadt Magdeburg ist seit einigen Jahren in der Lage, die sinkenden Geburtenraten durch einen positiven Zuwanderungssaldo auszugleichen. Ein Grund hierfür ist der Status Magdeburgs als Hochschulstandort, den wir in den letzten Jahren systematisch ausbauen konnten. So verzeichnen wir erfreulicherweise einen wachsenden Zustrom auswärtiger Studentinnen und Studenten.

Maßnahmen um diesen Trend beizubehalten, sind auch in Zukunft ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Agenda. Mit einer Profilierung als Bildungs- und Forschungsstandort steigt das Innovationspotential unserer Stadt, wir gewinnen gut ausgebildete Fachkräfte, die wiederum Investoren anziehen. So eröffnen sich auch Perspektiven für junge Leute ohne akademische Bildung.

Eine solche Entwicklung ist natürlich kein Selbstläufer. Um die jungen Menschen und insbesondere auch ausländische Fachkräfte und junge Frauen in der Stadt zu halten, braucht es ein weltoffenes und familienfreundliches Klima.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Wir investieren deshalb umfassend in die Sanierung und den Betrieb von Schulen und Kindertagesstätten, in attraktive Freizeitmöglichkeiten und interessante Kulturangebote.

Ein wichtiger demografischer Faktor ist das zunehmende Alter der Menschen in Magdeburg. Im Jahr 2009 waren etwa 55.000 Magdeburger älter als 65 Jahre und damit über 10.000 Personen mehr als noch vor 10 Jahren. Die Zahl der 7- bis 17-Jährigen ist dagegen in dieser Zeit um über 10.000 gesunken.

Es ist jedoch nicht sinnvoll, angesichts solcher Zahlen reflexartig eine Überalterung der Bevölkerung zu beklagen. Wir müssen stattdessen überlegen, wie wir für ältere Mitbürger den Alltag erleichtern können. Darüber hinaus sollten wir ebenso den Blick auf die Potentiale des Alters lenken. Sie liegen zum Beispiel in einem Mehr an Lebenserfahrung, Geduld und Zeit.

In Magdeburg haben wir seit 1992 eine engagierte Seniorenvertretung, die den Dialog zwischen Jung und Alt auf vielen Ebenen fördert. So entsteht ein lebendiges Netzwerk der Generationen. Darüber wird Ihnen Frau Schochert, die Leiterin der AG „Dialog der Generationen“ bei der Seniorenvertretung Magdeburg noch mehr berichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

erlauben Sie mir nach einigen Anmerkungen zur Demografie nun exemplarisch einige Konzepte und Ideen zur Kriminalprävention in Magdeburg vorzustellen.

Die errechnete „Kriminalitäts-Häufigkeitszahl“ in Magdeburg lag 2009 mit 13.733 Straftaten pro 100.000 Einwohner weit über dem Landesdurchschnitt von 8.427. Der Prävention von Straftaten räumen wir deshalb auch künftig einen sehr hohen Stellenwert ein.

Zur Kriminalprävention zählen dabei nicht nur Sanktionsmaßnahmen, wir können hier als Kommune nicht allein auf Abschreckung setzen.

Bei der Bekämpfung von Delikten aller Art vom Fahrraddiebstahl über Vandalismus bis hin zu Vorurteils- und Hassgewalt, leistet die Magdeburger Polizei in Zusammenarbeit mit dem Stadtordnungsdienst eine überaus professionelle und vorausschauende Arbeit.

Kriminalprävention ist jedoch nur interdisziplinär und unter Berücksichtigung aller möglichen Einflussfaktoren und Maßnahmen effektiv zu betreiben. Das hat uns der traurige Fall des 20-jährigen Rick, der 2008 am Magdeburger Funpark durch einen Gleichaltrigen ermordet wurde, einmal mehr auf erschütternde Art deutlich gemacht.

In Magdeburg haben wir mit dem „Kriminalpräventiven Beirat“ bereits 1997 ein Gremium geschaffen, in dem Polizei, Ordnungsamt, Jugendamt, Internationaler Bund und andere, direkt oder indirekt in die Kriminalprävention involvierte, Einrichtungen Hand in Hand zusammenarbeiten. Dabei begreifen wir die Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen nicht als bloße Objekte der jeweils getroffenen Maßnahmen, sondern setzen auf ihre aktive Mithilfe.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Wir brauchen eine wache und engagierte Zivilgesellschaft, in der das gesellschaftliche Zusammenleben generationenübergreifend gut funktioniert. So fällt auch die Anpassung an den demografischen Wandel leichter und die Kriminalitätsraten können sinken. Das heißt umgekehrt aber nicht, dass wir uns als Stadtverwaltung der Verantwortung in Sachen Kriminalprävention entziehen wollen.

Zu den Ansätzen, welche die Landeshauptstadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Kriminalprävention verfolgt, gehören:

1. Eine umfassende Stärkung und Würdigung bürgerschaftlichen Engagements
2. Das Stärken der Nachbarschaftshilfe und der Netzwerkstrukturen in den Stadtteilen
3. Die Gestaltung öffentlicher Räume für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen unter Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen
4. Die Umlenkung von Vandalismus- und Aggressionspotentialen in alternative Bahnen

Lassen Sie mich hierzu einige Beispiele nennen ...

Um bürgerschaftliche Beteiligung zu würdigen, zu fördern und zu vernetzen, hat die Landeshauptstadt im Jahr 2004 das „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ geschaffen. Daraus entstand 2005 auch die Freiwilligenagentur Magdeburg.

Die Agentur fungiert heute als zentrale Informations- und Beratungsstelle für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen zu vielfältigen Fragen ehrenamtlichen Engagements. Über die Arbeit der Freiwilligenagentur informiert sie später deren Leiterin Frau Bursee.

Kriminalprävention ist kommunal sehr eng an die einzelnen Stadtteile gebunden, die im Zuge des demografischen Wandels teilweise ihre heterogenen Bevölkerungsstrukturen verloren haben. Dadurch sind nach der Wende in Magdeburg wie auch in anderen Städten sozial problematische Stadtteile entstanden.

Mit Projekten zur Stärkung der Nachbarschaftshilfe und der Netzwerkstrukturen in den Stadtteilen, konnten wir hier viele positive Erfolge verzeichnen. Eine gravierende Kürzung der Mittel aus dem Bundesförderprogramm „Soziale Stadt“ könnte solche Fortschritte allerdings erheblich verlangsamen. Als Landeshauptstadt sind wir entschlossen, die entstandenen Strukturen auch weiterhin zu festigen und zu stärken. Dabei setzen wir auf die enge Zusammenarbeit

- mit den örtlichen Trägern der Bildungs- und Jugendarbeit,
- mit Kindertageseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,
- mit lokalen Initiativen und engagierten Einzelpersonen und
- mit den 20, in den Stadtteilen agierenden Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit.

In den letzten Jahren haben wir außerdem festgestellt, dass es bei der Kriminalprävention kaum hilft, verschiedene Gruppen – oft ging es dabei um Jugendliche – von öffentlichen Orten zu vertreiben. Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten konnten wir damit nicht verhindern, sondern die Probleme verlagerten sich lediglich.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Nun wollen wir versuchen, für die unterschiedlichen Gruppen nach und nach Freiräume und Aufenthaltsangebote zu schaffen. Das gelingt oft mit den einfachsten Mitteln. Einfache Sitzgelegenheiten, Papierkörbe, Tische, Wetterplanen genügen den Jugendgruppen oft schon.

Bedingung dabei ist, dass sie sich besser in das städtische Zusammenleben integrieren, also nicht randalieren und niemanden belästigen. Unsere bisherigen Erfahrungen mit diesem Ansatz zeigen: Wenn man den Jugendlichen Verantwortung für „ihre Areale“ gibt, sind sie kooperativer und halten sich auch an die festgelegten Regeln. Beschwerden über Vandalismus, Ruhestörung, Verschmutzungen und aggressives Verhalten gehen zurück. Maßnahmen wie die Videoüberwachung verschiedener Plätze oder andere Abschreckungsmaßnahmen, können in vielen Fällen vermieden werden.

So verhindern wir eine pauschale Kriminalisierung der Jugendlichen. Gleichzeitig verbessern wir die Akzeptanz zwischen den Generationen, indem die Jugendlichen nicht mehr grundsätzlich als Störfaktor und die Erwachsenen nicht per se als „Meckerer“ wahrgenommen werden.

In eine ähnliche Richtung geht auch der Umgang mit illegalen Graffiti. Durch Graffiti entstehen der Landeshauptstadt alljährlich hohe Sachschäden. Deswegen können wir einerseits auf die Abschreckung der Täter durch strafrechtliche Verfolgung nicht verzichten. Andererseits ist es aber möglich, bunte und gut gemachte Graffiti auf positive Weise für die Gestaltung einer Stadt zu nutzen.

Entsprechende Projekte gibt es bereits in vielen Städten Sachsen-Anhalts. Auch in Magdeburg bieten wir Graffitisprühern legale Übungsmöglichkeiten auf öffentlichen Flächen. Talentierte Sprüher haben dann die Gelegenheit, Auftragsarbeiten an gut sichtbaren Flächen anzubringen. Unserer Erfahrung nach kommt es auf den so gestalteten Flächen in den seltensten Fällen zu neuen Sachschäden.

Ein weiteres, sehr erfolgreiches Projekt ist das alternative freizeitpädagogische Antigewalt-Sofortprogramm, kurz ALSO. Es wurde im April 1997 von der Jugendberatungsstelle der Polizeidirektion Magdeburg angeregt und ist ein Präventionsprojekt vorwiegend für Kinder und Jugendliche.

Inhalt von ALSO ist es, die städtischen Sportstätten nachmittags, abends und nachts für die Jugendlichen nutzbar zu machen und gemeinsam mit ihnen kostenfreie sportliche und andere freizeitliche Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen. So gelingt es, den Bewegungsdrang der Jugendlichen in positive Bahnen zu lenken und einen sportlichen Ausgleich zum Alltag in sozial schwierigen Verhältnissen zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wie allein diese Beispiele verdeutlichen, hat Kriminalprävention – ebenso wie der demografische Wandel – viele Gesichter. Für eine erfolgreiche Kriminalprävention im Kontext des demografischen Wandels gibt es wenig Patentrezepte, aber vielversprechende Ideen und Ansätze.

Ein wichtiges Ziel muss es sein, die Stadt als soziale Stadt, als Erlebnis- und Begegnungsraum für alle Generationen und Kulturen zu erhalten und zu gestalten.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Dabei sind wir als Kommune auf die Hilfe von Land und Bund angewiesen. Die heutige Konferenz kann ein Schritt sein, unsere Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Mein Dank gilt deshalb den Organisatoren des 6. Landespräventionstages sowie allen Referenten und Teilnehmern für die Unterstützung unseres gemeinsamen Anliegens.

Ich wünsche uns allen einen spannenden Erfahrungsaustausch mit vielen neuen Erkenntnissen für unser gemeinsames Handeln.

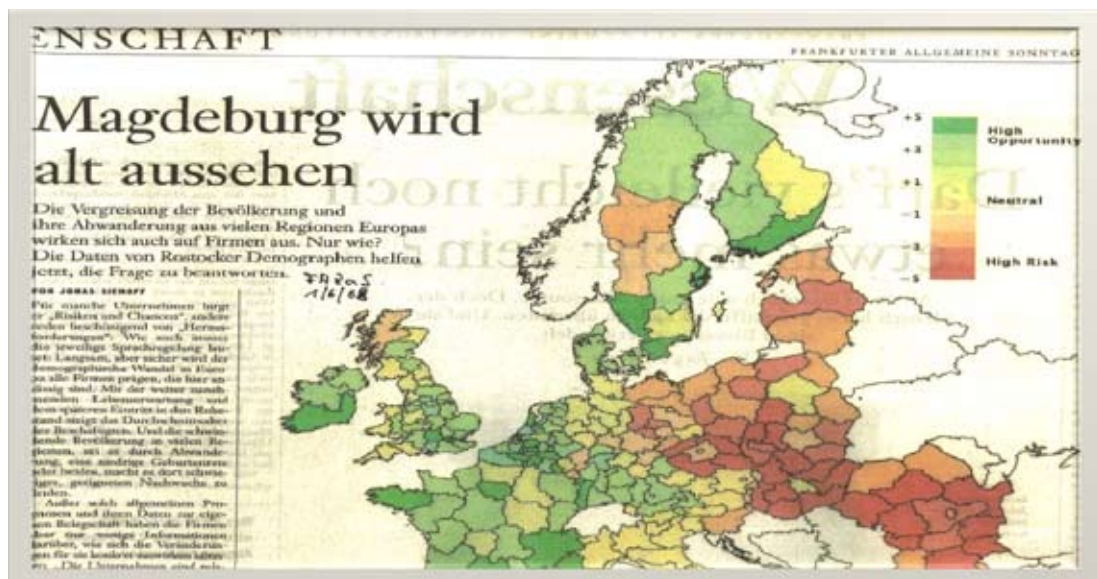
„Magdeburg wird alt aussehen“

Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen:
Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention

1. Fragestellung und Zielsetzung

Vorhersehbare sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen komplexer sozioökonomischer Prozesse, sozialräumlicher Entwicklungen und erheblicher demografischer Veränderungen auf die Kriminalitätslage sollten nicht erst im Stadium der Konkretisierung aufgegriffen sondern bereits jetzt beschrieben werden, um rechtzeitig ursachenorientiert und im Wortsinne präventiv, nämlich zuvor kommend, politisch handeln zu können.

Dieser Zielstellung folgend werden zunächst Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung aufgezeigt, um dann auf der Grundlage aktueller Trendanalysen (ausgewählte) erkennbare Risiken der Gewaltkriminalität und entsprechende Handlungserfordernisse abzuleiten. Am Schluss stehen Handlungsmöglichkeiten, deren Umsetzung den gesellschaftspolitischen Akteuren empfohlen wird. Es wird ein Beitrag zur aktuell auf gesellschaftlicher, politischer und auch wissenschaftlicher Ebene geführten „Zukunftsdebatte“ geleistet, die als öffentlicher Diskurs die vielfältigen Erfordernisse heute notwendiger Weichenstellungen für die Zukunft der Gesellschaft bewusst machen soll (vgl. etwa Frevel, 2004 und APuZ, 2011).



(Abb. 1 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 01.06.2008)

2. Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung

Für zukunftsorientierte (wissenschaftliche) Fragestellungen sind Begrenzungen des methodischen Vorgehens gegeben, die – im Gegensatz dazu – die Vergangenheits- und Gegenwartsforschung nicht betreffen. Aussagen über zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen können – zum Teil erhebliche – Unsicherheitsgrade nicht überwinden und deshalb auch nicht außer Acht lassen. Der demografische Wandel lässt sich zwar aufgrund der Stetigkeit wesentlicher Parameter (Geburtenrate, Lebenserwartung) unter bestimmten Annahmen und in bestimmten Bandbreiten nachvollziehbar fortschreiben. Schwieriger wird es jedoch im Hinblick auf Bereiche des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels sowie ihrer globalen Einflüsse Voraussagen zu treffen, um so schwieriger, wenn diese zueinander wie auch zum demografischen Wandel in komplexen Wechselbeziehungen stehen, die zudem nicht immer offenkundig sind oder gar quantifizierbar wären. Noch komplexer wäre die Analyse zur Frage, wie sich strukturelle Entwicklungen auf die zukünftigen Lebenswelten der Menschen auswirken. Der schließlich mit veränderten Lebenswelten verbundene Wandel von Einstellungen und Gefühlen der Menschen ist schwer vorstell- und vorhersehbar – wenngleich z.B. eine Einschätzung dazu bedeutsam wäre, inwieweit als für die Gesellschaft riskant eingeschätzte strukturelle Entwicklungen tatsächlich die individuelle Motivation z.B. für gewalttätiges Verhalten beeinflussen würde.

- (1) In der Zukunftsforschung hat sich für Prognosemodelle vor allem vor dem Hintergrund der „Unsicherheitsproblematik“ die **Szenariomethode** durchgesetzt, die prinzipiell verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten z.B. gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigt, die sich aus der Kombination unterschiedlicher Annahmen über die zukünftige Entwicklung zu den (meist von Experten) als relevant erachteten Einflussfaktoren ergeben. Die Annahmen basieren auf dem Erfahrungswissen (der Experten) zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung und können mit Wahrscheinlichkeitsaussagen versehen werden. Mit Hilfe der Szenarien lassen sich dann Risiken und Chancen beschreiben, aus denen wiederum jeweilige Handlungserfordernisse abgeleitet werden können. Der Komplexitätsgrad steigt mit der Anzahl und der Kombinationsdichte der zugrunde gelegten Einflussfaktoren. Szenarien sind insoweit begründete Zukunftsmodelle, die unter Umständen auch sehr unterschiedlich ausfallen können und deshalb geeignet sind, die Extrempunkte erwartbarer Ergebnisse auszuloten. Sie erheben gerade nicht den Anspruch, lediglich eine wahrscheinliche Zukunft vorauszusagen und sind – in Abgrenzung zu als Prophetien bezeichneten Vorausverkündungen göttlicher Eingebung oder menschlicher Erleuchtung – rational begründet. Das Resultat hängt von dem am Anfang stehenden Blick und den vorne eingegebenen Prämissen ab. Langfristige

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Vorhersagen sprechen notwendiger Weise andere Dimensionen an als kurzfristige Einschätzungen etwa zur Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses.

- (2) Einfache **Projektionen** hingegen sind Fortschreibungen bereits festgestellter Entwicklungen unter Annahme spezifischer Gesetzmäßigkeiten. Sie sind dann für die Zukunftsbeschreibung geeignet, wenn von einer Kontinuität der Entwicklung begründet ausgegangen werden kann oder die Folgen bereits vergangener Entwicklungen sich mit einem Zeitverzug in der Zukunft (sichtbar) auswirken (wie z.B. der Geburtenrückgang die Altersstruktur der Bevölkerung erst in größeren Zeitabständen spürbar verändert).
- (3) Genannte Verfahren unterscheiden sich von **generalisierenden Theorien** zu den großen Zusammenhängen weltgeschichtlicher Entwicklungen, die kenntnisreich und schlüssig etwa den „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler, 1918) vorhersagen oder den Übergang in eine bessere z.B. „klassenlose“ Gesellschaft (Karl Marx, Friedrich Engels 1848) versprechen. Diese Interpretationen der Zeitläufte zeigen das vielfältige, komplexe Ineinandergreifen von ökonomischen, kulturellen und soziologischen Parametern und den Einfluss internationaler Entwicklungen auf innergesellschaftliche Prozesse, allerdings im Rahmen umstrittener Gesetzmäßigkeiten. Aktuelle Zukunftsbeschreibungen dieser Kategorie (Jan Roß: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft., Berlin 2008; Jacques Attali: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft, Berlin 2008; Youssef Courbage / Emmanuel Todd: Die unaufhaltsame Revolution, München 2008), die sich etwa mit den Thesen von Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ (1992) und Samuel Huntington zum „Kampf der Kulturen / Zivilisationen“ (1993) auseinandersetzen, beschreiben unterschiedliche Zukunftsvarianten zwischen den Polen eines Niedergangs westlicher Weltdominanz und einem langfristigen Erfolg demokratischer Ideen.
- (4) Der Blick in die Zukunft ist weiterhin vom jeweiligen **Zeitgeist** geprägt – gemeint ist ein über einen gewissen Zeitraum vorherrschendes Klima, das mehr oder weniger optimistisch bzw. pessimistisch Zukunftsaussichten zum Ausdruck bringt und somit auch den öffentlichen bzw. politischen Diskurs bestimmt. Der Wandel des Zeitgeistes ist sowohl durch langfristige Trends (vgl. etwa Umwelt-/Klimadebatten) als auch durch spektakuläre Einzelereignisse (z.B. Ölkrise 1974, Tschernobyl 1986, 11. September 2001) beeinflusst.

Wie auch immer: Planerische Entscheidungen von Menschen sind von **Erwartungen** über zukünftige Entwicklungen mitbestimmt. Politische, unternehmerische wie private Entscheidungsträger orientieren sich in unterschiedlichem Ausmaß systematisch, langfristig

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

vorausschauend an einer Folgenabschätzung ihres Handelns bzw. Nichthandelns in einem Kontext vielfach nicht selbst beeinflussbarer Prozesse.

Ein Ergebnis dieser Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung ist, dass es kaum sinnvoll ist, brauchbare Zukunftsbilder über längere Frist zu skizzieren. Dennoch werden für die heutige Entscheidungsfindung **Einschätzungen** zur Zukunft benötigt, die möglichst rational entwickelt werden sollten.

Das aufgezeigte methodische Dilemma wird in der weiteren Darstellung noch deutlicher und findet entsprechende Berücksichtigung.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

3. Ein Panorama des demografischen Wandels in Deutschland

Umfang, Altersaufbau und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung verändern sich nach den Verwerfungen des Zweiten Weltkrieges im europäischen Raum wieder kontinuierlich und nur über längere Zeiträume betrachtet merklich („Trägheit des Prozesses“). Wichtige Komponenten der Betrachtung einer aggregierten Bevölkerungsentwicklung sind Geburtenhäufigkeit, durchschnittliche Lebenserwartung und Außenwanderungssaldo.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt mit der mittlerweile 12. Bevölkerungsvorausberechnung einen Ausblick bis zum Jahr 2060 (Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Wiesbaden 2010). Heute festgestellte demografische Entwicklungen werden unter festgelegten Annahmen fortgeschrieben, haben allerdings mit zunehmendem Abstand zum Basiszeitpunkt (hier 31.12.2008) nur Modellcharakter. Die Berechnung geht von einer Geburtenhäufigkeit auf niedrigem Niveau (drei Annahmen: 1,2 oder 1,4 oder 1,6 Kinder pro Frau), einer zunehmenden Lebenserwartung (zwei Annahmen des Anstiegs) und einem jährlichen Wanderungsüberschuss ausländischer Personen (zwei Annahmen 100.000 oder 200.000 im Hinblick auf die Höhe der Außenwanderungsgewinne, (weiter auf der nächsten Seite)

Übersicht ausgewählter Varianten der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung			
Variante	Annahmen		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2060	Wanderungs- saldo (Personen/Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	Annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 8 und bei Mädchen um 7 Jahre	100 000 ab 2014
„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze			200 000 ab 2020
„Relativ junge“ Bevölkerung	Leichter Anstieg auf 1,6	Basisannahme	200 000 ab 2020
„Relativ alte“ Bevölkerung	Langfristiger Rückgang auf 1,2	Starker Anstieg: bei Jungen um 11 und bei Mädchen um 9 Jahre	100 000 ab 2014

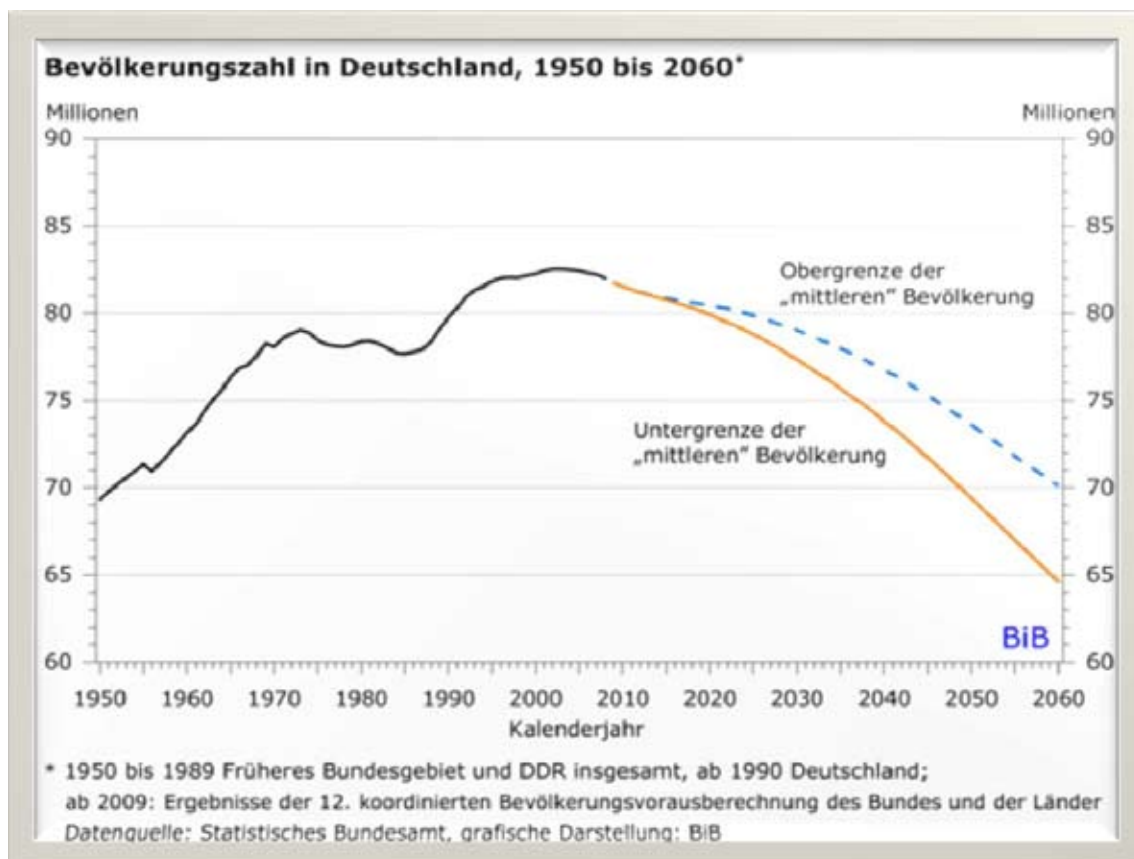
(Abb. 2: Annahmen der 12. Bevölkerungsvorausberechnung, StaBu 2010)

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

d.h. einem Überschuss von Einwanderern gegenüber Auswanderern) aus. Zwölf unterschiedliche Varianten ergeben sich, von denen zwei „mittlere Varianten“ für die Ergebnisdarstellung herangezogen werden.

Einzelne Befunde sind:

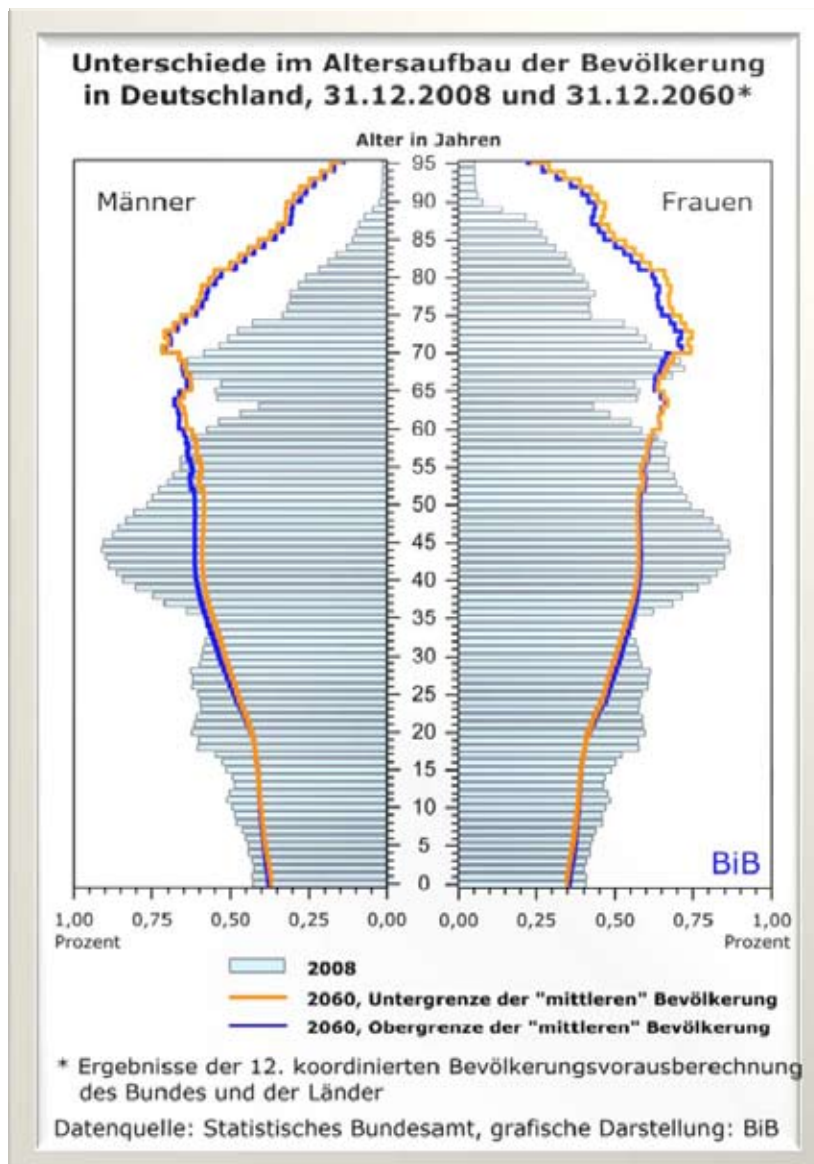
- Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl der potenziellen Mütter immer kleiner wird und damit die Zahl der geborenen Kinder rapide abnehmen wird.
- Das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge – bei steigender Lebenserwartung – in hohe Altersgruppen führt in den kommenden fünfzig Jahren zu einer Zunahme der jährlichen Sterbefälle.
- Da die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen künftig immer mehr übersteigt, wird die Bevölkerungszahl trotz Zuwanderung schrumpfen. Je nach Variante der Vorausberechnung wird die Bevölkerungszahl zum Jahr 2060 in Deutschland zwischen 64 und 70 Millionen betragen. Ende 2008 lebten in Deutschland rund 82 Millionen Menschen.
- Die Relationen zwischen den Altersgruppen werden sich künftig stark verändern.



(Abb. 3: Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2060, Stabu 2010)

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

- Der Gesamtzahl der jungen Menschen unter 20 Jahren wird bis zum Jahr 2060 von rund 16 Millionen (19,5%) auf etwa 10 Millionen abnehmen, was dann 16% der Bevölkerung entspräche.
- Der Anteil der über 80-Jährigen könnte sich von derzeit 5% (absolut: 4 Millionen) auf 14% (absolut: 9 Millionen) fast verdreifachen.
- Der Anteil der mittleren Altersgruppe wird deutlich abnehmen.
- Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) und den Senioren, der so genannte Altenquotient, wird sich entsprechend deutlich (von 30 auf über 65) verändern. Auch der Anteil der Älteren innerhalb der Gruppe der Personen im Erwerbsalter wird erheblich zunehmen. Die Gesellschaft wird älter werden.



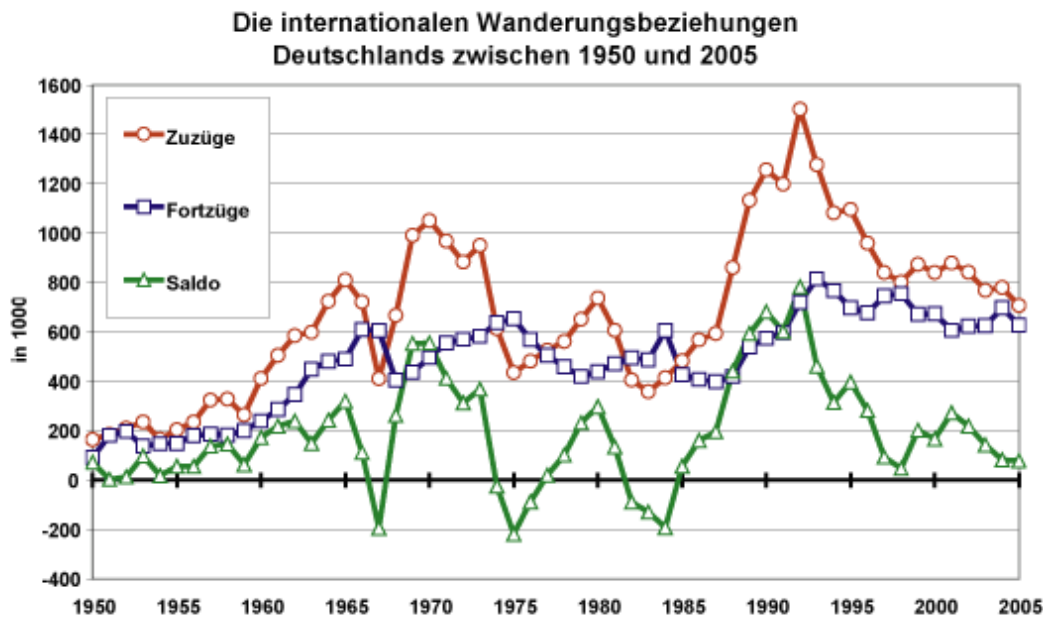
- Der Jugendquotient (unter 20-Jährige im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) wird in etwa bei 30 stabil bleiben.
- Der Gesamtquotient steigt von etwa 65 auf knapp 100, d.h. auf 100 Erwerbspersonen kommen im Jahr 2050 etwa 100 Menschen im Ausbildungs- oder Rentenalter.

(Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung 2008 und 2060, StaBu 2010)

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Zu den Aspekten der Wanderungsbewegungen aus und nach Deutschland sowie innerhalb Deutschlands geben Erkenntnisse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Auskunft (www.bbr.bund.de).

Dass es auch zukünftig große Schwankungen im Außenwanderungssaldo geben wird, kann aufgrund des vergangenen Verlaufs (typische Eigenschaft) vermutet werden.



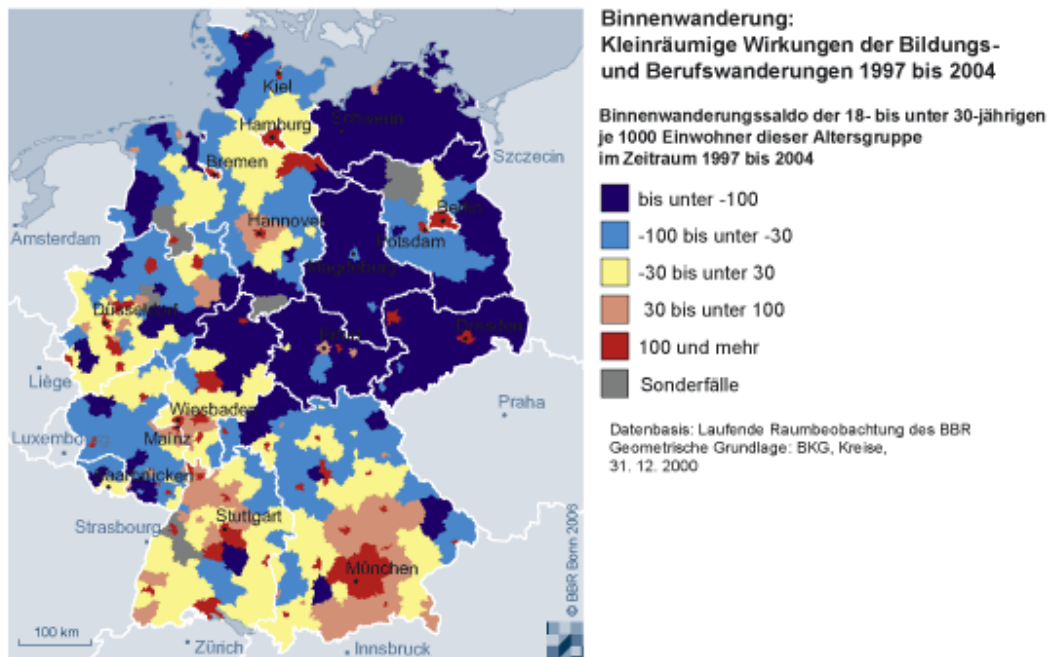
(Abb. 5: Die internationalen Wanderungsbeziehungen Deutschlands 1950-2005, BBR 2006)

Mit zunehmender räumlicher Differenzierung steigt in der Regel die Bedeutung von Wanderungen gegenüber den natürlichen Bewegungen (Geburten, Sterbefälle) für die Bevölkerungsentwicklung. Darüber hinaus sind Wanderungen, insbesondere Binnenwanderungen auch ein aussagekräftiger Indikator für regionale Disparitäten in den Bereichen Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder generell für Unterschiede in der Attraktivität von Regionen.

Binnenwanderungen werden sinnvollerweise nach Altersgruppen unterschieden. Die Wanderungen können dadurch näherungsweise mit den unterschiedlichen Motiven verbunden werden, die in bestimmten Lebensphasen dominieren. Auch hinter einem ausgeglichenen altersübergreifenden Wanderungssaldo verbergen sich häufig gegenläufige Bewegungen der einzelnen Altersgruppen.

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der „Zukunftsfähigkeit“ einer Region ist die Betrachtung der Wanderungsbewegungen der 18-30-Jährigen.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



(Abb. 6: Binnenwanderung in Deutschland 1997-2004, BBR 2006)

Bildungs- und Arbeitsmarktwanderung: In der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen sind die Bildung und die Erzielung von Erwerbseinkommen die zentralen Motive für Wanderungsentscheidungen. Für diese Gruppen sind die Städte mit ihren Hochschulstandorten und ihrem Arbeitsplatzangebot das bevorzugte Wanderungsziel. Der abgebildete Trend der „Entleerung“ von Gebieten (s.o.) wird sich fortsetzen.

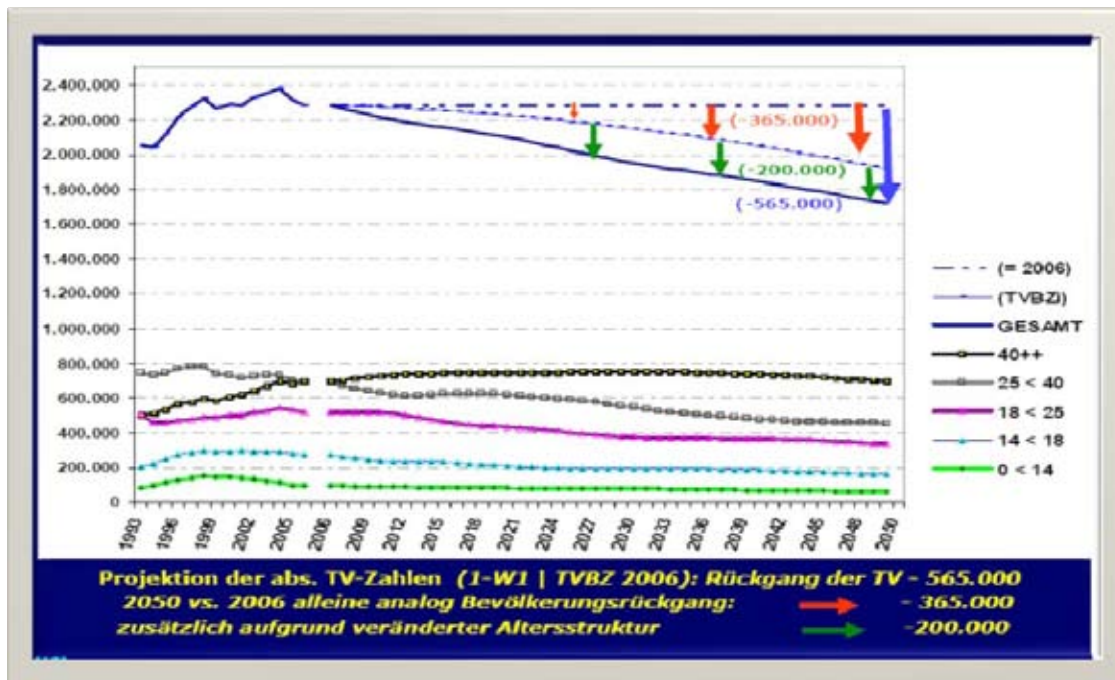
4. Erkenntnisse und Überlegungen zum Zusammenhang von demografischem Wandel und Kriminalitätsentwicklung

Kriminalität ist als gesellschaftliches Phänomen und Problem eine abstrakte Dimension, die sich in - als strafbar normierten - Verhaltensweisen einzelner Menschen, in einzelnen und qualitativ sehr unterschiedlichen Delikten in der Lebenswelt konkretisiert und sich im Zeitlauf auch verändert, ein sehr vielfältiges Explanadum also, mit unterschiedlichen Differenzierungs- und Kategorisierungsmöglichkeiten. Die Auswirkungen des demografischen Wandels müssten demzufolge im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Deliktsbereiche / Delikte, auf die Deliktsstruktur, auf die Veränderung von Tatgelegenheiten, Tätermotivationen und Viktimisierungsrisiken sowie auf die Herausbildung Devianz fördernder Faktoren eingeschätzt werden, z.B. im Hinblick auf Gewaltphänomene.

Einen ersten Ansatz haben etwa **Wolfgang Heinz / Gerhard Spiess** in Ihrer Projektion „**Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050**“ (vgl. *forum kriminalprävention* 3/2005) gewählt. Unter der Annahme konstanter

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Belastungsniveaus der Altersgruppen werden langfristige Trends unter besonderer Berücksichtigung der zuletzt beobachteten Trends fortgeschrieben, eine Modellrechnung, die zeigt, wie auf der Basis der derzeit beobachteten altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastung und der derzeit plausibel anzunehmenden demografischen Veränderungen – bei sonst unveränderten Bedingungen – die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen und der Deliktsstruktur erwartbar ist. Diese Vorgehensweise wird von den Wissenschaftlern jedoch selbst für problematisch gehalten, weil zahlreiche weitere Faktoren der Kriminalitätsentwicklung nicht oder nur statisch einbezogen werden. Das Ergebnis ist eher unspektakulär: „Insgesamt ist mittelfristig eine stärkere Abnahme bei den typischerweise von jungen Menschen begangenen leichteren Delikten und ein Zunahme bei schwereren, erwachsenentypischen Delikten zu erwarten. Die absehbaren Verschiebungen sind aber insgesamt sehr gering.“



(Abb.7: Projektion der absoluten Tatverdächtigen-Zahlen, Heinz/Spiess 2005)

Zur „**Phänomenologie der Alterskriminalität**“ stellt **Klaus Laubenthal** (vgl. *forum kriminalprävention* 3/2005) fest: Die relative Belastung der alten Menschen liegt heute deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil (Unterbelastung). Es lassen sich keine altersspezifischen Delikte feststellen, d.h. Delikte, die in der Mehrzahl von alten Menschen begangen werden. Eine Besonderheit liegt eher in einem begrenzten Deliktsspektrum. Eigentums- und Verkehrsdelikte nehmen den ganz überwiegenden Anteil der Alterskriminalität ein. Weiterhin gibt es strafbares Verhalten älterer Menschen, dessen Ätiologie und Begehungsweise als alterstypisch zu bezeichnen ist (z.B. bei verbaler

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Beleidigung, einfacher Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung). Alterskriminalität ist ganz überwiegend sog. Spätkriminalität, d.h. etwa drei Viertel der Altersdelinquenten geraten erstmals ins Hellfeld und werden wegen einer Straftat sanktioniert. Alterskriminalität gründet nicht selten auf dem physischen, psychischen und sozialen Alterungsprozess, was zu unterscheiden wäre von einer „späten“ Aufdeckung einer lebenslangen kriminellen Karriere. Auch können sich früher entstandene und manifestierte Dispositionen erst im Alter in kriminellem Verhalten auswirken.

Der steigende Anteil alter Menschen an der deutschen Bevölkerung bleibt nicht ganz ohne Auswirkungen auf deren Kriminalitätsbelastung, die entsprechend der Vorgehensweise von Heinz/Spiess quantifiziert werden könnte. Dennoch sind dramatische Verschiebungen hin zu statistisch signifikanter Alterskriminalität dabei nicht zu erwarten.

Aus der Opferperspektive betrachtet steigen die Herausforderungen bei der Eindämmung von Gewalt gegenüber alten pflegebedürftigen Menschen sowohl im familiären Umfeld als auch in stationären Pflegeeinrichtungen. Verlässliche Daten zur aktuellen Lage liegen nicht vor (Angaben in **Görgen et al. *Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen***, Studie im Auftrag des BMFSFJ, 2009) und fraglich ist, ob sie jemals in vollem Umfang ermittelt werden können. Wenn die Zahl der pflegebedürftigen Menschen aus demografischen Gründen steigen wird, dann ist auch mit einer Zunahme der Gewaltphänomene in diesem Zusammenhang zu rechnen.

In einer Modellrechnung hat das **Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nordrhein-Westfalen eine Prognose über die zukünftige Zahl von Pflegebedürftigen** und den Bedarf an Pflegearbeitskräften berechnet.

2009 konnten etwa 2,34 Millionen Pflegebedürftige im Rahmen des Pflegeversicherungssystems gezählt werden, bis zum Jahr 2020 wird von einem Anstieg auf 2,9 Millionen ausgegangen. Die relative Betroffenheit ist regional sehr unterschiedlich: Mit über 330 Pflegebedürftigen pro 10.000 Einwohner sind derzeit die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen am stärksten betroffen. In diesen Ländern wird die relative Betroffenheit bis zum Jahr 2020 zum Teil auf über 500 Pflegebedürftige pro 10.000 Einwohner ansteigen (Sachsen-Anhalt 508, Mecklenburg-Vorpommern 523). In der Modellrechnung wird davon ausgegangen, dass etwa ein Drittel in stationärer Pflege, ein weiteres Drittel von mobilen Diensten und ein letztes Drittel durch Angehörige zu pflegen sein wird.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



(Abb. 8: Titel zum Alterungsaspekt)

Ohne nun die Quantität der Entwicklung von Gewalt gegen Pflegebedürftige genau voraussagen zu können, scheint es aber geboten, die bereits vorhandene Sensibilisierung bei den relevanten Präventionsakteuren aufzugreifen und die bisherigen Präventionsansätze und –konzepte weiterzuentwickeln und ihre Umsetzung auf allen Ebenen deutlich stärker zu fördern (vgl. Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: **Geborgenheit schenken, Schutz bieten - Sicherheit für Senioren**, Berlin / Stuttgart 2006). Entscheidend wird für diese Bemühungen eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Pflege sein.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Die bisher beschriebenen Ansätze der „Kriminalprognose“ berücksichtigen kaum den Kontext der dynamischen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse im 21. Jahrhundert. Die Fragen nach den Risiken und deren sicherheitspolitisch bedeutsamen Auswirkungen in einer „Welt/Gesellschaft im Umbruch“ bleiben dort ausgeklammert und damit auch unbeantwortet.

Vor dem Hintergrund, dass der demografische Wandel insbesondere in Kombination und Wechselwirkung mit weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen tiefgreifende Veränderungen erwarten lässt, erhalte eine Betrachtung der Auswirkungen dieses Wandels erst dann eine (politische) Aussagekraft, wenn die Auswirkungen auf die Entstehungsbedingungen von Kriminalität hin und damit auf die Veränderung von Risikopotentialen / denkbaren Risiken untersucht werden.

Der von der **Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen vorgelegte Bericht „Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen“ (Düsseldorf 2006)** beschreibt die Schwierigkeiten, für Zukunftsaussagen relevante ökonomische und gesellschaftliche Dimensionen festzulegen. Er benennt dennoch einzelne Indikatoren (Anteil der männlichen 14-24-Jährigen Personen an der Bevölkerung, Arbeitslosenquote und private Konsumausgaben) und kommt mit Hilfe einer Zeitreihenanalyse zu dem Ergebnis gegenläufiger Trends: „Dem Zuwachs der Häufigkeitszahlen bei Körperverletzung, Raub und Betrugsdelikten stehen Rückgänge bei schweren Diebstahlsdelikten, Mord und Totschlag gegenüber.“ Die Entwicklung der Gesamtkriminalität in den letzten dreißig Jahren korreliert jeweils positiv mit den Indikatoren: „Je höher der Anteil der jungen Männer an der Bevölkerung, die die höchste Tatverdächtigenbelastung in der Bevölkerung aufweisen, desto mehr Straftaten werden registriert. Bei steigender Arbeitslosenquote und auch bei steigenden Konsumausgaben steigt die Gesamtkriminalität.“ Es wird die Frage aufgeworfen, welche gesellschaftlichen Dimensionen mit der Entwicklung von Kriminalität überhaupt und in welchem Umfang in Beziehung stehen. Je nach Deliktsform scheinen unterschiedliche Variablen von Bedeutung, die – abgesehen von der Demografie - nur sehr unsicher bzw. ungenau vorhersehbar sind. Im Fazit wird erklärt, dass auf der Basis von Zeitreihenanalysen wie auch auf der Basis anderer methodischer Verfahren Entwicklungen der Kriminalität kaum verlässlich prognostiziert werden können: „Die Gründe dafür ergeben sich daraus, dass auf die Kriminalitätsentwicklung sehr viele verschiedene gesellschaftliche Kräfte einwirken und sich auch diese Kräfte verändern.“ Nicht ein einzelner Faktor ist das Explanans, sondern die Verkettung unterschiedlicher Parameter.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Optimistischer ist im Hinblick auf ihre Aussagekraft die **Prognose zur Kriminalitätsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030 (Bornewasser, Dünkel, Weitermeier, 2008)**. Verknüpft werden Daten zur Bevölkerungsprognose mit (geschätzten) Annahmen zu den altersspezifischen Kriminalitätsraten einzelner Deliktgruppen. Die Annahmen stützen sich auf Daten der Kriminalstatistik und auf kriminologische Theorien. Prognostisch heißt es etwa: „Raubdelikte werden parallel mit dem Rückgang der Jugendlichen deutlich, die Körperverletzungen hingegen kaum abnehmen und die Straftaten gegen die persönliche Freiheit ganz leicht zunehmen.“ (ebd. S. 219).

Stefan Giebel und Stefanie Kemme (2010) haben ihre „ersten Ansätze einer Prognose der Kriminalitätsentwicklung“ auf die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Niedersachsen konzentriert. Die Autoren weisen darauf, „dass die Beziehung >weniger Jugendliche = weniger [Jugend-]kriminalität< nicht ohne Einschränkung und Beachtung des sozialen Rahmens gilt“ (ebd. S. 77). In **Sachsen-Anhalt** ist derzeit schon festzustellen, „dass [sich] die rasante Abnahme der jungen Bevölkerung auf die Kriminalitätsbelastung“ (ebd. S. 75) auswirke“, andererseits auf der Ebene der Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) auch gegenläufige Trends zu beobachten seien, etwa „ein rasanter Abfall der jugendlichen Bevölkerung und gleichzeitig ein Anstieg der relativen Zahl der Tatverdächtigen.“ Zu vermuten sei, „dass bei Anstieg der TVBZ mit Abnahme des Bevölkerungsanteils die Risikofaktoren für Straffälligkeit zunehmen“ (ebd. S. 75). Im Hinblick auf Prognosen halten es die Autoren für notwendig, relevante Faktoren zu identifizieren, welche die Kriminalitätsrate beeinflussen: „Die meisten Faktoren [unterliegen] einer größeren Unsicherheit als Bevölkerungsvorausschätzungen... Die Möglichkeiten einer Prognose hängen von der Güte der Vorausschätzungen der die Kriminalität beeinflussenden Indikatoren ab“ (ebd. S. 85).

Aktuell (März 2011) liegt der erste **Zwischenbericht „Kriminalitätsentwicklung 1995 bis 2008: Ergebnisse einer Expertenbefragung“ im Projekt des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KfN) „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung sowie die Arbeit der Polizei, der Strafjustiz, des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe“ vor (Kemme / Hanslmaier / Stoll, 2011)** vor. Die Wissenschaftler verfolgen bis Ende 2012 das Ziel, Zukunftsszenarien für die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt u.a. zur Tatverdächtigenbelastung bis in das Jahr 2030 zu erstellen. Im (abgeschlossenen) ersten Schritt ist die Kriminalitätsentwicklung von 1995 bis 2008 bezogen auf unterschiedliche Deliktgruppen retrospektiv analysiert worden. In einem zweiten Schritt sollen multifaktorelle Modelle zur Erklärung der bisherigen Verläufe und darauf aufbauend in einem dritten Schritt die Zukunftsszenarien erarbeitet werden. Die unterschiedliche Demografie der einzelnen

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Bundesländer zeigt eine starke Betroffenheit von Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowohl bei der Zunahme der Einwohner ab 60 Jahren als auch beim Anteil der Personen unter 14 Jahren. Zur Frage der Prognose-Relevanz für Kriminalität wird einerseits die demografische Entwicklung als zentraler Faktor benannt, andererseits hervorgehoben, dass „eine einfache Projektion der Bevölkerungsentwicklung auf die Kriminalitätsentwicklung unter Annahme einer konstanten Belastung oder unter Fortschreibung bestehender Trends keinesfalls die Grundlage einer Prognose im Sinne einer Aussage über eine zukünftige Entwicklung sein [kann...] Sinkt also beispielsweise die Anzahl von Jugendlichen [...] und nimmt gleichzeitig deren Belastung zu, so kann dies im Endeffekt sogar zu mehr Delikten und Tatverdächtigen führen“ (ebd. S. 10). Um die Verläufe der registrierten Kriminalität retrograd zu erklären wurden mittels Expertenbefragungen endogene Faktoren (Kontrollfokussierung und -intensität der Polizei, Registrierungspraxis, justizielle Praxis u.a.) sowie exogene Faktoren (strafgesetzliche Änderungen, Sensibilisierung und Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung, Sicherheitstechnik und Präventionsmaßnahmen, Drogen- und Alkoholkonsum, ökonomische Situation, kulturelle Besonderheiten, Erziehung / familiäre Situation / Bildung und Medienkonsum) identifiziert und herangezogen. Mit Hilfe der Faktoren werden verschiedene deliktspezifische Erklärungsmodelle erarbeitet. Dass für nicht alle Parameter hinreichende Datenquellen vorhanden sind, ist für das Projekt problematisch und wird u.a. die Brauchbarkeit der Ergebnisse beeinflussen. Annahmen über die Entwicklung der unabhängigen Variablen werden letztendlich und auch bei adäquater Szenarienbildung eher spekulativ bleiben (müssen).

Weitere wesentliche Parameter, die für die Fortentwicklung einer intakten und für alle Einwohner lebenswerten, sicheren Gesellschaft als bedeutsam erkannt sind und in die Betrachtungen einbezogen sein müssten, werden vielfach für folgende Bereiche beschrieben: ökonomische Innovationskraft, Wachstum der Volkswirtschaft, technischer Fortschritt, Beschäftigungsniveau / Arbeitslosigkeit, Funktionsfähigkeit der staatlichen Daseinsvorsorge / Sozialversicherungssysteme, Zusammenhalt / Solidarität der gesellschaftlichen Gruppen / Milieus und der Generationen, kulturelle Vielfalt und Toleranz, Stabilität der demokratischen Institutionen und Prozesse, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, Zuwanderung und Integration, Aufrechterhaltung wichtiger Infrastrukturen, gleichwertige Lebensverhältnisse, Unterstützung von Kommunen / Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf und weitere.

Beachtlich waren die Anstrengungen im Projekt **„JuKrim 2020 – Mögliche Entwicklungen in der Jugend(gewalt)kriminalität in Deutschland: Szenarien, Trends, Prognosen 2010-2020“** bei der **Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol, 2010)**. Der Studienbericht, der die Entwicklungen der Jugendkriminalität in der Dekade bis 2020 mit prognostischer

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

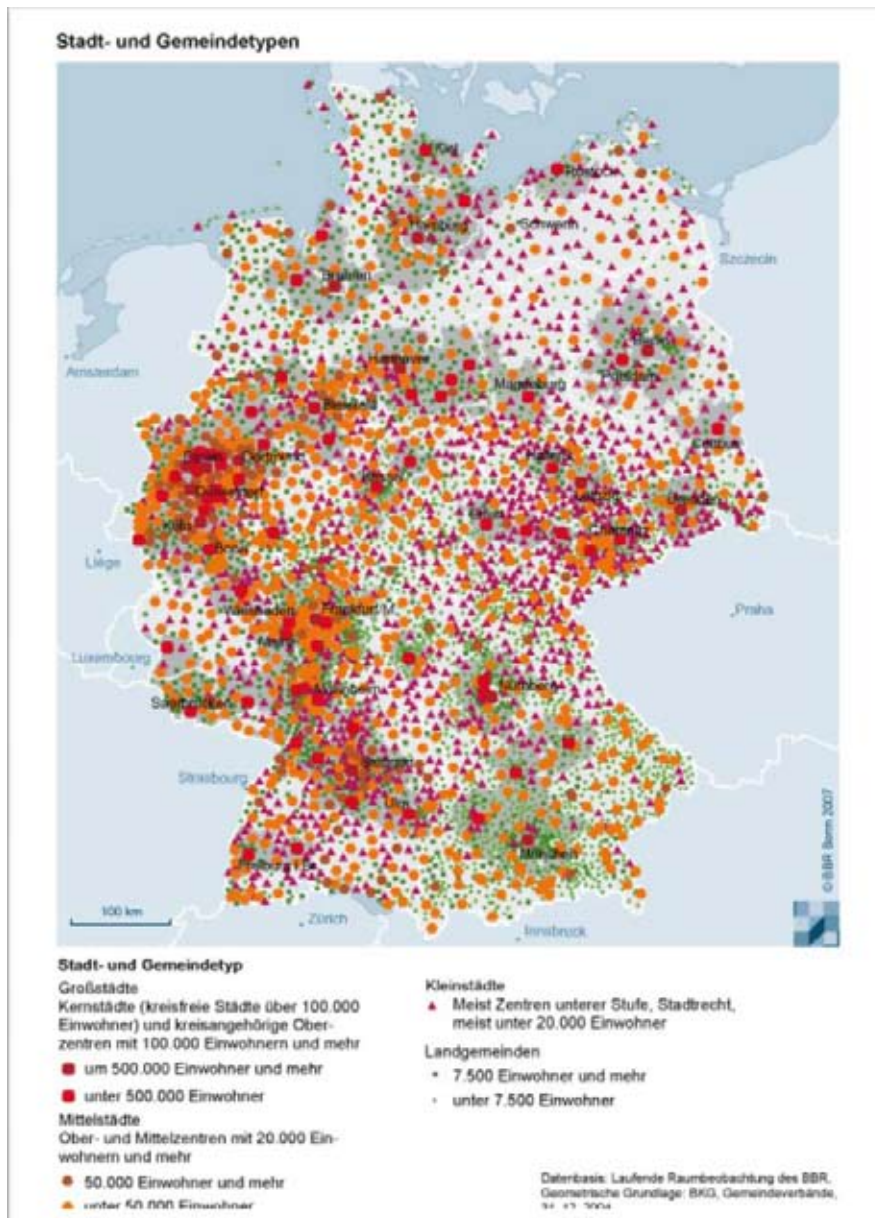
Zielsetzung analysiert und auf ihre Bedeutung für Prävention und Intervention untersucht, liegt seit Ende des Jahres 2010 vor. Die grundsätzlichen Einschränkungen einer zukunftsgerichteten Studie ließen sich naturgemäß nicht überwinden, insbesondere wenn - wie hier - der Untersuchungsgegenstand selbst durch eine Vielzahl komplexer Einfluss- und Bedingungsfaktoren und durch eine wenig belastbare Datenbasis gekennzeichnet ist, was der Prognostizierbarkeit von Entwicklungen zusätzlich Grenzen setzt. Ungeachtet dessen lässt sich als ein Ergebnis der Untersuchung festhalten, dass die Veränderungen im Bereich der Jugendkriminalität nach Ansicht der Experten in den nächsten zehn Jahren weniger gravierend ausfallen werden. Zwar werde sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Kriminalitätsbelastung unter Jugendlichen leicht erhöhen, aber die absolute Zahl polizeilich registrierter Tatverdächtiger zurückgehen. Die bisherige Problemgruppe der Mehrfach- und Intensivtäter könnte in den nächsten zehn Jahren noch stärker in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden und Hilfeinrichtungen rücken, weil immer mehr Jugendliche immer geringere Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe infolge steigender sozialer Ungleichheit haben und starken kriminogenen Einflüssen ausgesetzt sind.¹

¹ Eine Einschätzung zur zum Gewaltverhalten von Jugendlichen im Verlauf der Dekade 1998-2008: Wolfgang Kahl 2011, www.kriminalpraevention.de / Publikationen

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

5. Zum Phänomen der Gleichzeitigkeit einer extremen Vielfalt regionaler und kommunaler Bevölkerungsentwicklung

Um den komplexen Wandel zu analysieren, ist eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im Durchschnitt aller Kommunen nicht ausreichend.

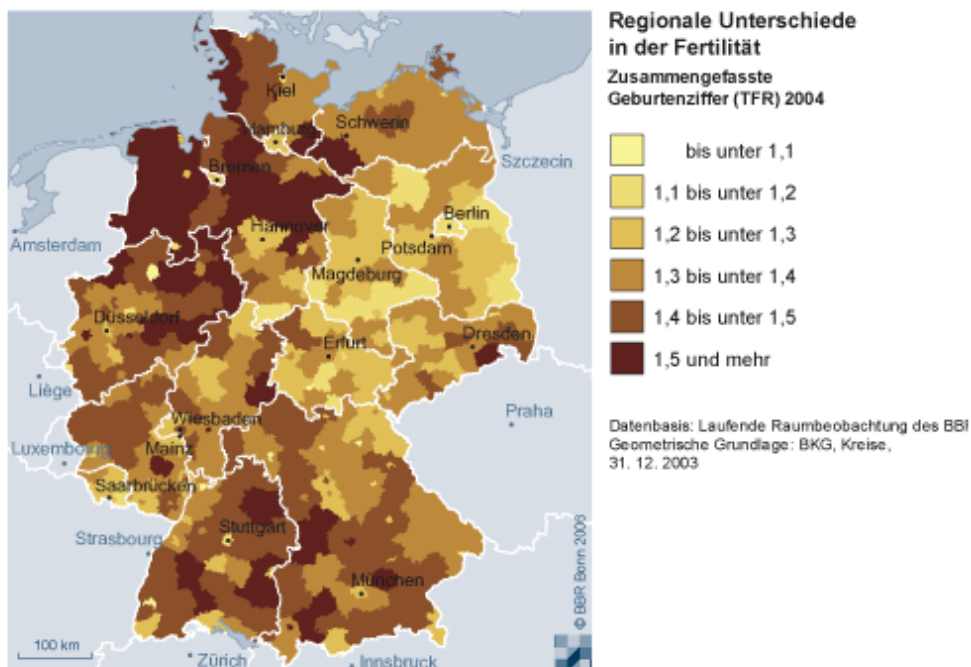


(Abb. 9: Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, BBR 2006)

Infolge der Binnenwanderung (im Wettbewerb zwischen den Regionen und Kommunen) werden beispielsweise in den nächsten Jahrzehnten die Einwohnerzahlen der Metropolregionen weiter steigen, während strukturschwache Kommunen dramatisch schrumpfen. Darüber hinaus sind auch die Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur der einzelnen Kommunen zu erwarten und zu betrachten.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

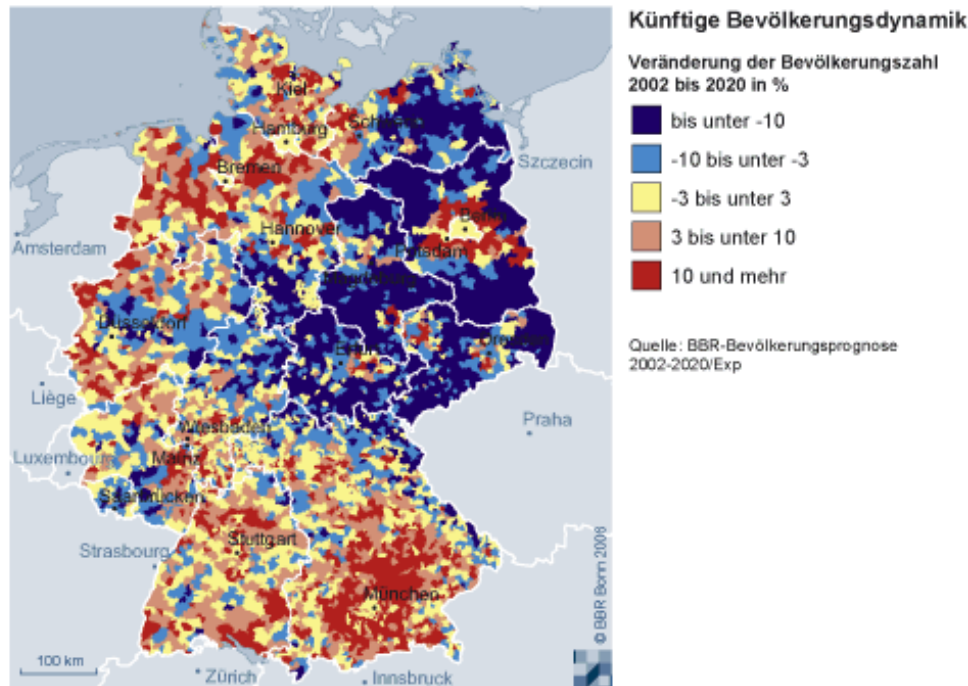
Regionale Unterschiede lassen sich bereits hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit feststellen. Unterschiede bei der Geburtenhäufigkeit können als Reaktion auf voneinander abweichende Rahmenbedingungen für die Familiengründung sowie durch kulturelle, konfessionelle und lebensstilspezifische Besonderheiten interpretiert werden. Eine große Rolle spielt dabei auch die Wohnortwahl von Frauen in verschiedenen Phasen des Lebenszyklus.



(Abb. 10: Regionale Unterschiede in der Fertilität in Deutschland, BBR 2006)

Zentrales Ergebnis der Raumordnungsprognose des Bundesamtes für Raumordnung und Bauwesen mit Blick zum Jahr 2020 ist die räumliche Spaltung der Bevölkerungsentwicklung. Es wird noch über Jahrzehnte hinweg das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen geben. Die erwartete Dynamik der Gemeinden bis 2020 zeigt ein nur leicht verändertes Muster gegenüber der Vergangenheit. Die frühere innerdeutsche Grenze bildet sich in der Bevölkerungsentwicklung kaum noch ab, wiewohl tendenziell ein Ost-West-Gefälle weiterhin feststellbar ist:

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



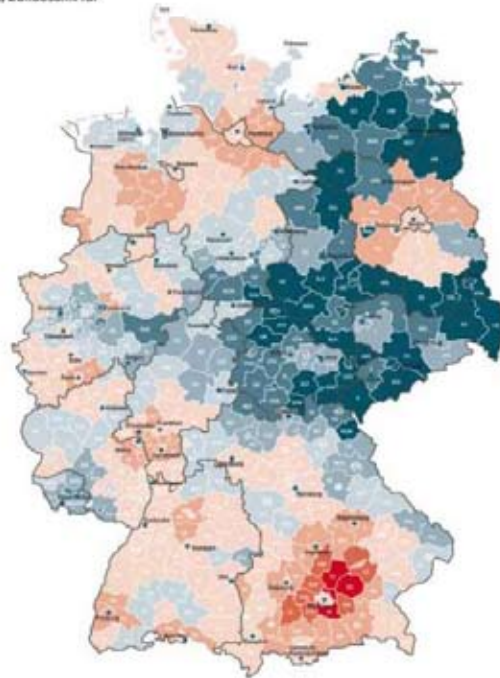
(Abb. 11: Künftige Bevölkerungsdynamik in Deutschland, BBR 2006)

„Vom Ruhrgebiet in Richtung Osten erstreckt sich ein breiter keilförmiger Korridor, in dem vermehrt und zusammenhängend Gemeinden mit abnehmender Bevölkerung liegen. Nordhessen, das südöstliche Niedersachsen und Teile Frankens bilden diesen Keil. In den neuen Ländern dürfen allenfalls suburbane Räume größerer Städte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle oder Rostock mit Bevölkerungszunahme rechnen. Die bisher ausgedehnten Wachstumsregionen des Westens ziehen sich zurück auf ihre Kerne und >verinseln< immer mehr. Als größere zusammenhängende Gebiete verbleiben im Süden der Raum um München und im Nordwesten das Gebiet um die beiden Hansestädte. Auch die Rheinschiene von Düsseldorf bis in die Oberrheinische Tiefebene und zum Mittleren Neckar, der südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet erwarten noch ein gewisses Wachstum. Die gesplante Dynamik führt zu einer großräumigen Bevölkerungsumverteilung, die im Osten anders aussieht als im Westen“ (vgl. Raumbewachung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, www.bbr.bund.de).

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2008 bis 2025 in Prozent

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung



Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

(Abb. 12: Prognose des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung bis 2025, Studie 2011)

Die **Bertelsmann-Stiftung** hat im Rahmen eines interdisziplinär angelegten Projekts zur demografischen Entwicklung (bis zum Jahr 2020) kleinräumige Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung für alle Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern vorgenommen. Anschließend wurden diese knapp 3000 Städte und Gemeinden (in den ca. 85% der Bevölkerung Deutschlands leben) auf der Basis von acht Indikatoren (Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2020, Medianalter 2020, Arbeitsplatzzentralität 2003, Arbeitsplatzentwicklung 1998 bis 2003, Arbeitslosenquote 2003, Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2000 bis 2003, Qualifikationsniveau der Einwohner, Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern) im Rahmen einer Clusteranalyse typisiert. 2959 Kommunen wurden in 15 möglichst homogene Cluster zusammengefasst, die zueinander möglichst große Unterschiede aufweisen:

- Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil
- Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte
- Prosperierende Wirtschaftszentren
- Stabile Großstädte mit hohem Familienanteil
- Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotentialen

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

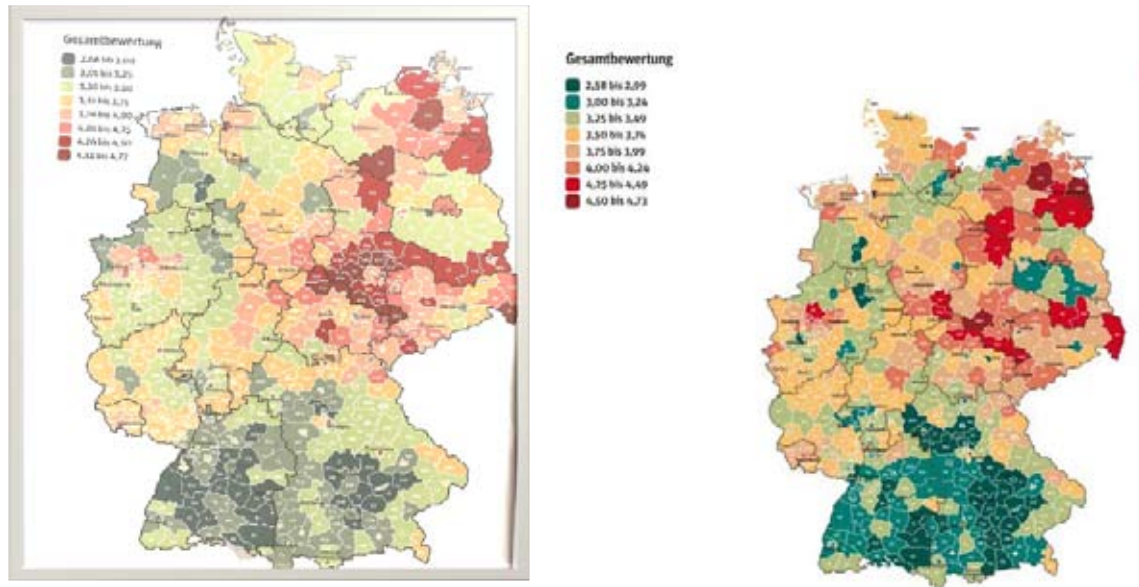
- Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil
- Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen
- Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung
- Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil
- Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik
- Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum
- Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität
- Exklusive Standorte

Gleichwohl ist innerhalb der Cluster eine teils erhebliche Varianz der Variablen festzustellen. In jeder Gruppe dominieren zwar bestimmte demografische Trends. Eindeutige Profile, die für alle Clusterkommunen gleichermaßen gelten, gibt es allerdings nicht. Zumeist waren die Indikatoren Arbeitsplatzzentralität, Steuerkraft und Arbeitsplatzentwicklung für die Typisierung wirksamer als die Parameter Bevölkerungsentwicklung und Medianalter. Damit wird auch die Hypothese bestätigt, dass eine isolierte Betrachtung der Demografie kaum hinreichende Anhaltspunkte für eine Interpretation gesellschaftlicher Zukunftsmodelle bietet. In weiteren Schritten wurden die wesentlichen Herausforderungen für die jeweiligen kommunalen (Demografie-)Typen erarbeitet und erste Handlungsansätze aufgezeigt. Experten aus Wissenschaft und Praxis haben dann für elf zentrale Handlungsfelder (Infrastruktur, Finanzen, Stadtgestaltung/Urbanität, soziale Segregation, Wohnungsmarkt, Integration, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Seniorenpolitik, Bildung, Bürgerengagement, Arbeitsmarkt) Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen bewegen sich im Spannungsfeld einerseits unerwünschten Entwicklungen gegenzusteuern und sich andererseits auf nicht mehr beeinflussbare Veränderungen rechtzeitig einzustellen. Die Ergebnisse sind im **„Wegweiser Demografischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden“** (Gütersloh, 2006) veröffentlicht. Weiterhin wird im Rahmen der „Aktion Demografischer Wandel“ (www.aktion2050.de) durch Kooperationen und Stiftungsprojekte ein längerfristiges Netzwerk gebildet. Schwerpunkt ist die Beratung kommunaler, regionaler und landespolitischer Entscheidungsträger.

Auch die **Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Die Demografische Lage der Nation“** (Berlin, 2006 und 2011) bündelt verschiedene demografische, ökonomische und soziale Indikatoren und gibt einen Überblick über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Städte und Landkreise. Eine Ist-Analyse der Indikatoren wird um demografische und ökonomische Trendbewertungen ergänzt. Es ergeben sich skalierte Notenwerte für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise und für die

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Bundesländer jeweils zusammengefasst. Rangfolgen (positive und negative Trends) und Cluster (hohe, mittlere und niedrige Werte) lassen sich entsprechend bilden. Es werden die zwölf wichtigsten Ergebnisse dargestellt und dann die Bundesländer in ihren Besonderheiten betrachtet.



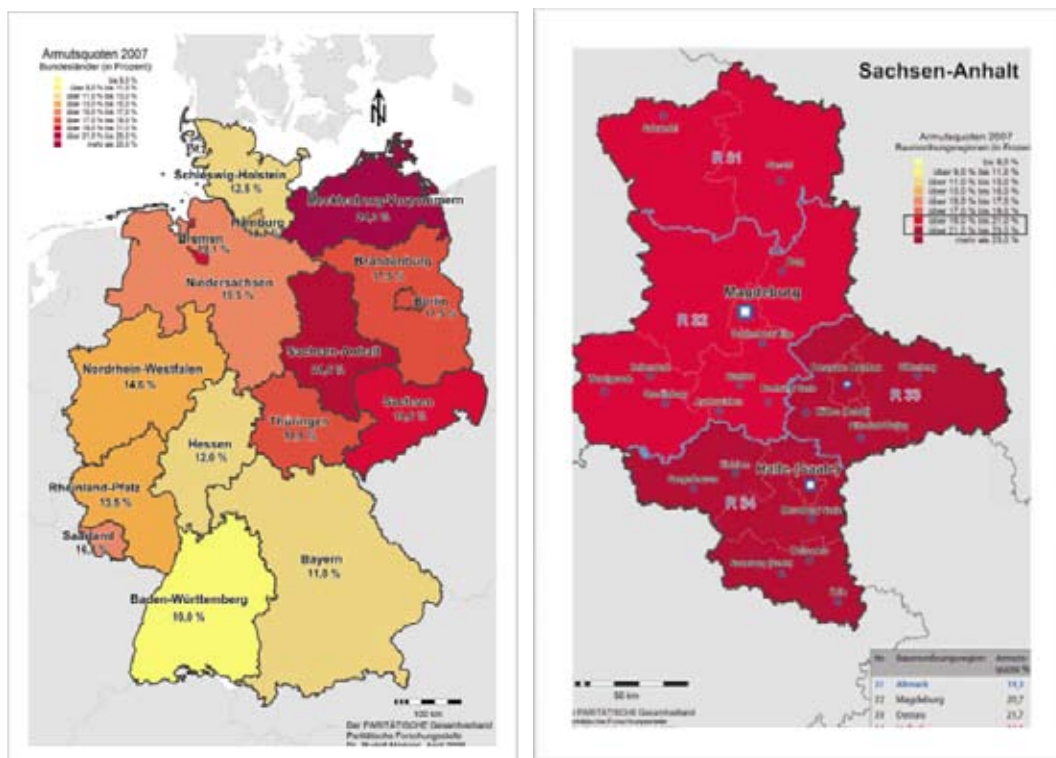
(Abb. 13: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2006 und 2011)

In den Darlegungen wird deutlich, dass sich Schrumpfungsprozesse regional konzentrieren, dass sich in den schrumpfenden Regionen die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte und sozialen Ungleichheiten verschärfen und verfestigen werden. Weniger werden unmittelbare Generationenkonflikte eine Rolle spielen als vielmehr regionale und soziale Gegensätze und Konflikte. Der Fortgang des Trends einer demografischen Ausdünnung insbesondere ostdeutscher Kommunen aber auch ländlicher und städtischer Gebiete Westdeutschlands kann dramatische Folgen annehmen.

Die **Fortschreibung der Untersuchung des Berlin-Instituts 2011** bestätigt die Trends und pointiert, dass der demografische Wandel „immer mehr zu einer Krise der peripheren ländlichen Räume“ werde: „Am Ende der Skala in Sachen Zukunftsfähigkeit finden sich nach wie vor überwiegend Kreise aus dem Osten – vor allem aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Ostdeutschland bleibt *die* demografische Krisenregion. Allerdings zeigt sich an den kritischen Kandidaten im Westen, dass auch dort der Trend abwärts geht: Vor allem altindustrielle Kreise im Ruhrgebiet [...] weisen neben niedrigen Kinderzahlen einer starken Überalterung, sowie Abwanderung und sehr schlechte Wirtschaftsdaten auf“ (Pressemeldung des Berlin-Instituts zur Veröffentlichung der neuen Studie am 15.03.2011).

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Die Darstellungen im „**Armutsatlas**“ der **Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes 2009** stützen die Befunde der Demografie-Experten im Hinblick auf eine sozial und räumlich auseinanderdriftende Gesellschaft. Der amerikanische Ökonom **Benjamin Friedmann** (2005) hat soziale politische und moralische Konsequenzen bei fehlender wirtschaftlicher Entwicklung in Zusammenhang gestellt und darauf hingewiesen, dass mit abnehmendem Lebensstandard auch Defizite bei den Werten wie Fairness, Großzügigkeit, Toleranz und Demokratiebewusstsein einhergehen.



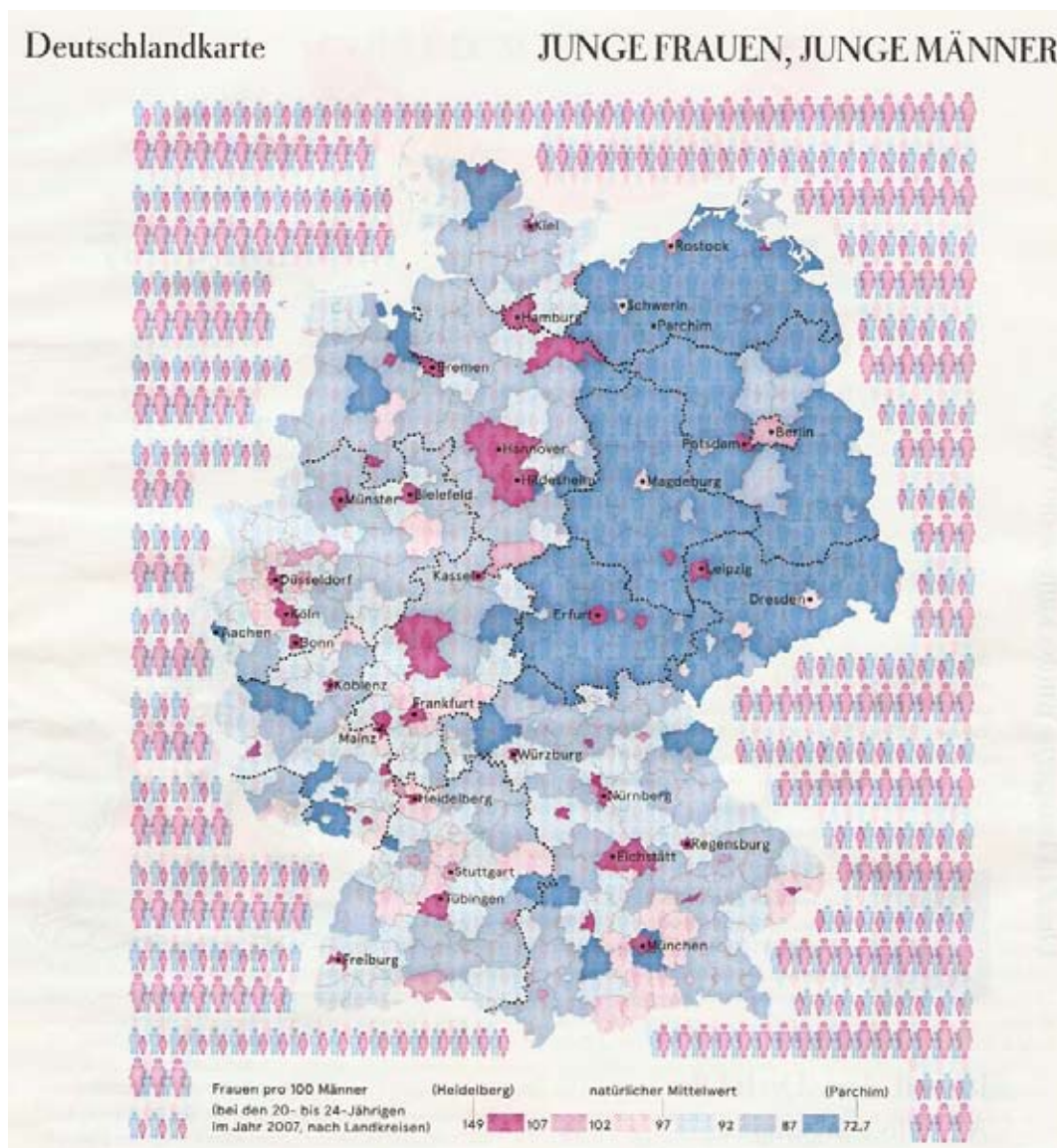
(Abb. 14: Armutsquoten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt, vgl. www.armutsatlas.de)

6. Zu den Risiken der Gewalt- und Vorurteils kriminalität in „schrumpfenden und alternden Gebieten mit hoher Abwanderung“

Aus den Erkenntnissen des Raumordnungsberichts des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung 2005 und auch von den Ergebnissen der Studien „Die demografische Lage der Nation“ (2006) und „Not am Mann“ (2007) vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung sowie vom „Armutsatlas“ (2009) kann u.a. abgeleitet werden, dass besondere Risiken im Hinblick auf eine Entstehung subkultureller Milieus potentieller (vorurteilsbereiter) Gewalttäter räumlich betrachtet dort zu erwarten (und zum Teil auch schon sichtbar) sind, wo ökonomische(r) und demografische(r) Stagnation bzw. Rückgang die Herausbildung einer

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

zurückbleibenden, perspektivlosen, sozial unterprivilegierten und vor allem männerlastigen Unterschicht indiziert: In ohnehin dünn besiedelten, peripheren Gebieten wird sich kaum noch eine angemessene öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten lassen, was wiederum zu weiterem Bevölkerungsschwund führen wird. Frauen wandern überproportional häufig ab, weil sie im Durchschnitt bessere Schul- und Ausbildungsergebnisse aufweisen, was es Ihnen leichter macht, andernorts auf Job- und Studienplatzsuche zu gehen. Die höchsten Frauendefizite haben deshalb Regionen, in denen der Arbeitsmarkt für qualifizierte junge Frauen besonders wenig zu bieten hat. Diese Trends betreffen die ostdeutschen Bundesländer (vor allem ländliche Gebiete / Kleinstädte) aber auch Teile des (städtischen) Ruhrgebiets, wo ergänzend Herausforderungen bei der Integration von zugewanderten Mitbürgern zu bewältigen sind.



(Abb. 15: Deutschlandkarte „Junge Frauen, junge Männer“, Zeitmagazin 13. Januar 2011)

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

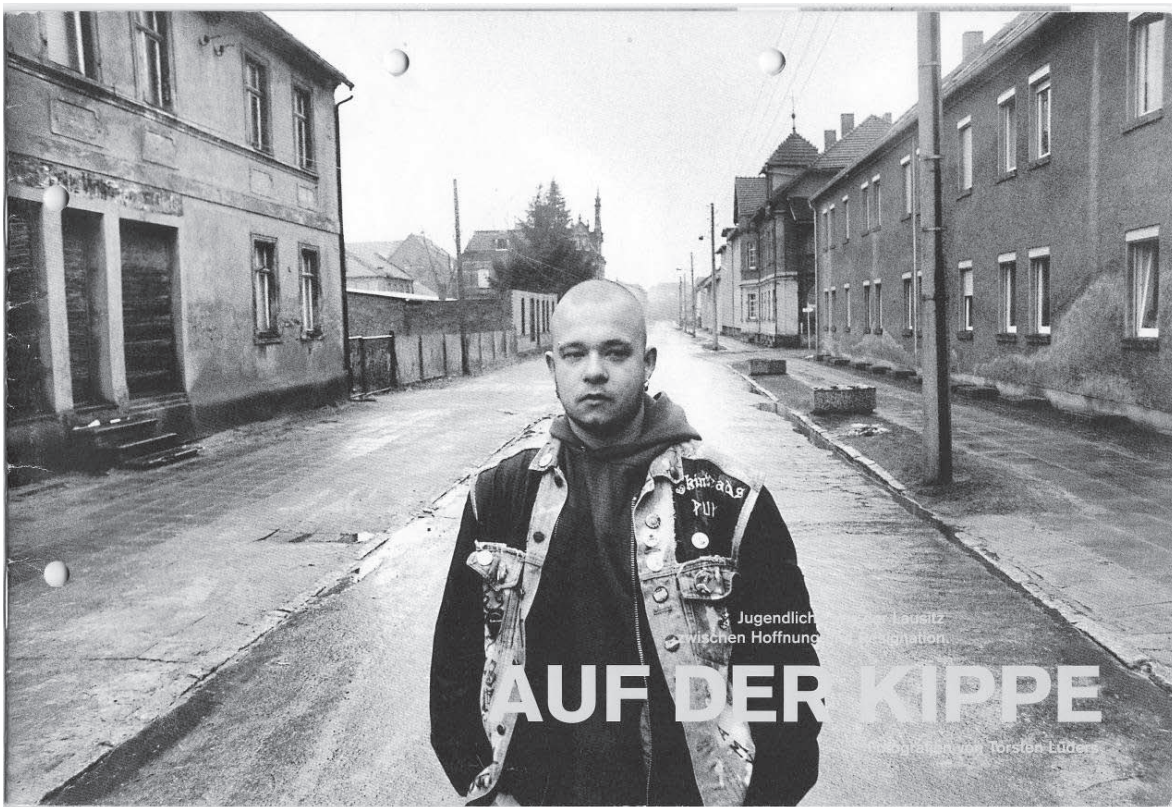
Der **Soziologe Heinz Bude** beschreibt das Phänomen der sozialen Exklusion, das sich nicht (allein) durch gesellschaftliche Benachteiligung und relative Armut erfassen lasse. Gesellschaftlicher Ausschluss bedeute für die Betroffenen, dass ihre Teilhabe nicht mehr gefragt ist: „Was sie können, braucht keiner, was sie denken, schätzt keiner, und was sie fühlen kümmert keinen (Bude 2010, S. 15) [...] Gemeinsam ist ihnen, dass sie für sich keine Perspektive mehr sehen, dass sie den Mut verloren haben und zu der Überzeugung gelangt sind, dass es auf sie nicht mehr ankommt.“ (ebd. S.20)



(Abb. 16: Buchtitel)

Aus vielen unqualifizierten und deshalb in ihren Regionen zurückbleibenden jungen Männern entstehen neue gewalttätige Milieus. Die Ergebnisse des Projekts **„Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen“ (BMJ/DFK Berlin 2006)** ergänzen zur Phänomenologie solcher Gewaltmilieus, die häufig von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden:

- Viele dieser Gewalttäter weisen zunächst ein hohes Gewaltpotenzial auf, das vermutlich in der familiären Sozialisation erworben wurde, und lernen erst später die Rechtfertigungen - den „ideologischen Überbau“ - für ihre aggressiven Interaktionen in Cliquensozialisierungen.
- Sehr hoch ist der Anteil der Gewalttäter, die ein (sehr) niedriges Bildungsniveau haben. Das niedrige Bildungsniveau basiert auf einem Konglomerat von Faktoren wie etwa zerstörte familiäre Verhältnisse mit ihren zirkulären Prozessen und Traumatisierungen („broken home“), problematische damit korrespondierende soziale Umgebung (Milieu, Nachbarschaft, Clique, usw.), Störungen des Sozialverhaltens, Persönlichkeitsdefizite sowie vor allem mangelnde Lebensperspektive. Die Störung des Sozialverhaltens erreicht bei sehr vielen eine pathologische Dimension, Gewalt ist ein zentraler Bestandteil.



(Abb. 17: „Auf der Kippe“, Fotografie von Torsten Lüders, Greifenhain 2000)

- Gewalttäter bedienen sich leerer Floskel und Platituden als inhaltsloses Alibi für gemeinsame Gewalttätigkeit ohne die ideologischen Hintergründe zu kennen und verstanden zu haben. Attraktiv sind die Gewalt rechtfertigenden und fördernden Inhalte des Rechtsextremismus (wie rassistische Selbstübersteigerungen, Daseinskampf, „Recht des Stärkeren“, Hierarchie, Härte und Männlichkeit).
- Vorurteilsbedingte Gewalt kann durch Gruppenprozesse (häufig auch in Verbindung mit Alkohol) erheblich forciert werden, da die tausalösenden Reize gegenseitig verstärkt werden, Gewalt anerkannt wird und zu Prestige bei den anderen führen kann. Das Gruppengefühl der Stärke, der erlebte Gruppendruck und die Verantwortungsdiffusion können die Täter weiter enthemmen. Hinzu kommt immer ein konkreter Anlass / die unmittelbare Situation des Handelns (Aktualgenese).
- Übermäßiger und unkontrollierter Konsum von massenmedialen Angeboten und auch Computerspielen kommt anerkanntermaßen große Bedeutung bei der Erzeugung von Vorurteilen und Feindbildern ebenso zu wie bei der Erhöhung der Gewaltbereitschaft durch die Darbietung gewaltsamer Modelle der Konfliktaustragung.
- Weiteres Kennzeichen sind Empathiedefizite: „In den Augen der jungen Täter ist kein Mitleid, kein Bedauern zu erkennen.“

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

In drei Analysen zu einzelnen Gemeinden der Regionen Anklam, Ueckermünde und Lübtheen in Mecklenburg-Vorpommern wurde das politische Gefährdungspotential rechtsextremer Gewaltmilieus von einem Forscherteam analysiert und im Band **„Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“** (Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun, 2010) beschrieben.

Die aktuelle empirische Forschung des **Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KfN)** zu **„Jugendlichen als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt“** (Baier et al. 2010) fußt auf Selbstauskünften von rund 2.600 Schülern der 9. Jahrgangsstufe des Schuljahres 2008/2009 aus einer repräsentativen Auswahl von Schulen des Bundeslandes. Sowohl die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik als auch die durch die Befragung vorgenommene Aufhellung des sogenannten Dunkelfeldes ergeben eine überdurchschnittliche Kriminalitäts- und (nach Berücksichtigung von Verzerrungsfaktoren) Gewaltbelastung bei Jugendlichen: „Hinsichtlich einiger Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt ergeben sich höhere Belastungen in Sachsen-Anhalt als im Bundesdurchschnitt, so dass die höhere Gewaltbelastung damit zum Teil erklärt werden kann [...] Erstens ist hier der Anteil an Jugendlichen größer, die gewaltakzeptierende Einstellungen aufrecht erhalten [...] Zweitens berichten in Sachsen-Anhalt mehr Jugendliche, dass sie in delinquente Freundeskreise eingebunden sind [...] Drittens existieren an den Schulen seltener gewaltpräventive Akteure oder Programme“ (ebd. S. 12). Auch der Medienkonsum (Fernsehen, Computerspielen, Internet) sei überdurchschnittlich.

Schließlich ist zu befürchten, dass bei Menschen, die in Gewaltmilieus leben, der perspektivlose „Verliererstatus“ nicht nur das individuelle Bewusstsein bestimmt sondern sich die daraus resultierende destruktive Energie auch zunehmend kollektiv potenziert entlädt.

Der Soziologe **Heinz Bude** formuliert es treffend: „Vor diesem Hintergrund muss man die neuerlichen Befürchtungen über das Entstehen einer »gefährlichen Klasse« von Jungmännern sehen. Es existieren desperate Bilder, die im Grunde aufs Gleiche hinauslaufen: Rechtsradikale Hooligans, die sich gezielte Schlachten mit der Polizei liefern, jugendliche Trinker, die den Exzess suchen, und türkische Großstadtjungen, die sich den Bildungsinstitutionen verweigern. Man fürchtet die Herausbildung einer männlichen Jugendkultur der Gewalt, der Verwahrlosung und der Verachtung. Die verschiedenen Problemanzeigen verdichten sich im Bild junger, arroganter, gewaltbereiter Männer, die den gesellschaftlichen Platz, den man ihnen anbieten kann, ausschlagen. Sie weigern sich, die anspruchlosen, schlechtbezahlten Dienstleistungsjobs anzunehmen, zu denen sie aufgrund ihrer Qualifikation Zugang hätten, und gebärden sich stattdessen wie die zukünftigen Herren imaginärer Reiche rassistischer Reinheit oder ethnischer Höherstellung. Sie treten als

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

geheiligte Zornkollektive auf, die auf Rache an einer Welt sinnen, die ihnen die Bedeutung verweigert, die sie beanspruchen zu können glauben“ (Bude, 2010, S. 86).

Es gilt zu verhindern, dass Menschen zu Abfall werden, weil sie niemand mehr braucht und ihr Leben nutzlos erscheint. Es geht um ihre Menschenwürde und vor allem um die Menschenwürde ihrer potentiellen Opfer. Bereits jetzt steht die Gerichtsbarkeit in den betroffenen Regionen mit den Folgen von Fehlentwicklungen da, bei denen Prävention versäumt wurde (vgl. etwa Die Zeit vom 23.Juni 2005, **Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht** – Der Fall Ronny B. oder warum verwahrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben sowie die Analyse von **Andres Veiel: Der Kick** – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007).

Kontinuierlich werden diese Entwicklungen auch in den jährlich erscheinenden Folgen der **„Deutschen Zustände“**, die Zwischenergebnisse aus dem 2002 unter Federführung von **Wilhelm Heitmeyer** begonnenen auf zehn Jahre angelegten Projekt **„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“** berichtet, analysiert und Handlungsbedarfe und Lösungsansätze formuliert. Daran gilt es ernsthaft anzuknüpfen.

Vergleichbare Gefahren bestehen bei sich abschottenden Migranten, insbesondere in schrumpfenden Industriestandorten Westdeutschland. Jungen und junge Männer mit geringen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, mit einem kulturell geprägten Männlichkeitsbild und –status bleiben ohne Anschluss und gesellschaftliche Integration und fallen durch hohe Gewaltbereitschaft und –tätigkeit auf. Welche Auswirkungen möglich sind, haben die Unruhen in Frankreich Ende des Jahres 2005 gezeigt.

7. Zu den politischen Handlungserfordernissen bei der Gestaltung des Wandels

Die genannten und auch weitere Studien weisen darauf hin, dass jetzt in den verschiedenen Politikfeldern reagiert werden muss. Es bedarf einer Strategie, an der alle relevanten Akteure/Ressorts, über kurzfristige Wahlperioden hinaus, mitarbeiten, eine Strategie die eine klare Priorisierung und zeitliche Sequenzierung von präzise definierten Maßnahmen umfasst.

Bundestag, Bundesregierung und andere politische Akteure haben (zumeist unter Beteiligung von Experten) entsprechende Problemanalysen und strategische Politikansätze entwickeln lassen, die über die aktuelle Tagespolitik hinausgehen.

Bereits 1992 hatte der 12. Deutsche Bundestag das Erfordernis gesehen, eine Kommission mit dem Thema „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ zu beauftragen. Die Enquete-Kommission unter Leitung von MdB Walter Link (CDU/CSU) hat 1994 und 1998 jeweils einen

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Zwischenbericht und 2002 einen Abschlussbericht vorgelegt. Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden analysiert und bewertet. Im Ergebnis werden politische Handlungsempfehlungen (für die Bereiche 1. Generationenverhältnis und Familie, 2. Arbeit und Wirtschaft, 3. Migration und Integration, 4. Alterssicherung, 5. Gesundheit, Pflege und soziale Dienste) formuliert, „die zu einem veränderten positiven Denken im Sinne der Chancen des demographischen Wandels beitragen sollen.“

Auch daran anknüpfend sind im **Koalitionsvertrag 2009** zwischen CDU, CSU und FDP für die Bundesebene zukunftsgerichtete Politikansätze in den unterschiedlichen Handlungsfeldern vereinbart, etwa

Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im demografischen Wandel

Als eine besondere Aufgabe wird künftig „die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Räumen“ gesehen, dem demografischen Wandel ist vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, eine ressortübergreifende Demografiapolitik soll bis 2012 erarbeitet werden. Dazu wird ein interministerieller Ausschuss eingesetzt.²

Politische Partizipation, Bürgerengagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Sozialer Fortschritt soll durch mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und bessere gesellschaftliche Solidarität gefördert werden. Ziel ist es, die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit von Familien zu stärken und bei staatlichen Hilfestellungen „einen Schwerpunkt auf Prävention“ zu setzen: „Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen und positive Anreize dafür setzen, damit mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen wie der gesamten Gesellschaft.“

Die erfolgreiche generationenübergreifende Arbeit der bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser soll „weiter in die Zukunft getragen werden.“ An anderer Stelle heißt es: „Gesellschaftliche Integration im Sinne einer Vermittlung von Werten und Haltungen wie Toleranz, Respekt und Rücksichtnahme...sorgen daneben auch für eine nachhaltige Eindämmung von Extremismus, Antisemitismus und Jugendgewalt.“ Angekündigt wird ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt. Bei der Umsetzung einer „nationalen Engagementstrategie“ gilt es, zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument zu schaffen.

² Einen Zwischenstand berichtete Stephane Beemelmans (Bundesministerium des Innern) am 09.03.2011 anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. in Bonn

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Neue Dialogplattformen sollen eingerichtet werden, auf denen mit den Bürger/innen Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen intensiv diskutiert werden. Dabei werden auch die Geistes- und Sozialwissenschaften gestärkt, die für das kulturelle Gedächtnis und die Gestaltung der Zukunft bedeutsam sind.

Die Potenziale und Kompetenzen älterer Menschen werden als wertvolle gesellschaftliche Ressource erkannt und sollen mittelfristig in eine flächendeckende Struktur der Förderung des Engagements im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe eingebracht werden. Ebenso wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche ihre Lebenswelten und die Gesellschaft ihrem Alter gemäß mitgestalten können.

Schutz und Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen

Mit dem Verständnis einer eigenständigen Jugendpolitik wird daran anzuknüpfen sein: „Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen (zentrales Ziel) ... Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigem Engagement und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen.“ Neue Möglichkeiten im Schnittfeld Jugend, Kultur und Schule sollen genutzt und ausgebaut werden.

Zum Phänomen der Jugendkriminalität sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Ursachen entgegenzuwirken: „Dazu wollen wir Präventionskonzepte stärken und ausbauen, unter Einbeziehung aller Verantwortlichen erzieherische Ansätze verbessern sowie Vollzugsdefizite ... abbauen.“

Integration fördern

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist als Schlüsselaufgabe definiert: „Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein.“ Der nationale Integrationsplan (NIP) wird von einem integrationspolitischen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit definierten Zielen weiterentwickelt. Die Koalitionäre streben die Gründung eines Bundesbeirates für Integration an und sprechen sich für einen breit angelegten parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskurs der Integrationsthematik aus. Auf die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen sowie auf Erfordernisse zum Ausbau frühkindlicher Bildungseinrichtungen, Ganztagschulen und angeschlossenen

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Integrationskursen für Eltern wird hingewiesen. Auch das bürgerschaftliche Engagement von Migranten/innen soll weiter gefördert und gestärkt werden.

Gesundheit

Im Abschnitt Gesundheit heißt es schließlich unter der Überschrift >Prävention zielgerichtet gestalten<: „Prävention ist ein wichtiger Baustein für ein gesundes Leben und für unsere Gesellschaft. Sie muss zu allererst bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Prävention kann dabei helfen, künftige Belastungen der Sozialsysteme zu verringern... Unsere Präventionsstrategie wird Vorhandenes bewerten und aufeinander abstimmen, nationale und internationale Erfahrungen und Erkenntnisse analysieren sowie auf bewährten Programmen und Strukturen aufbauen, diese weiterentwickeln und sie in die Fläche bringen.“

Die **Ziele des aktuellen Regierungsbündnisses** knüpfen (mit veränderten Schwerpunkten) an bereits 2005 durch die Große Koalition formulierte Vorschläge zur Zukunftssicherung an. Weitere auf die Gestaltung der Herausforderungen der Zukunft gerichtete Politikkonzepte sind etwa im Nationalen Strategiebericht Alterssicherung, im Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, in den Förderungen der Stadtentwicklung des Bundes und der Länder und in der Nationalen Strategie für ein kindgerechtes Deutschland enthalten.

Die genannten konzeptionellen Ansätze der Zukunftsgestaltung betreffen einen dynamischen gesellschaftlichen Transformationsprozess und sind dem Ziel einer stabilen und für alle Bürger lebenswerten Gesellschaft verpflichtet. Sie sollen sozioökonomischen Fehlentwicklungen zuvorkommen und damit auch Innere Sicherheit in Deutschland mitgestalten. Es gilt den sozialen / gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Individuen, Gruppen und Generationen - als strukturellen Schutz vor auch gewaltsamer Devianz – zu stabilisieren. Der Sicherheitsaspekt steht zumeist nicht im Vordergrund, ist aber jeweils zumindest mittelbar betroffen. Insoweit entfalten Strategien und Konzepte der Zukunftssicherung bedeutsame kriminalpräventive Effekte. Derjenigen Kriminalität, die gerade aus übermäßigen gesellschaftlichen Verwerfungen, Konflikten und Werteverlusten entsteht, würde damit im zuvorkommenden Sinne, ursachenorientiert, begegnet werden. Andernfalls drohen gesellschaftliche Konflikte den sozialen Frieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie letztlich die politische Stabilität der Demokratie zu gefährden. Politische Funktionsträger werden ihr Engagement an den von ihnen selbst festgelegten Zielsetzungen messen lassen müssen.

8. Handlungsfelder zur Prävention von Gewalt- und Vorurteils kriminalität in „schrumpfenden und alternden“ Gebieten mit hoher Abwanderung

Lösungen für Gewaltprobleme erwachsen nicht erst aus gezielten Maßnahmen, sondern beginnen bereits bei der Art und Weise wie Gewalt thematisiert und gedanklich behandelt wird: Gewalt als individuelle Handlung oder Gewalt, die aus den Verhältnissen - die u.a. durch Macht, Ungleichheit und Zwang geprägt sind - erwächst. Handlungs- und Strukturebene bieten keinen alternativen Zugang zum Verständnis von Gewalt, sondern müssen gleichzeitig betrachtet werden: „So greift die Annahme, Gewalt in unserer Gesellschaft sei ein Problem individueller Fehlentwicklungen, die aus sozialisatorischen Defiziten, gestörter Persönlichkeitsbildung, moralischer Verwahrlosung usw. resultiert, ebenso zu kurz wie die Vorstellung, Gewalt sei allein Resultat bedrückender Lebensbedingungen oder gesellschaftlich angelegter Ungleichheit. Gewalt ist nicht allein ein Problem individueller Abweichung und nicht nur Folge und Ausdruck bestimmter Strukturen – sie ist stets beides. Eine Kontrolle individueller Gewalt folgt aus der >Domestizierung< des Menschen im Rahmen seiner komplexer werdenden >gesellschaftlichen Organisation< und einer immer enger greifenden Sozialisierung. Die Fähigkeit zur Affektkontrolle, die Beherrschung aggressiver Impulse ist zu einem Element allgemeiner Handlungskompetenz, Selbstzwang zur Voraussetzung gesellschaftlicher Partizipation geworden. Diese kulturelle Sicherung des sozialen Zusammenlebens hat allerdings Schwachstellen“ (zitiert aus dem *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin, 1995, S.21*). Nicht alle sind in gleicher Weise durch das Gewalttabu geschützt. Gewalt gegen Frauen, alte und pflegebedürftige Menschen, Behinderte, Angehörige von Minderheiten und Randgruppen hat auch strukturelle Gründe und hebt sich insofern von anderen Übertretungen des Gewaltverbots ab. „Zum anderen übertreten insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wie auch Angehörige von Gruppen mit geringen politischen und ökonomischen Zugangs- und Teilnahmechancen dieses gesellschaftliche Gewaltverbot mit großer Regelmäßigkeit“ (ebd.). Gewaltverzicht ist deshalb vor allem an gesellschaftliche Integration gebunden und muss für jede Generation und in jeder individuellen Sozialisation erkämpft aufs Neue gestaltet werden.

Handlungserfordernisse der Strukturebene

Bei Handlungserfordernissen, die die *Strukturebene* betreffen, sollten insbesondere benachteiligte Gebiete „mit besonderem Gestaltungsbedarf“ in den Blick genommen werden. Gemeint sind jene bereits erwähnten Räume, die durch Abwanderung, (Über)alterung, Arbeitslosigkeit, Abbau von Infrastruktur, bauliche Altlasten, z.T. Migrationsbelastungen, Entmischung/Segregation, Wohnungs- und Gebäudeleerstand, Kriminalitätsbelastung u.a. in

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

eine Abwärtsspirale geraten sind oder vorhersehbar geraten könnten. Es sind urbane Quartiere in (ehemaligen) Industriestandorten in Ost- und Westdeutschland betroffen, die den bisherigen Strukturwandel unter sich verschärfenden Problemlagen fortsetzen müssen, aber auch ländliche und kleinstädtisch geprägte „Schwundräume“ vor allem in Ostdeutschland.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und **Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)** haben 2007 vorhandene „**Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels**“ synoptisch nach Bundesländern gegliedert aufbereitet. Am Ende werden Forschungsbedarfe insbesondere zur Realität der Umsetzung und zum Erfolg der Maßnahmen (Evaluation) formuliert.

In einem Gutachten hat das **Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung** im Auftrag des Landtags eine **Problemanalyse zum demografischen Wandel im Land Brandenburg** einschließlich einer Bewertung der bisherigen Regierungsaktivitäten erarbeitet und anschließend Lösungsvorschläge für eine „Zukunftswende“ formuliert. Als eine wesentliche Grundlage gilt die Erhöhung und Stärkung der Handlungsautonomie von Akteuren im Sinne einer Abkehr von strikter öffentlicher Durchführungsplanung: „Ein Gemeinwesen wird sich darum von selbst – wie von >unsichtbarer Hand< gesteuert - auf die Erfordernisse einer Entwicklung einstellen, *wenn* entsprechende Handlungen Vorteile bringen und diese auf unbürokratische Weise ausgestaltet werden können“ (Berlin Institut: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, 2007). Orientierungshilfen für ländliche Räume gibt vor allem das letzte Kapitel der **Studie des Berlin-Instituts „Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demografischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt**, Berlin, 2009“ für die Bereiche Wirtschaft, soziale Netzwerke, Bürgergesellschaft, Bildung, Zuwanderung aus dem In- und Ausland sowie Positives Selbstbild einer Region.

Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Anreizstrukturen, Akteurskooperation und Ressourcenbündelung werden im Abschlussbericht des Projekts „**Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik**“ (**Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung** e.V., April 2008) gegeben. Schließlich hat das **Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung** in einer Online-Publikation „**Vielfalt des Demografischen Wandels – Eine Herausforderung für Stadt und Land**“ (BSBR, 2010) die Inhalte einer Tagung zusammengestellt und „regionale Handlungsansätze bei der Reaktion auf den Demografischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen“ aufgezeigt (defensive Anpassungsstrategie des geordneten Rückzugs oder offensive Wachstumsstrategie durch Steigerung der Geburten und durch Zuwanderung;

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

auf den jeweiligen Raum zugeschnittene Kombination beider Strategien). Weitere Ansätze wie die **„generationenübergreifende Gemeinde und bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts“ (Eisentraut 2011)**, **„Landstadtwechsel in Havelland-Fläming“ (Naubert 2011)** und **Masterplan Daseinsvorsorge Nordthüringen (Gutsche/Kaps 2011)** wurden im Rahmen der Jahrestagung 2011 der Deutschen Gesellschaft für Demographie (9.-11.3.2011 in Bonn) diskutiert.

Die wünschenswerte Stärkung der Bürgergesellschaft darf allerdings nicht mit einer Flucht des Staates aus seiner sozialen Verantwortung einhergehen, denn nur der Sozialstaat kann soziale Gegensätze sowie Konflikte strukturell entschärfen und gilt damit als Prinzip und Mittel der Prävention im engeren und weiteren Sinne: Eine moderne Sozialpolitik ist die Basispolitik der Demokratie, die dafür sorgt, dass ein Mensch auch Bürger sein kann. (Heribert Prantl, Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005).

Das **Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“**, das seit 2010 einen Baustein der **„Initiative Ländliche Infrastruktur“** des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung darstellt, bietet finanzielle Unterstützung, um Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge für die Zukunft handlungsfähig zu machen. Ziel ist es, darin zu unterstützen, die zentral örtlichen Versorgungsfunktionen öffentlicher Daseinsvorsorge dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der gesamten Region für die Zukunft zu sichern und zu stärken.

Ein Handlungsschwerpunkt des Programms ist die Unterstützung aktiver interkommunaler bzw. überörtlicher Zusammenarbeit bei der Anpassung und arbeitsteiligen Erbringung der städtebaulichen Infrastruktur für die Daseinsvorsorge. Wenn die Kommunen mit ihren Umlandgemeinden zusammenarbeiten und sich über gemeinsame Versorgungseinrichtungen abstimmen, können kostenintensive Doppelstrukturen vermieden werden. Darüber hinaus werden die Kommunen darin unterstützt, auf der Grundlage der gemeinsamen Abstimmung ihre städtebauliche Infrastruktur arbeitsteilig umzustrukturieren und an die veränderten Nachfragestrukturen anzupassen. Es hilft ihnen, langfristig ein in seiner Dichte, Qualität und Vielfalt bedarfsgerechtes, effektiveres und effizienteres Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen zu gewährleisten, wie der Programmbeschreibung zu entnehmen ist (vgl. www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de).

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Zum Thema ressort- bzw. ämterübergreifender Vernetzung und einer sozialraumorientierten kommunalen Politikgestaltung wird auf den vom DFK herausgegebenen Leitfaden „Impulse für das kommunale Präventionsmanagement“ (DFK 2005/2011) hingewiesen.



(Abb.18: DFK-Veröffentlichungen)

Handlungserfordernisse der individuellen Ebene

Das aufgezeigte strukturelle Präventionsverständnis ist gleichwohl auf der **individuellen Ebene** zu ergänzen. Um bereits an den Ursachen aggressiven Verhaltens ansetzen zu können und um bereits früh Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen zu verringern / zu vermeiden (Handlungsebene), orientieren sich frühpräventive Strategien an entwicklungsbeeinflussenden Faktoren. Risikoerhöhende und risikomildernde Bedingungen werden etwa in den Handlungsfeldern Individuum, Familie, Schule, Freizeit unterschieden. Beide Faktoren wirken in dem Gesamtsystem der Sozialisation und sozialen Kontrolle mit vielfältigen Wechselwirkungen auf den zwei Ebenen: Persönlichkeit des Täters (Mikroebene) sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen/Einflüsse (Makroebene). Entsprechende Präventionsempfehlungen geben der Band „**Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter**“ vom Deutschen Jugendinstitut DJI (München 2007) sowie die von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention DFK herausgegebene Expertise „**Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter**“ (Bonn 2008), in der ein entwicklungsorientierter Ansatz universeller

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Präventionen begründet und empfohlen wird. Kinder und Jugendliche sollen einerseits systematisch in ihrer psychosozialen und emotionalen Entwicklung gefördert werden. Andererseits soll geholfen werden, mögliche Defizite vor Eintritt in neue Lebensabschnitte und im Übergang zu neuen Umgebungsfeldern (wie zum Beispiel der Übergang von Kindergarten in die Grundschule oder von der Schule in die Ausbildung) auszugleichen. DFK, Deutsche Bahn AG und Freie Universität Berlin haben eine Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung entwicklungsorientierter Prävention 2011 – 2016 geschlossen. Bis Herbst 2011 wird ein konzeptioneller Rahmen und ein konkretes Umsetzungskonzept erarbeitet und öffentlich bekannt gemacht.



(Abb. 19: Entwicklungsorientierte Prävention, nach Scheithauer 2008)

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Es wird der Politik u.a. empfohlen, dass die Bemühungen zur Förderung der Gewaltprävention auch mit einem räumlichen Fokus

- etwa im Rahmen der Umsetzung des finanzstarken Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“
- sowie mit Hilfe der Bund-Länder Programme zur Stadt- bzw. Raumentwicklung auf struktureller und individueller Ebene fortgesetzt und verstärkt werden.

Die gemeinsame Initiative der Bundesressorts „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Inneres“ zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts Anfang 2009 war daher als ein richtungsweisender übergreifender Handlungsansatz zu verstehen, der unbedingt weiter verfolgt werden sollte (Schäuble, Wolfgang / von der Leyen, Ursula: Was die Gesellschaft zusammenhält, in FAZ vom 06.01.2009).

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt seit dem 1. Januar 2011 die erfolgreiche Arbeit der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter einem gemeinsamen Dach fort. Es zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Hierfür stehen bis 2013 jährlich 24 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Angesprochen werden sollen besonders Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.



Modellvorhaben der Sozialen Stadt

Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte

9. Zusammenfassung der Schlussfolgerungen

- Der demografische Wandel ist als soziales Phänomen mehr als eine bloße Addition bzw. Subtraktion von Personen zu bzw. von einer Population und wird auch nicht durch Berechnungen von Mittelwert, Standardabweichung und Normalverteilung in seiner Komplexität und den Auswirkungen begreifbar.
- Die Vielfalt der Kontextparameter und ihrer Wechselwirkungen untereinander und zur demografischen Entwicklung indizieren bereits, dass der Versuch, weit reichende Szenarien zur zukünftigen Kriminalitätslage zu entwickeln, wenig Aussicht auf Zuverlässigkeit haben würde und deshalb wenig ertragreich für die Ableitung von Handlungserfordernissen sein dürfte. Dennoch könnte - zur Absicherung dieser Einschätzung - in einer Machbarkeitsstudie ausgelotet werden, für welche Deliktsfelder, in welchen räumlichen Bezügen, für welche Bevölkerungsgruppen und mit welchem zeitlichen Horizont Kriminalprognosen im Zusammenhang mit soziodemografischen Parametern sinnvoll wären. Die Studie „Jugendkriminalität 2020“ (Deutsche Hochschule der Polizei, Görgen et al. 2010) zeigt die Möglichkeiten und Grenzen auf.
- Es zeigt sich, dass viele bereits jetzt initiierte Politikansätze zur Zukunftssicherung auch mittelbaren Nutzen für die Gestaltung von Innerer Sicherheit entfalten und deshalb uneingeschränkt unterstützt werden sollten. Die Reduktion der Bemühungen auf ein einziges Politikfeld verbietet sich aufgrund der Querschnittseigenschaft der demografischen Konsequenzen von selbst. Das aktuelle Problem liegt eher in der konstanten Übersetzung eines Querschnittsansatzes in die einzelnen klassischen Politikfelder und vor allen dann wieder in der notwendigen Koordination der einzelnen Bereiche bzw. Ressorts. Solange es nicht gelingt, geeignete Strukturen zu nutzen (oder erst zu finden), um mehrere Politikfelder zum Handeln „aus einem Guss“ zu koordinieren, werden die richtigen Gestaltungsansätze ihre Wirkung nur begrenzt entfalten. Auch auf Bundesebene sollte sich um eine Weiterentwicklung in diesem Sinne bemüht werden. Für die kommunale bzw. regionale Ebene sind die bereits vorliegenden Empfehlungen integrierter Strukturpolitik der Bertelsmann Stiftung beispielhaft.
- Erkenntnisbedarf besteht zur Frage, wie die immer noch verfestigten Übersetzungs- und Kooperationsdefizite zwischen den Ressorts bzw. Handlungsfeldern überwunden werden können. Entsprechende politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten sollten initiiert, ihre Ergebnisse ernsthaft berücksichtigt werden.
- Besondere Risiken sind für die Bereiche der Gewalt gegenüber alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu konstatieren, die bei zunehmender Alterung der Gesellschaft größere Herausforderungen für die Prävention indizieren. Bereits

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

bestehende Präventionsansätze gilt es fortzuentwickeln, die Vernetzung und Kooperation der unmittelbar handelnden Akteure zu verbessern und neue Präventionsmöglichkeiten aufzuzeigen

- Schließlich gilt es den (alarmierenden) Risiken für die Gewaltentwicklung im Zusammenhang mit Bevölkerungsverlusten in einzelnen Regionen Deutschlands Rechnung zu tragen. Dazu sind strukturelle und individuelle Ansätze aufeinander abzustimmen und mit großem politischem Nachdruck umzusetzen.

Zum Schluss: Wir leben in einer Zeit, in der sich der schnellste und möglicherweise am tiefsten greifende Wandel in der bisherigen Menschheitsgeschichte vollzieht. In den 70er Jahren hat der „Club of Rome“ auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen. Die heutigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturen befinden sich global betrachtet nur noch in einem labilen Gleichgewicht. In vielen Teilen der Erde gerät die Welt bereits aus den Fugen. Wenn richtig ist, dass es in den kommenden Jahrzehnten viele Möglichkeiten geben wird, die Probleme zu lösen, mit einer einzigen Ausnahme „Weitermachen wie bisher“, dann sind bewusste und aktive Veränderungen erforderlich, im Hinblick auf den Lebensstil jedes einzelnen, das Verhalten der Unternehmen, die Politik, die gesellschaftlichen Ethikvorstellungen und das Verhältnis zwischen den Völkern und Kulturen.

Einstein hat sinngemäß gesagt, man könne die Probleme nicht mit derselben Denkweise lösen, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Wenn er Recht hat, dann brauchen wir neue Einsichten, neue Werte und angemessene Visionen. Rationaler Pragmatismus reicht nicht (mehr) aus.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Literatur / Fundstellen:

Attali, Jacques: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft, Berlin 2008

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 10-11/2011), Bonn 7.3.2011: Demografischer Wandel

- Eine neue Kultur des Wandels - Essay (Björn Schwenker / James W. Vaupel)
- Demografiepolitik - gestalten oder verwalten? (Tilman Mayer)
- Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels (Axel Börsch-Supan)
- Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur (Norbert F. Schneider / Jürgen Dorbritz)
- Demografischer Wandel und Migration als Megatrends (Hans Dietrich von Loeffelholz)
- Alterungsangst und Todesgefahr - der deutsche Demografie-Diskurs (1911-2011) (Thomas Bryant)

Baier, Dirk / Rabold, Susanne / Doering, Bettina: Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt, Hannover 2010

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die Demografische Lage der Nation, Berlin, 2006 (Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen) und 2011 (Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Not am Mann, Berlin, 2007

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Berlin 2007

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demografischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt, Berlin, 2009

Bertelsmannstiftung: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh, 2006

Bertelsmannstiftung: Informationsportal www.aktion2050.de

Börsch-Supan, Axel: Unsere gewonnenen Jahre. [...] Durch längere Erwerbstätigkeit ließe sich diese Entwicklung ohne eine wesentliche Beeinträchtigung des Lebensstandards ausgleichen, FAZ 24.02.2011

Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun: Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts 2010

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Informationsportal www.bbr.bund.de,

z.B. Vielfalt des Demografischen Wandels (DW). Eine Herausforderung für Stadt und Land, BBSR-Online-Publikation, Nr. 6/2010 mit Beiträgen der Debatte der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit BBR 2009

- Küpper, Patrick: Regionale Handlungsansätze bei der Reaktion auf den DW in dünn besiedelten, peripheren Räumen
- Jonas, Andrea: Das regionalplanerische Instrumentarium im Zeichen des DW – Empirische Ergebnisse aus drei Fallstudien
- Dosch, Axel / Gutsche, Jens-Martin: Masterplan Daseinsvorsorge – eine regionale Anpassungsstrategie
- Mörl, Katharina: Strategien für den Umgang mit dem DW: Ergebnisse einer Querschnittsanalyse zur Behandlung ausgewählter Aspekte in den kreisfreien Städten Deutschlands
- Schön, Susanne / Wendt-Schwarzburg, Heike: Vom Konzept zum Ereignis Öffentlichkeitsarbeit als strategischer Erfolgsfaktor für die Bewältigung des DW
- Burkhard, Frank / Schmidt, Maren: Chancen gemeinsam nutzen. Die „Regionalstrategie DW“ in der Metropolregion Rhein-Neckar
- Kun, Vivien / Schröder, Roland: Interkommunale Kooperation im Mittelbereich von Kyritz
- Neisener, Iken / Föhl, Patrick: Regional Governance im Kulturbereich Interkommunale Kooperation und Planungserstellung als gemeinsame Strategie vor dem Hintergrund des DW am Beispiel der „Kulturkonzeption für den Regionalen Wachstumskern Perleberg-Wittenberge-Karstädt“
- Jaensch, Kerstin: DW in Hessen - Interkommunale Kooperation und Dialog
- Toben, Christopher: Demografiecheck als Bestandteil integrierter Kommunalentwicklung
- Hauschildt, Arndt / Mensing, Klaus: Ortskernentwicklung als gemeinsame (Management-)Aufgabe begreifen. Der Zukunftsscheck Ortskernentwicklung und die Toolbox. Erfahrungen und Instrumente aus den PlanerWorkstätten im Landkreis Osnabrück
- Trauth-Koschnik: Demografie-Check – Instrument für eine ziel- und wirkungsorientierte Steuerung des DW

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

- Eizenhöfer, Rebecca / Sinning, Heidi / Ziervogel, Daniela: Nachfrageorientierte Bestandsentwicklung. Anpassungsstrategie für die Wohnungswirtschaft im DW
- König, Armin: Keine Angst vor Schrumpfung dank Offenheit, pfiffiger Ideen und Bürger-Partizipation: Illingen 2030. Zur Strategie kleiner und mittlerer Gemeinden im DW

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

- Raumordnungsbericht 2005, Berlin 2005 (BT-Drucksache 15/5500)
- Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Soziale Stadt“, seit 1999
www.sozialestadt.de
- Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels, Schriftenreihe Werkstatt Heft 49, Bonn 2007
- Städtebauförderungsprogramm „Kleine Städte und Gemeinden – Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke, seit 2010, www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung:

- Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Strategien zur Stärkung der sozialen Integration (2003) und Implementierungsbericht (2005), Berlin, BT Drucksachen 15/5569 und 15/1420
- Nationaler Strategiebericht Alterssicherung 2005, BT-Drucksache 15/5571

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland, Berlin 2005

Bundesministerium des Innern: Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus, Berlin 2008

Bundesministerium des Innern: Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 2009

Bundesregierung, Presse- und Informationsamt: Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin 2007

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:

CDU, CSU und SPD: Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag, Berlin 11.11.2005

CDU, CSU und FDP: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt, Koalitionsvertrag, Berlin 26.10.2009

Courbage, Youssef / Todd, Emmanuel: Die unaufhaltsame Revolution, München 2008

Deutsche Gesellschaft für Demographie, Jahrestagung 2011 (9.-11.3.2011 in Bonn): ausgewählte Vorträge und weitere
www.demographie-online.de

- Gatzweiler, Hans-Peter: „Schrumpfung – Gestaltungsaufgabe oder Schicksal?“
- Eisentraut, Roswitha: Alternde Bevölkerung und ländlicher Raum Sachsens-Anhalts: Bürgerschaftliches Engagement als Chance für eine solidarische Gesellschaft
- Naubert, Torsten: Lanststadtwandel in Havelland-Fläming – Über Leerstandsrisiken, Stadtprofilbildung und Alleinstellungsmerkmale von Landstädten in interkommunaler Kooperation
- Gutsche, Jens-Martin / Kaps, Marion: Masterplan Daseinsvorsorge Nordthüringen – Ein regionaler Planungsansatz geht in die zweite Runde

Deutsche Hochschule der Polizei (Görgen, Thomas / van den Brink, Henning / Taefi, Anabel / Kraus, Benjamin): JuKrim 2020 – Mögliche Entwicklungen in der Jugend(gewalt)kriminalität in Deutschland: Szenarien, Trends, Prognosen 2010-2020, Münster 2010

Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: Geborgenheit schenken, Schutz bieten – Sicherheit für Senioren, Berlin / Stuttgart 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention, Bundesministerium für Justiz: Hasskriminalität – Vorurteils-kriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen, Berlin 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention: Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, Bonn 2008

Deutsches Forum für Kriminalprävention: Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis, Bonn 2005

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Deutsches Jugendinstitut: Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter, München 2007

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Lebenswelten 2020 – So werden wir leben, Köln 2003

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.: Abschlussbericht der Kommission „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik, Berlin April 2008

Enquetekommission des Deutschen Bundestages: „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Schlussbericht, Berlin 2002 (BT-Drucksache 14/8800)

Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes: Armutsatlas, 2009, www.armutsatlas.de

Friedman, Benjamin: The moral consequences of economic growth, New York 2005, Wachstum nützt der Moral, Zeit Online 6.7.2009

Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004, Einzelbeiträge:

- Frevel, Bernhard: Schicksal? Chance? Risiko? – Herausforderung demografischer Wandel
- Hullen, Gert: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Die Bevölkerung schrumpft, altert und wird heterogener
- Wagner, Angelika: Entwicklung der Weltbevölkerung
- Kolb, Holger: Migration. Einwanderungspolitik und demografische Entwicklung
- Meyer, Thomas: Die Familie im demografischen Wandel
- Alt, Christian: Lebenswelt der Kinder
- Stiehr, Karin: Lebenslagen älterer Menschen
- Zander, Margherita: Zwischen Konflikt und solidarischem Ausgleich. Die Generationenperspektive im demografischen Wandel
- Fuchs, Joachim / Söhnlein, Doris / Weber, Brigitte: Konsequenzen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt der Zukunft
- Dichanz, Horst: Bildungsziele und Bildungsinstitutionen in der demografischen Schere
- Brinkmann, Dieter: Freizeit und Erholung in einer alternden Gesellschaft
- Westle, Bettina: Demografischer Wandel und politische Teilhabe
- Rager, Günther / Hassemer, Gregor: Mediennutzung und –gestaltung in einer alternden Gesellschaft
- Dietz, Berthold: Soziale Sicherungssysteme
- Kantel, H.-Dieter: Arbeit und soziale Sicherung in der Bürgergesellschaft
- Koch, Karl-Friedrich: Kriminalität und öffentliche Sicherheit
- Kaestner, Roland / Müller-Seedorf, Wolfgang: Demografischer Wandel. Konsequenzen und Chancen für äußere Sicherheit und Verteidigung
- Guggemos, Peter: Demografischer Wandel und seine Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Kommunen
- Dalkmann, Holger / Böhler, Susanne: Mobilität und Demografie im Wandel. Angebote einer zukunftsfähigen Gestaltung
- Lietzmann, Hans J.: „Planungszellen“ in einer älter werdenden Gesellschaft. Die Chancen der zivilgesellschaftlichen Gestaltung einer politischen Kontroverse

Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Men, New York 1992 / Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992

Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwahrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben, in Die Zeit vom 23. Juni 2005

Görgen, Thomas et al. Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen, BMFSFJ, 2009, 3. Aufl. 2010

Heinz, Wolfgang / Spiess, Gerhard: Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050, in forum kriminalprävention 3/2005

Heitmeyer Wilhelm: Deutsche Zustände Folgen 1-9, Frankfurt a.M. jährlich seit 2002

Heitmeyer, Wilhelm, Schrötte Monika (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen – Analysen - Prävention, Bonn 2006

Huntington Samuel: Kampf der Kulturen, New York/München 1996

Kahl, Wolfgang: Gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen in Deutschland, Bonn 2011, www.kriminalpraevention.de (Publikationen)

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Kahl, Wolfgang: Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen. Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention, in Naderi, Robert (Hrsg.): Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen, Wiesbaden 2009

Kahl, Wolfgang: Bürgergesellschaft in der Krise? Die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland, forum kriminalprävention 4/2009

Kemme, Stefanie / Hanslmaier, Michael / Stoll, Katharina: Kriminalitätsentwicklung 1995 bis 2008: Ergebnisse einer Expertenbefragung. Zwischenbericht des Projekts „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung sowie die Arbeit der Polizei, der Strafjustiz, des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe“, Hannover 2011

Lachmann, Günther: Von Not nach Elend – Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen, München 2008

Landeskommission Berlin gegen Gewalt: *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin*, 1995

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle: Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen, Düsseldorf 2006

Laubenthal, Klaus: Phänomenologie der Alterskriminalität, forum kriminalprävention 3/2005

Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Bericht zur Stadtentwicklung in NRW 2006, Herausforderungen des demografischen Wandels, Düsseldorf 2006

Pergande, Frank: Wenig Bildung plus Gewalt – In Ostvorpommern (und nicht nur dort) hat sich eine „Kultur der Armut“ entwickelt, FAZ 23.7.2008

Prantl, Heribert: Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005

Roß, Jan: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft, Berlin 2008

Schäuble, Wolfgang / von der Leyen, Ursula: Was die Gesellschaft zusammenhält, in FAZ vom 6.1.2009

Siehoff, Jonas: Magdeburg wird alt aussehen ..., Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1.6.2008

Simon, Jana: Irgendwie auch selbst schuld: Ein rechter schlägt einen Juden zusammen – der Täter bekommt Bewährung, gegen das Opfer wird ermittelt, Die Zeit 9.9.2010

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes, 1. Auflage München 1917

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Veiel, Andres: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007

Zeitmagazin 13. Januar 2011

Heute für ein
Heute für ein **besseres** Morgen.
besseres Morgen.

Markt der Möglichkeiten

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“

Nutzung der Potentiale des Alters

Wer sind wir?

Wir sind die Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“ der Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V.

Unsere Anliegen/Projekte:

Wir wollen den Dialog der Generationen in der Stadt Magdeburg aufbauen und führen

Wir wollen zwischen Jung und Alt Brücken schaffen

Wir wollen Jung und Alt zusammenführen

Wir wollen die Solidarität zwischen den Generationen fördern



Projekte der Arbeitsgruppe:

Wir lernen die Heimatstadt Magdeburg kennen
Magdeburger Senioren und ausländische Studenten im Dialog

Deutschland liest vor – Magdeburg liest mit
Großeltern, Enkel und Familien in den Ferien
Alte Spiele

Aus der Schule geplaudert

Gymnasiasten unterrichten Senioren



Erreichbarkeit:

Edeltraud Schochert/Leiterin der Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“

Telefon und Fax: 0391 614823

E-Mail: seniorenvertretung-md@web.de

• Potentiale des Alters

Welche Potentiale (Leistungsfähigkeit) haben wir als Senioren?

Wir verfügen über Wissen und sind in der Lage es zu vermitteln. Wir wollen unser Wissen erweitern und Neues aufnehmen.

Wir können Erkenntnisse anwenden und umsetzen. Wir verfügen über Erfahrungen, besonders über Lebenserfahrungen und Berufserfahrungen, darunter viele soziale Erfahrungen, die weitergegeben werden können, vermittelt und angewendet werden können.

Wir verfügen über Zeit, die wir sinnvoll und nutzvoll verschenken und vergeben möchten. Wir besitzen Freiraum zum Arbeiten.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Wir sind in der Lage mit Menschen zu arbeiten, können sie begeistern und Vertrauen erwecken und Vertrauensverhältnisse aufbauen.

Viele von uns sind finanziell abgesichert und somit zur ehrenamtlichen Arbeit ohne Aufwandsentschädigung bereit.

- **Die Seniorenvertretung der Landeshauptstadt Magdeburg e. V., ihre Ziele und Aufgaben**

Die Seniorenvertretung der Landeshauptstadt besteht seit 1992 und versteht sich als Interessenvertretung der älteren Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Sie ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

Interessenvertretung heißt für uns: die Seniorenpolitik der Stadt durch eigene Vorschläge und Aktivitäten mitzugestalten; das aktive soziale und politische Engagement der Magdeburger Senioren und Senioren zu fördern; den Dialog mit der jüngeren Generation zu fördern; Hilfe und Selbsthilfe zu organisieren.

Die Seniorenvertretung verfügt über folgende Arbeitsgruppen:

„Dialog der Generationen“; „Sicherheit“; „Soziales“; „Wohnen im Alter“ und der „Redaktion des Magdeburger Kuriers“

Die Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“ möchte ich ihnen im Weiteren näher vorstellen.

- **Die Arbeitsgruppe als Potential des Alters**

Die Arbeitsgruppe nutzt die genannten Potentiale des Alters bei der Umsetzung der Aufgaben und Ziele der Arbeitsgruppentätigkeit. Das möchte ich beim Vorstellen der Arbeitsgruppe nachweisen und beweisen.

- **Entstehung der Arbeitsgruppe**

Auf der Impulswoche der Seniorenvertretung wurde die Idee geboren. Im Januar 2000 haben fünf Senioren die Arbeitsgruppe gegründet. Vereine und Einrichtungen wurden zur Mitarbeit angesprochen und aufgerufen. Es begann die Arbeitsgruppenarbeit. Hilfe bekamen wir vom Pfefferwerk „Dialog der Generationen“ Berlin. Die erste Fortbildung beschäftigte sich damit „Wie entsteht aus einer Idee ein Projekt?“

Heute: 50 Arbeitsgruppenmitglieder, 30 Kooperationsmitglieder, 40 Vorleser, 90 Gastfamilien mit 200 ausländischen Studenten, 70 Zeitzeugen.

- **Anliegen der Arbeitsgruppe und Arbeitsweise**

Anliegen der Arbeitsgruppe:

Wir wollen den Dialog der Generationen in der Stadt Magdeburg aufbauen und führen.

Wir wollen zwischen Jung und Alt Brücken schaffen.

Wir wollen Jung und Alt zusammenführen.

Wir wollen die Solidarität zwischen den Generationen fördern.

Arbeitsweise: Monatliche Beratungen an anderen Orten.

Rolle der Projektverantwortlichen und ihre Arbeit für die Arbeitsgruppentätigkeit.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

- **Projekte und Projektarbeit**

Bereits im ersten Jahr Beginn der Projektarbeit. Rolle der Projektverantwortlichen: Selbständiges Arbeiten.

- **Vorstellung der Projekte/einschließlich bildliche Darstellung**

Heimatstadt; Stadtführungen, Otto-von-Guericke-Meile; Magdeburger Dom; Rundgänge; Magdeburger Sagen.

Ausländische Studenten; Wir lernen die neue Heimatstadt kennen; Wir geben Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache; Wir unterstützen den Aufbau von persönlichen Kontakten durch die Aufnahme in Gastfamilien; Wir lernen die Kulturen und Traditionen anderer Länder kennen.

Vorlesen; Mit dem Projekt wecken die Vorleserinnen bei den Kindern in Kindergärten, Horten, Förderschulen und Grundschulen den Spaß und die Freude am Lesen. Bei Leseschwierigkeiten wird durch eine individuelle Förderung Unterstützung und Hilfe gegeben. „Leselust statt Lesefrust“ ist das Ziel der gemeinsamen Bemühungen.

Alte Spiele; Bei den Begegnungen zwischen Jung und Alt steht das Spiel mit den Kindern im Mittelpunkt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe bringen den Kindern von heute nahe, wie sie früher gespielt haben. Es geht um Kreisspiele, Büchsenwerfen, Murmeln, Seilspringen, Sackhüpfen, Eierlaufen oder Himmel und Erde. Heute sind die alten Spiele besonders bei Schulfesten und öffentlichen Veranstaltungen gefragt.

Großeltern und Enkel; In allen Ferien können Großkel und Enkel und Familien in verschiedenen Einrichtungen und Vereinen vielseitige und interessante Veranstaltungen besuchen.

Aus der Schule geplaudert; Ziel ist es; gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der unterschiedlichen Klassenstufen, durch Gespräche in der Familie und mit Zeitzeugen die lokale und allgemeine Schulgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu erschließen und zu präsentieren, um diese als Kulturgeschichte und als Kulturgut zu bewahren.

Gymnasiasten unterrichten Senioren; Gymnasiasten unterrichten Senioren zur Befähigung im Umgang mit dem Handy. Gleichzeitig werden weitere Lehrgangsteilnehmer mit der Arbeit am Computer vertraut gemacht.

Rolle der Öffentlichkeitsarbeit

Kontakte zu Presse, Rundfunk und Fernsehen; Information über unsere Arbeit und Projekte; Aufrufe zur Gewinnung von Teilnehmern, Vorlesern, Gastfamilien, Zeitzeugen und Geschirrraktionen; Berichte zu den Aktivitäten, zu Kursen, Ergebnissen der Projekte und ihrer Veranstaltungen; Dankeschön in Form von Briefen an die Projektpartner, Leserbriefe in den Lokalzeitungen an die Magdeburger, Überreichung von Blumensträußen durch den Magdeburger Kurier; Ernennung zum Ehrenmitglied der Arbeitsgruppe.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Unsere Partner und Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern

Arbeitsgruppenmitglieder; das Team des Projektes, indem interessierte Senioren mitarbeiten; Kooperationspartner; Vereine und Einrichtungen; Kindertagesstätten; Grund- und Förderschulen, Sekundar- und Berufsschulen, IGS, Gymnasien, Schulleitungen und Schülerräte, Kinder- und Jugendheime; Kinder- und Freizeiteinrichtungen, Studenteninitiativen; Akademische Auslandsämter; Ausländer- und Integrationsbeauftragte, Netzwerk und Integration, Freiwilligenagentur Magdeburg e. V., Stadt- und Stadtteilbibliotheken, Kinderbeauftragte, Zeitzeugen, Vorleser, Gastfamilien, Theater der Landeshauptstadt.

Chronik

Alles ist in einer Chronik dokumentiert.

Resümee: Die Arbeitsgruppe, ihre Tätigkeit und deren Wirkung ist ein Potential des Alters. 10 Jahre Arbeitsgruppe zeugen davon.

Der Stand auf dem Markt der Möglichkeiten zeigt die Arbeit unserer Arbeitsgruppe.

Markt der Möglichkeiten

Bürgerinitiative Stendal e. V.



Bürgerinitiative Stendal e. V. Niedrigschwelliges Betreuungsangebot

Bürgerinitiative Stendal e. V. in Zahlen:

- ♦ Vereinsgründung: September 2004
- ♦ Mitglieder im November 2010: 335
- ♦ Ehrenamtlich Aktive: 53

Projekt „Hilfe zur Selbsthilfe“:

- ♦ Haushaltsnahe Dienstleistungen für ältere und behinderte Menschen
- ♦ 7020 geleistete Stunden (bis November 2010)
- ♦ 63 Personen werden Zuhause betreut (bis November 2010)

Projekt Generationscafé:

- ♦ Start als LOS-Projekt im September 2005
- ♦ Monatliche Veranstaltung mit Jung und für Alt
- ♦ Bisher 64 Veranstaltungen mit mehr als 2.475 Teilnehmern

Freiwilligendienste aller Generationen

- ♦ Leuchtturmprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Generationen Miteinander – Füreinander“

Tagesstätte

- ♦ Niedrigschwelliges Betreuungsangebot für Demenzerkrankte und Schlaganfallbetroffene

Ziele und Aufgaben der Tagesstätte

- ♦ Schließung der Lücke zwischen ambulanter und stationärer Pflege
- ♦ Integration in das soziale Umfeld der Kommune
- ♦ Ausbau von Gruppen ehrenamtlicher Helfer
- ♦ Vermeidung bzw. Hinauszögerung von stationärer Pflege
- ♦ Vernetzung mit den anderen Trägern der Altenhilfe



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



„Kooperation statt Konkurrenz“

Tagesgäste

- ♦ Beschäftigung
- ♦ Förderung
- ♦ Betreuung
- ♦ Zuwendung
- ♦ Teilhabe
- ♦ Kompetenzerhalt

Alternatives Angebot durch kompetentes Fachpersonal und geschulte Ehrenamtliche

- ♦ 28 Ehrenamtlich tätige Betreuerinnen und Betreuer
- ♦ 2 hauptamtliche Fachkräfte
- ♦ 5 angestellte Hilfskräfte
- ♦ 31 regelmäßige Tagesgäste in den Tageseinrichtungen
- ♦ 28 Betroffene werden Zuhause betreut
- ♦ 31 ehrenamtliche Betreuer sind regelmäßig im Einsatz

Angehörige

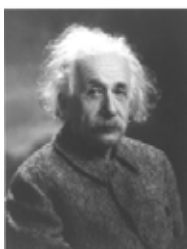
- ♦ Information
- ♦ Aufklärung
- ♦ Unterstützung
- ♦ Entlastung

Weiteres Ziel:

Modellvorhaben nach SGB XI § 45c

Aufbau von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten in ländlichen Regionen

- ♦ Nutzung personeller und räumliche Ressourcen auf dem Land bzw. in den Gemeinden
- ♦ Stärkere Einbindung der Kommunen
- ♦ Flächendeckender Ausbau der Kooperationen mit ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen
- ♦ Einrichtung und Erprobung von mobilen Teams auf dem Lande
- ♦ „Bürgerbus“ als Alternative zur fehlenden Verkehrsinfrastruktur
- ♦ wissenschaftliche Begleitung durch die Hochschule Magdeburg/Stendal



**Man kann ein Problem nicht mit der Denkweise lösen,
die es erschaffen hat.**

Albert Einstein

Ihr Weg zu uns:

Post-Anschrift

39576 Stendal
Stadtseeallee 1

Büro-Adresse

39576 Stendal
Dr.-Gustav-Nachtigal-Str.5

Öffnungszeiten

Mo., Di., Fr. 10:00 – 14:00 Uhr
Do. 12:00 – 16:00 Uhr

☎ 03931 490639

☎ 03931 490785

Internet: www.bisev.de

E-Mail: info@bisev.de

Bankverbindung: Kreissparkasse Stendal BLZ: 810 505 55 Kto-Nr.: 3010031288
Volksbank Stendal BLZ: 810 930 54 Kto-Nr.: 2108798

☞ Spenden sind steuerabzugsfähig ☜

Steuernummer: 108/142/05431 Vereinsregisternummer: Amtsgericht Stendal 757
Vorstandsvorsitzende: Marion Kristin Mohr

Markt der Möglichkeiten

Serviceverein der IPA für Polizeigeschichte und Prävention e. V.

Projekt „Agentur Schutzengel“

„Tatü-Tata“, die Kinderpolizei ist da

Hinter dem Logo der Agentur Schutzengel verbirgt sich ein ehrenamtlich und landesweit in Sachsen-Anhalt agierendes kriminalpräventiv ausgerichtetes Projekt, mit dem die Kids zwischen 4 – 10 Jahren vorausschauend auf alle möglichen Gefahrensituationen vorbereitet werden. Die „Kinderpolizisten“ kommen dabei direkt in die Kindergärten oder Grundschulen und sprechen mit den Kindern über Gut und Böse, geben wichtige Verhaltensempfehlungen und verteilen kriminalpräventive Malhefte. Über 50.000 Kinder und etwa 15.000 Erwachsene wurden seit 2007 bereits landesweit geschult.

Polizeihauptkommissar Steffen Claus, zwar bereits im Ruhestand, aber trotzdem stets unterwegs, hat den Kalender voller Termine, denn neben den Veranstaltungen mit Kindern organisiert er thematische Elternabende und schult sowohl Lehrpersonal als auch Erzieherinnen.

Ihm zur Seite stehen „Kommissar Schröder“ und „PeDu“. Hinter diesen Namen verbergen sich ein ausgebildeter Besuchshund und ein frecher Zeichenstift, mit dem bereits im Zeitraum von 15 Jahren 26 lehrreiche Malbücher entworfen wurden. Peter Dunsch vom Landeskriminalamt und inzwischen pensioniert, wollte aber sein Zeichentalent nicht an den Nagel hängen und begibt sich mittlerweile selbst in Kindereinrichtungen, um gemeinsam beim Zeichnen über wichtige Dinge zu sprechen. „Kommissar Schröder“ ist ein ungarischer Jagdhund und hat bereits bei demenzkranken Senioren große Sympathien erworben. Sein Einsatz bei der „Kinderpolizei“ klappt genauso gut und sein Frauchen, die ihn zu den Veranstaltungsorten fährt, gehört einem bundesweit agierenden Verein „Tiere helfen Menschen“ an.

Hauptkommissar Claus kann nun stolz auf eine richtige Truppe blicken: „Wachtmeister Pfiffig“, „Polizeirabe Rudi“, „Meisterdetektiv Sherlock Holmes“, „Kommissar Schröder“ und „PeDu“ –



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

sie sind Sachsen-Anhalts Kinderpolizei. Seit Januar 2010 wird sie von „**Kommissar Bär**“ unterstützt. Dieser Bär mit Grips gibt Kids die richtigen Tipps. Man kann ihn in Lebensgröße erleben oder als Titelfigur der beiden Bildbände mit den bärenstarken Geschichten.

Die Kinderpolizisten organisieren auch eigene **Ausstellungen**, so die Sonderausstellung „Tatort Märchenwald“ zu Grimms kriminellen Märchen, die auf Reisen geht.

In Aschersleben und in Halle wurden **Kinderpolizei-Beratungsstellen** eingerichtet.

Für 2011 heißt das Jahresprojekt „**Schule für Sicherheit**“ und wer Termine absprechen möchte, sollte dies rechtzeitig erledigen.

Informationen/Kontakt unter: www.agentur-schutzengel.de

E-Mail: AGSchutzengel@aol.com

Tel.: 0345 5504439 oder 0345 1717672

Visitenkarte des Besuchshundes

Hallo, ich bin Kommissar Schröder, ein Besuchshund der Kinderpolizei.

Ich habe eine spezielle Eignungsprüfung absolviert und freue mich, mit Kindern in Kontakt zu kommen.

Der Kontakt und Umgang mit Tieren stärkt und fördert physische, psychische und seelische Energien. Besonders meine Artgenossen finden schnell den Zugang zu Menschen und insbesondere zu Kindern. Sie fragen nicht nach Schönheit, sozialem Status oder Gesundheit. Kinder, die schlechte Erfahrungen mit anderen Mitmenschen gemacht haben, können sich nur schwer anvertrauen und über ihre Erlebnisse sprechen. Sie drücken ihre Gefühle mit Zeichnungen aus oder teilen sie ihrem Spielzeug oder Haustier mit. Gerade das geduldige Tier kann als Lebewesen dem Kind etwas zurückgeben, was es durch sexuellen Missbrauch, Vernachlässigung oder Misshandlung verloren hat, nämlich Liebe, Zuwendung, Geborgenheit und Vertrauen.

Kommt ein Besuchshund in die Kindertagesstätte oder Grundschule, kann er zum Kommunikationsmittelpunkt in der Gruppe werden. Mit einem entsprechenden Lernprogramm lassen sich solche Begegnungen mit einem Tier vorausschauend planen.

Die Kinder lernen spielerisch, wie sie sich in kritischen Situationen verhalten sollen. Am Anfang wird darauf hingewiesen, dass man einen unbekannten Hund nicht einfach entgegen läuft und ihn vielleicht noch an den Ohren zieht. Die Begegnungssituation ist sehr wichtig und deshalb wird sie so organisiert, dass die Kinder ohne Angst dabei sind.

Dann kann man sich mal über viele wichtige Probleme unterhalten. Über den Kontakt mit dem Besuchshund können vergleichbare Begegnungssituationen, die durchaus gefährlich werden können, angesprochen werden. Das setzt sich fort, wenn der Kontakt mit dem Hund hergestellt wurde und er nun kein Unbekannter mehr ist. Es gibt Menschen, die man gut kennt und die gemein werden und

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

auch ein Hund, den man schon gut kennt, kann durchaus plötzlich zubeißen.

Es gibt wichtige Ziele des Besuchshundeeinsatzes, die ich hier mal schnell aufzählen möchte:

- Verringerung von Ängsten, beispielsweise der Angst vor fremden, unbekannten Dingen (Hund)
- Aufklärung über den richtigen Umgang mit Hunden
- Verhaltensempfehlungen für Begegnungssituationen
- Überwindung von Berührungsängsten
- Stärkung des Selbstbewusstseins
- Positive Beeinflussung der Ausstrahlung des Kindes – „Ich schaffe das!“
- Förderung von Vertrauensbildung
- Friedliches Zusammenleben der Menschen und Tiere

Die Banalität eines Hundes ermöglicht – ähnlich wie in unseren Volksmärchen – ein unkompliziertes Miteinander zwischen Mensch und Tier, die Vermittlung wichtiger Verhaltensempfehlungen und das Bestärken in die eigenen Fähigkeiten.

Also ruft bei der Agentur Schutzengel an, wenn ich, Kommissar Schröder, bei Euch zum Einsatz kommen soll. Ich freue mich schon darauf und habe weder Flöhe noch Krankheiten, natürlich bin ich stubenrein. Übrigens bin ich ein waschechter ungarischer Jagdhund, ein Magyar Vizsla. Ich jage weder Bösewichte noch andere Menschen oder Tiere, weil ein Besuchshund der Kinderpolizei dazu da ist, mit denen friedlich in Kontakt zu kommen, auf die es Bösewichte abgesehen haben können. Gemeinsam sind wir ganz stark!

„Tatort Märchenwald“ – Mit Märchen Gut und Böse erklären

Märchenfiguren begegnen uns auf Schritt und Tritt. Sie haben ein langes Leben und sind sehr präsent. Längst gehören sie zum Bestandteil eines kollektiven Bewusstseins. Sie laden ein zur Identifikation, helfen Kindern beim innerseelischen Entwicklungsprozess, sie sind Warn- und Leitbilder. Die Kinder identifizieren sich mit ihnen.

Ja, sie galten auch als grausam, überkommen und moralsauer, doch inzwischen sind Volksmärchen wieder äußerst beliebt. In einer immer komplizierter werdenden Welt sind Märchen wie ein Mikrokosmos, in ihnen ist die Welt noch überschaubar. Es wird immer häufiger durch den Märchenwald spaziert, es werden wichtige Lehren gezogen und die Märchenerzähler erhalten Rückendeckung von Psychologen, Therapeuten und nun sogar durch die Polizei.

„Superdoping für Kinderhirne“, bezeichnete unlängst ein bekannter Neurobiologe die Märchen. Er riet: Märchenstunden können die emotionalen Zentren im Gehirn aktivieren und sie helfen, dass Kinder Ruhe finden und lernen, sich zu konzentrieren. Märchen beleben auch Sprache, erleichtern die Kommunikation.

Unsere Volksmärchen sind Kunstwerke von zeitloser Gültigkeit, in denen mit Hilfe von Bildern, Gestalten und Symbolen innere Erfahrungen zum Ausdruck gebracht werden.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Wir alle können und sollten versuchen, den Kindern selbst erfundene oder uns bekannte Märchen zu erzählen. Sie erfüllen angesichts des nüchternen Realitätsdenkens eine spezielle Funktion, appellieren ans Fabulieren, an die eigene Empfindung und Erfindung, sie sind Imagination und auch Realität.

Erwachsene sollten bedenken, dass mit Märchen sprachliche und mentale Barrieren zwischen Kindern und Erwachsenen überwunden werden.

Märchen verschweigen nicht die dunklen Seiten des Lebens, sie konfrontieren uns mit Konflikten und Schwierigkeiten. Aber sie zeigen auch die Lösungswege und erklären Verhaltensweisen, beispielsweise das Thema Notwehr (bei Hänsel & Gretel). Sie animieren die Kinder, sich in ihre Märchenhelden hinein zu versetzen und die Märchenhandlung mit Phantasie zu gestalten und nachzuspielen. Sie sind wichtiges Training für den Ernstfall.

Die Sonderausstellung im Museum „Bernhard Brühl“ Landsberg zeigt das Kriminelle im Märchen, das sich überhaupt nicht vom Kriminellen des Lebens abhebt. Der Besuch der Ausstellung „Tatort Märchenwald“ dient sehr nützlichen Zwecken.

Fast jedes Märchen beginnt mit einem Familienkonflikt, den der Märchenheld bewältigen muss. Dazu nimmt er sein Leben selbst in die Hand und verlässt sein Elternhaus. Familienkonflikte sind auch in unserem Alltag von großer Bedeutung. Man muss sich ihnen stellen, sie überwinden. Durch ihre aktuelle Problematik bieten Märchen Modelle der Angstüberwindung und sensibilisieren gegen Unrecht und Gewalt, lassen Gut und Böse erkennen und persönliche Sicherheit gewinnen. Im Märchen besiegt der kleine Mensch große Riesen (Tapferes Schneiderlein), der Schwächere erweist sich durch Klugheit als überlegen und ist Sieger. Solche Märchen helfen dem Kind das Ich zu bestärken und kindliche Unterlegenheitsgefühle zu überwinden.

Es ist falsch, Kindern nur eine heile ausnahmslos gute Welt vorzugaukeln, da sie früher oder später die Realität kennen lernen und bewältigen müssen.

„Die Kinder, die dem Märchen nicht begegnet sind, trifft das Grausame im Leben unvorbereitet, denn gerade die Märchen zeigen, wie der werdende Mensch das Gruseln lernt, wie das Grau Licht wird und das Unheimliche überwunden werden kann ...“

Für das Märchen ist die Existenz des Bösen eine Selbstverständlichkeit, doch es vermittelt den Eindruck, dass angesichts des Bösen immer auch Hoffnung besteht. Man muss sich nur richtig verhalten. Letzteres ist mein Präventionsansatz, um Kindern richtiges Verhalten in Gefahr zu schulen.

Euer Kinderpolizist

Markt der Möglichkeiten

Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF

Virtuell-interaktives Standortinformationssystem

... Industriestandorte werden in der virtuellen Welt lebendig.

Motivation

Im weltweiten Wettbewerb um Investoren sind seitens der Länder, Landkreise und Kommunen ständig neue Ideen gefragt. Die Zeiten von Faltblatt und Video gehören der Vergangenheit an. Neue Methoden der Vermarktung sind gefragt, um potentielle Ansiedler zu überzeugen. Der Trend geht zu innovativen Standortinformationssystemen, die Investoren einen schnellen und gleichsam umfassenden Überblick über die Potentiale eines Standorts bieten. Eine Möglichkeit dabei sind virtuell-interaktive 3-D-Darstellungen wie sie am Fraunhofer IFF entstehen.

Inhalte und Funktionsumfang

Ein leistungsstarkes und zugleich kostengünstiges Werkzeug zur innovativen Darstellung von Ansiedlungsmöglichkeiten wurde im Hause Fraunhofer IFF entwickelt. Dieses Softwaretool setzt auf virtuelle Technologien und wurde für den praktischen Einsatz in der Investorenwerbung konzipiert. Mit Hilfe einer eigens entwickelten 3-D-Plattform lassen sich komplette Industrie- und Gewerbeparks in die virtuelle 3-D-Welt des Computers überführen und dort effektiv veranschaulichen.

Das Spektrum der Darstellung reicht dabei von Freiflächen über zukünftige Planungen bis hin zu bereits real vorhandenen Werkhallen oder Anlagen. Die virtuellen Modelle lassen sich dabei über stereoskopische 3-D-Displays (z. B. auf Messen), wie auch über handelsübliche Laptops (z. B. in Konferenzräumen) gezielt einsetzen.

Potentielle Investoren können sich per Mausklick einen umfassenden Überblick über den entsprechenden Industrie- und Gewerbepark verschaffen. Sie werden Teil einer virtuellen Begehung am Standort. Die Darstellung wirkt sehr anschaulich und real, so dass man vergessen könnte, sich in einer virtuellen Welt zu befinden.

Dabei ist das System nicht nur auf die passive Wiedergabe, wie z. B. bei einem Video, beschränkt. Nutzer können in der Echtzeitplattform ihren Standpunkt und ihre Sicht jederzeit ändern und interaktiv Zusatzinformationen zu den virtuellen Freiflächen oder Bauwerken abrufen. So werden z. B. Grundstücksgrößen, Preise, vorhandene Infrastruktur, maximale Bauhöhen, Bodenbeschaffenheit



uvm. bei Bedarf aus einer Grundstücksdatenbank in das virtuelle 3-D-Modell geladen und per Mausklick auf das zugehörige 3-D-Objekt angezeigt.

Die Qualität eines Standortes wird von Investoren jedoch nicht allein über die Charakteristik der freien Flächen bestimmt. Flankierende Standortfaktoren, wie z. B. die am Standort bereits vorhandenen Unternehmen, sind von entscheidender Bedeutung. Daher können ebenso Hintergrundinfos zu den ansässigen Unternehmen (z. B. Branchenzuge-

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

hörigkeit, Produktportfolio) sowie Informationen zur umgebenden Infrastruktur im 3-D-Modell abgelegt und bei Bedarf interaktiv aufgerufen werden.

Auch die Makrolage stellt bei Investitionsentscheidungen einen wichtigen Faktor dar. So wird auch der virtuelle Industriestandort nicht losgelöst betrachtet. Vielmehr wird die Standortpräsentation in eine überregionale 3-D-Darstellung eingebettet, die Auskunft zur geografischen Einordnung, zur umgebenden Verkehrsinfrastruktur und zu nahegelegenen Ballungszentren gibt.

Die sekundären Einflussfaktoren, sogenannte „Soft Facts“, können bei Bedarf aus der Gesamtdarstellung per Mausklick abgerufen werden. Damit gibt das System nicht allein Auskunft über die wirtschaftlich relevanten Kennzahlen, sogenannte „Hard Facts“. Vielmehr erlaubt es eine ganzheitliche Betrachtung, welche die sich im Umfeld bietende Lebensqualität, umgebende Bildungs- und Versorgungsmöglichkeiten, u. v. m. mit berücksichtigt.

Ergänzend zu den Möglichkeiten der interaktiven Bereitstellung von Informationen bietet das System die Möglichkeit das virtuelle 3-D-Modell aktiv zu gestalten und zu verändern. Zu diesem Zweck können aus einem vorbereiteten Objektkatalog die 3-D-Einzelmodelle verschiedenster Bauwerksstrukturen, wie z. B. Industriehallen, Büro- und Gewerbegebäude, in das Gesamtmodell eingeladen, skaliert und individualisiert werden. Vegetationsmodelle und ergänzende 3-D-Modelle, wie bspw. Straßenbeleuchtung, Fahrzeuge und Personenmodelle runden den Objektkatalog ab.

Vorteile des Systems

Das dargestellte Standortinformationssystem nutzt gezielt die Potentiale der virtuellen Technologie und schafft konkrete Vorteile für die Anwendungen der Standortentwicklung und der Wirtschaftsförderung:

- Innovative Methoden der Standortvermarktung und Investorenakquisition,
- Nachhaltigkeit der Präsentation über exklusive Darstellungsformen (stereoskopische 3-D-Techniken),
- Ganzheitliche Darstellung, durch verbindende Betrachtung der überregionalen Situation und der Mikrolage sowie durch Einbeziehen von „Hard & Soft Facts“,
- Schnelles Themenverständnis bei Adressaten der Präsentation über fotorealistische 3-D-Darstellungen,
- individualisierte Präsentationsabläufe nach Vorgaben des Adressaten mittels interaktiver Informationsangebote (per Mausklick),
- Langlebigkeit und Erweiterbarkeit der virtuell-interaktiven 3-D-Modelle.

Das Virtuell-interaktive Standortinformationssystem ist eine Eigenentwicklung des Fraunhofer IFF und bei Bedarf individuell erweiterbar. Die Projektkonzeption kann daher konkrete Kundenwünsche berücksichtigen.

Kontakt:

Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb
und -automatisierung IFF
Sandtorstraße 22
39106 Magdeburg

Ansprechpartner:

Andreas Höpfner
Virtuell Interaktives Training
Telefon +49 391 4090-116
Telefax +49 391 4090-115
andreas.hoepfner@iff.fraunhofer.de

Markt der Möglichkeiten

Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“

Im Dezember 2009 wurde das „Gesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Förderung der Kindergesundheit (Kinderschutzgesetz)“ verabschiedet.



Zur Erreichung der Ziele dieses Gesetzes wurde im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt ein Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ eingerichtet.

Die Ziele des Kinderschutzgesetzes sind:

1. die **Förderung der Kindergesundheit** unter anderem durch die Steigerung der Inanspruchnahme der Untersuchungsangebote zur Früherkennung von Krankheiten (Früherkennungsuntersuchungen) bei Kindern sowie
2. die **Früherkennung von Risiken für das Kindeswohl** und die **konsequente Sicherstellung der erforderlichen Hilfen** durch eine Vernetzung von Hilfen des Gesundheitswesens und der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderen dem Kinderschutz und der Familienhilfe dienenden Einrichtungen, Institutionen und Behörden.

Einzelaufgaben des Zentrums „Frühe Hilfen für Familien“

Dem Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ obliegen nachfolgend genannte Aufgaben:

1. Die Unterstützung der lokalen Netzwerke Kinderschutz,
2. die Beratung der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe, vor allem in Fragen des Aufbaus eines Qualitätsmanagements im Kinderschutz,
3. die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Verfahren, Methoden und Instrumenten der Gefährdungseinschätzung,
4. die Unterstützung von Maßnahmen zur Deckung des Qualifizierungsbedarfes der in der Jugendhilfe oder sonstigen dem Kindeswohl dienenden Einrichtungen und Institutionen Tätigen,
5. die Kooperation mit den gesetzlichen Krankenkassen zur Steigerung der sog. U-Untersuchungen,
6. der weitere Aus- und Aufbau bereits vorhandener Projekte, wie z. B. die Erhöhung der Anzahl der **Familienhebammen** und der **Familienpaten/-patinnen** des Landes Sachsen-Anhalt sowie
7. die Erstellung einer Internetwissensplattform.

Weiterführende Informationen zum Kinderschutz in Sachsen-Anhalt finden Sie unter:

www.kinderschutz.sachsen-anhalt.de

Sie erreichen uns wie folgt: Tel.-Nr.: 0391 567-4037 oder -6908

E-Mail-Adresse.: kinderschutz@sachsen-anhalt.de

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Familienpatinnen/-paten Sachsen-Anhalt

Durch Familienpatinnen/-paten sollen vorrangig Familien betreut werden, bei denen es durch bestimmte Faktoren wie zum Beispiel: Teenagerschwangerschaft, Mehrlingsgeburt oder der Tatsache alleinerziehend zu sein, zu möglichen Überforderungen kommen könnte oder bereits gekommen ist. Manche Familien bedürfen der Unterstützung, um einfach nur ihren Lebensalltag etwas besser zu organisieren sowie den Kindern gute Bildungs- und Chancengleichheit zu gewährleisten.



Parallel dazu sind die Erziehungskompetenzen von Eltern zu stärken sowie die Hilfe zur Selbsthilfe zu aktivieren.

Aufgaben von Familienpatinnen/-paten:

Kindeswohl

- Unterstützung der Eltern bei Fragen zur Ernährung des Kindes,
- Unterstützung der Eltern bei Fragen zur Hygiene des Kindes,
- Motivierend darauf hinwirken, dass Eltern mit ihren Kindern Früherkennungsuntersuchungen (U-Untersuchungen U 1 bis U 9) in Anspruch nehmen,
- Begleitung der Eltern/Elternteile bei Arztbesuchen,
- Freizeitgestaltung mit den Kindern, wie z. B. Spielplatzbesuche, Zoobesuche, Bibliotheksbesuche,
- Kinder zum Lesen motivieren, jüngeren Kindern vorlesen,
- Hausaufgabenhilfe für ältere Geschwisterkinder

Erziehungskompetenzen von Eltern stärken

- Auch den Eltern ist Zuwendung zu geben, Zuhören und Beachtung schenken spielen bei der Stärkung der Erziehungskompetenz eine immens wichtige Rolle,
- Unterstützung der Eltern bei problematischen Mutter/Vater-Beziehungen und/oder Mutter/Vater-Kind-Beziehungen,
- Unterstützung bei der Vermittlung zu professionellen Hilfen, wie z. B. Ehe-Lebens- und Familienberatungsstellen, Schreibambulanzen etc.
- Unterstützung bei finanziellen Fragen und der Kontaktaufnahme z. B. zu Insolvenzberatungsstellen

Durch die Inanspruchnahme einer Familienpatin/eines Familienpaten entstehen der Familie keine zusätzlichen Kosten.

Sollten Sie eine(n) Familienpatin/-paten in Anspruch nehmen wollen oder interessieren Sie sich für die Tätigkeit als Familienpatin/-pate und benötigen weiterführende Informationen, so wenden Sie sich bitte an das **Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“** unter folgender E-Mail-Adresse:

kinderschutz@sachsen-anhalt.de im Ministerium für Gesundheit und Soziales.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



Präventive Maßnahmen im Rahmen der Frühen Hilfen

Familienhebammen des Landes Sachsen-Anhalt

Ziele dieses Projektes:

1. Förderung der Kindergesundheit
2. Erhöhung der Erziehungskompetenzen der Eltern

Inanspruchnahme:

Kostenlose Betreuung durch eine Familienhebamme von Beginn der Schwangerschaft bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes/der Kinder möglich

Zielgruppe:

1. Minderjährige Mütter oder Alleinerziehende,
2. Mütter/Eltern, die von gesundheitlichen Problemen betroffen sind,
3. Mütter/Eltern mit Problemen bei der Alltagsbewältigung,
4. Mütter/Eltern mit Migrationshintergrund

Familienhebammen beraten:

zur Hygiene und Ernährung des Kindes,
bei Stillproblemen,
bei Schreibabys und Bindungsstörungen,
bei Gewalt in der Familie,
bei Suchtproblemen der Mutter/der Eltern

Sie vermitteln aber auch weiterführende Hilfen!

Weiterführende Informationen zu Familienhebammen in Sachsen-Anhalt finden Sie unter:

www.kinderschutz.sachsen-anhalt.de
www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Familienhebammen - Übersicht der Einsatzgebiete im Land Sachsen-Anhalt - (Stand: Mai 2009)



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Markt der Möglichkeiten

Gewerkschaft der Polizei

Der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ging im Jahre 1990 aus der Gewerkschaft der Volkspolizei hervor und ist seitdem die souveräne, kompetente und starke Interessenvertretung für die Tarifbeschäftigten und Beamten in der Polizei.



Die Gewerkschaft der Polizei vertritt die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten und ehemals Beschäftigten der Polizei. Sie erstrebt insbesondere Verbesserungen der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie des Beamten- und Arbeitsrechts.

Dabei beteiligt sie sich auch an gesellschaftlichen und politischen Diskussionen. Bedeutende Themen sind u. a.: Kriminalpolitik, Kriminalitätsursachen, Verkehrspolitik, Entwicklung des Strafrechts, Organisation und Aufgaben der Polizei und die polizeiliche Aus- und Fortbildung.

Ein großes Anliegen der GdP ist die Unterstützung der präventiven Arbeit der Polizei. Aus diesem Grund unterstützen wir einzelne Projekte oder auch die Arbeit der Polizei in Sachsen-Anhalt im präventiven Bereich. Deshalb war der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei u. a. bereits 2008 bereit, das Gewaltpräventionsprojekt „Nicht mit Mir“ – Starke Kinder schützen sich – unter dem Motto „Fit und Sicher!“ zu unterstützen.

Außerdem unterstützen wir die polizeiliche Arbeit mit einer Reihe Broschüren u. a. zur Drogen-, Gewalt- oder Internetkriminalitätprävention.

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Sachsen-Anhalt
Halberstädter Str. 120
39112 Magdeburg,

Tel.: 0391 6116010;
Fax: 0391 6116011;
E-Mail: lsa@gdp-online.de
www.gdp-sachsen-anhalt.de



Markt der Möglichkeiten

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Betreuungsvereine Sachsen-Anhalt

Aufgaben der LAG:

Die LAG organisiert Weiterbildungen zur Vorsorgevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügung für die Vereinsbetreuer der Betreuungsvereine mit dem Aufgabenschwerpunkt der Öffentlichkeits- bzw. Querschnittsarbeit.

Sie konzipiert weiterhin die Entwicklung von Informationsmaterialien für Bevollmächtigte und ehrenamtliche rechtliche Betreuer auf Landes- und Bundesebene.

In betreuungsrelevanten Themen bietet die LAG interdisziplinär Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Sie wirkt unterstützend für die Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Betreuungsvereine.

Auf Landesebene vertritt die LAG der Betreuungsvereine Sachsen-Anhalt die Interessen der anerkannten Betreuungsvereine im Land.

Auf Bundesebene tritt sie als Interessenvertreter in der Bundeskonferenz der Betreuungsvereine Sachsen-Anhalts auf.



Aufgaben der Betreuungsvereine:

Die hauptamtlichen Vereinsbetreuer führen berufsmäßig rechtliche Betreuungen.

Zu den besonderen Aufgaben der Betreuungsvereine gehören Querschnittsaufgaben, wie die Gewinnung, Einführung, Fortbildung, Begleitung und Beratung ehrenamtlicher rechtlicher Betreuer.

Des Weiteren informieren speziell geschulte Mitarbeiter zu Themen wie Vorsorgevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügungen.

In Einzelfällen wird auch Beratung bei der Erstellung der Vorsorgeformen angeboten.

Bevollmächtigten Personen werden Beratungen zur Vollmachtsumsetzung angeboten.

Die Vorsorgevollmacht:

In der „Vorsorgevollmacht“ wird ein rechtlicher Vertreter bestimmt, der für den Fall, dass keine eigenen Entscheidungen durch Krankheit oder Unfall mehr getroffen werden können, dann Entscheidungen trifft.

Die Betreuungsverfügung:

In der Betreuungsverfügung wird ein rechtlicher Betreuer bestimmt, der dann bei Eintreten eines Betreuungsbedarfs vom Amtsgericht bestellt und kontrolliert wird.

Die Patientenverfügung:

In der Patientenverfügung wird eigenverantwortlich festgelegt, welchen medizinischen Behandlungen zugestimmt und welche abgelehnt werden. Hierbei wird festgelegt, wer die Entscheidungen trifft und welche Wünsche und Wertvorstellungen dabei vorliegen.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Mitgliedsvereine der LAG:

Altmärkischer Betreuungsverein e. V.

Bismarker Straße 36
39606 Osterburg
Geschäftsführer Herr Koeck
Telefon: 03937 82134
Fax: 03937 895247

Betreuungsverein Landkreis Stendal e. V.

Frommhagenstraße 30
39576 Stendal
Telefon: 03931 716116
Fax: 03931 716117

Betreuungsverein Oschersleben e. V.

Geschäftsstelle
Lindenstraße 4
39387 Oschersleben
Telefon: 03949 5134300
Fax: 03949 9498097

Paritätischer Betreuungsverein e. V.

Wiener Straße 2
39108 Magdeburg
Telefon: 0391 7904880
Fax: 0391 79048820

Persönliche Hilfen

Sachsen-Anhalt e. V.

Halberstädter Straße 125 – 127
39112 Magdeburg
Telefon: 0391 636700
Fax: 0391 6367025

Deutsches Rotes Kreuz

Kreisverband Jerichower Land e. V.

Betreuungsverein
In der Alten Kaserne 13
39288 Burg
Frau Höbelt
Telefon: 03921 635923
Fax: 03921 635911

Genthiner Betreuungsverein e. V.

Poststr. 3
39307 Genthin
Telefon: 03933 805900

Betreuungsverein Halberstadt e. V.

Kämmekenstraße 11
38820 Halberstadt
Frau Christine Hehle
Tel.: 03941 24443
Fax: 03941 595689

Verein für Betreuung und Selbstbestimmung e. V. Quedlinburg

Kaiser-Otto-Str. 30
06484 Quedlinburg
Geschäftsführerin :Frau Fieseler
Telefon: 03946 907995
Fax: 03946 9019150

Betreuungsverein e. V.

Vorsitzende: Beate Arndt
Mobil: 0172 3908561

Geschäftsstelle Staßfurt

Gollnowstraße 25
39418 Staßfurt
GST Leiterin: Claudia Rieß
Tel.: 03925 27870
Fax: 03925 278720

Geschäftsstelle Aschersleben

Breite Straße 18
06449 Aschersleben
GST Leiterin: Annegret C. Müller
Tel.: 03473 911786
Fax: 03473 911788

PRO-BET Wittenberg e. V.

Betreuungsverein
Sternstraße 4
06886 Lutherstadt Wittenberg
Frau Christel Coppi
Telefon: 03491 666526
Fax: 03491 666528

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Betreuungsverein Zerbst e. V.

Schlossfreiheit 7
39261 Zerbst
Fau Löwigt
Telefon: 03923 621717
Fax: 03923 621720

Behindertenverband Dessau e. V.

Radegaster Straße 1
06842 Dessau
Tel. 0340 8777621
Fax: 0340 8777655

Betreuungsverein Kleeblatt Zerbst, Rosslau und Dessau e. V.

Werftstraße 4
06862 Roßlau
Frau Veronika Frühauf
Tel.: 034901 67578
Fax: 034901 67606

Betreuungsverein Köthen e. V.

Siebenbrunnenpromenade 31
06366 Köthen
Tel. 03496 210218
Fax: 03496 3099448

Unabhängiger Betreuungsverein im Landkreis Anhalt-Bitterfeld e. V.

Mittelstraße 21
OT Bitterfeld
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel. 03493 82400
Fax: 03493 824020

Betreuungsverein Zerbst e. V.

Schlossfreiheit 7
39261 Zerbst
Fau Löwigt
Telefon: 03923 621717
Fax: 03923 621720

Unabhängiger Betreuungsverein Halle und Saalkreis e. V.

Stendaler Straße 8
06132 Halle/Silberhöhe
Vorsitzende: RA T. Brechmann
Telefon: 0345 7703896
Fax: 0345 7703066

Betreuungsverein Merseburg e. V.

Rossmarkt 15
06217 Merseburg
Telefon: 03461 203588
Fax: 03461 415477

Betreuungsverein Halle e. V.

Advokatenweg 39
06114 Halle
GF Dirk Troll
Tel. 0345 2030553
Fax: 0345 2021813

Unabhängiger Betreuungsverein Halle und Saalkreis e. V.

Stendaler Straße 8
06132 Halle/Silberhöhe
Vorsitzende: RA T. Brechmann
Tel.: 0345 7703896
Fax: 0345 7703066

Betreuungsverein Naumburg e. V.

Wenzelstraße 36
06618 Naumburg
Ansprechpartner Frau Hahn
Tel: 03445 773802
Fax: 03445 773801

Betreuungsverein Merseburg e. V.

Postfach 1402
06204 Merseburg
Tel: 03461 203588
Fax: 03461 415477

Betreuungsverein Anima Zeitz e. V.

Schützenstraße 1
06712 Zeitz
Tel.: 03441 713536
Fax: 03441 713580

Markt der Möglichkeiten

Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V.



Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. ist ein gemeinnütziger Dachverband von Frauenorganisationen und -verbänden sowie von Frauengruppen gemischter Organisationen in Sachsen-Anhalt.

Als größter Dachverband für Fraueninteressen in Sachsen-Anhalt engagieren wir uns für Frauen in allen Lebenslagen und sind überparteilich und überkonfessionell tätig. Mit 36 überregional aktiven Organisationen ist der Verband die größte außerparlamentarische Kraft für Frauen in Sachsen-Anhalt.

Unsere Interessen, Vorhaben und Anliegen sind:

- gleiche Chancen für Frauen und Männer in Familie, Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt herzustellen,
- die Gleichstellung und gleichwertige Betrachtung der Geschlechter in der Gesellschaft zu verwirklichen,
- die Motivation der Frauen zu politischem Engagement zu verbessern, die Entwicklung von Frauensolidarität zu mobilisieren und
- die eigenständige soziale Absicherung für alle Frauen zu gewährleisten.

Wir mischen uns ein, beziehen in Anhörungen des Landtages offensiv Stellung zu politischen und gesellschaftlichen Fragen und arbeiten an der Entwicklung und Umsetzung von Landesprogrammen mit.

In Pressemitteilungen, Resolutionen und Veranstaltungen geben wir den Frauen unseres Bundeslandes eine Stimme. Hierzu organisieren wir sachsen-anhalt-weit Veranstaltungen unterschiedlichster Art und verschiedensten Charakters für Frauen, häufig in Kooperation mit Institutionen und Frauengruppen vor Ort.

Der Landesfrauenrat vertritt seine Mitgliedsorganisationen und deren Interessen in landes- und bundesweiten Gremien:

- Rundfunkrat des Mitteldeutschen Rundfunks
- Landesmedienanstalt
- ÖPNV-Beirat des Landes
- Landespräventionsrat
- Netzwerk für Demokratie und Toleranz
- Landesbündnis für Familie
- Demografiebeirat
- Begleitausschuss zur Verwaltung der Strukturfonds EFRE/ESF
- Beirat der Wirtschafts- und Sozialpartner bei den EU-Strukturfonds
- Lenkungsgruppe „Begleitung und Bewertung“ Strukturfonds EFRE/ESF
- Jurys zu den EU-Programmen im Wirtschafts- und Sozialministerium

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

- Begleitausschuss zur Verwaltung der Strukturfonds ELER
- Landesweites Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt
- AK Opferhilfe in Magdeburg
- Frauenpolitische Runde Tische in Magdeburg, Dessau-Roßlau sowie Halle/Saale
- Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren
- Netzwerk Frauen und Gesundheit
- Beirat geschlechtergerechte Berufs- und Lebenswegplanung
- Trägerbündnis zum Erhalt sozialer Infrastruktur
- Bundesweite Konferenz der Landesfrauenräte
- Arbeitsbündnis der Ostfrauenräte

Wir verstehen uns als Servicestelle für unsere Mitgliedsorganisationen, indem wir Fortbildungsangebote vorhalten, logistische und inhaltliche Unterstützung bei Veranstaltungen oder Großprojekten geben, thematische Arbeitsgruppen betreuen etc. Zur Intensivierung der Vernetzung geben wir monatlich einen Newsletter heraus und unterhalten einen Internetauftritt (www.landesfrauenrat-sachsen-anhalt.de).

Zusätzlich initiieren und begleiten wir Projekte und sind aktuell selbst Träger von drei Projekten:

Junge Existenzgründerinnen in Sachsen-Anhalt

Frauen gründen risikobewusster und erfolgreicher – aber immer noch deutlich seltener als Männer. Mit dem Modellprojekt „juEx – Junge Existenzgründerinnen in Sachsen-Anhalt“ möchte der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. junge Frauen aus den Bereichen Sozial- und Gesundheitswesen sowie Kreativwirtschaft in besonderer Weise auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen. Das Projekt läuft bis Ende März 2011 und wird von Land und Europäischer Union gefördert.

Internetseite: www.juex-lfr.de



Netzwerk Frauen und Gesundheit Sachsen-Anhalt

Das Netzwerk verbreitet Informationen und Kenntnisse zum Thema „Frauen und Gesundheit“ für verschiedenste Multiplikatorinnen in Sachsen-Anhalt. Das Netzwerk Frauen und Gesundheit Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.

Ziele des Netzwerkes Frauen und Gesundheit sind:

- Vorschläge für eine geschlechterspezifische Arbeit zum Thema Gesundheit auf Landesebene zu erarbeiten
- Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu leisten



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



- Multiplikatorinnen zu aktuellen Entwicklungen und Erkenntnissen regelmäßig zu informieren und bei ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Internetseite: www.frauengesundheit-lsa.de

Solo Mama Mia – fiktive Imagekampagne für alleinerziehende Mütter

Mit der Ausstellung „Solo Mama Mia – fiktive Imagekampagne für alleinerziehende Mütter“ von Linn Kraft zielen der Dornrosa e. V. und der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. darauf ab, positiv auf die Leistung Alleinerziehender aufmerksam zu machen. Denn sie sind Organisationstalente, Alleinunterhalterinnen, Wertschöpferinnen, Multitalente und Hoffnungsträgerinnen.

Die Imagekampagne kann als Anstoß zur Vernetzung von Alleinerziehenden, Institutionen, Verbänden, Politikerinnen etc. dienen.

Der Landesfrauenrat wird institutionell vom Land Sachsen-Anhalt gefördert.

Markt der Möglichkeiten

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Auf dem Markt der Möglichkeiten präsentierte sich das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt mit einem Informationsstand zum Themenschwerpunkt „Lebensältere Menschen im Fokus krimineller Machenschaften“.

Die Palette der Beratungsinhalte bezog sich auf solche Fragen wie:



Warum sind ältere Menschen für Straftäter so interessant?

Vertrauen erschleichen, lügen und täuschen – Wie gehen die Täter vor?

Wie sind potentielle Täter zu erkennen?

Was können oder sollten Warnsignale sein?

Was kann man tun um sich zu schützen?

Was ist zu tun, wenn man Opfer einer Straftat geworden ist?

Wo kann man neben der Polizei noch Hilfe finden?

Welche Gefahren können im Internet lauern?

Was ist beim Einkauf und Geldgeschäften über das Internet zu beachten?

Welche Rechte gibt es bei der Internetnutzung?

Unterstützt wurden die Beratungen mit solchen Broschüren und Handreichungen wie:

„Rate mal wer da dran ist?“,

Der Goldene Herbst,

Vorsicht „Karten-Tricks“,

Schlauer gegen Klauer,

Aufgepasst Gefahr (als DVD),

Ins Internet mit Sicherheit (als CD) und dem Wegweiser „Im Netz der neuen Medien“.

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Polizeiliche Kriminalprävention

Lübecker Str. 53 – 63

39124 Magdeburg

Tel.: 0391 2501209

Fax.: 0391 250191209

Markt der Möglichkeiten

Malteser Hilfsdienst e. V. Magdeburg



Malteser in Magdeburg – ein buntes Angebot

Ausbildung	Kinder- und Jugendarbeit	Soziales Ehrenamt	Notfall- und Katastrophenhilfe
Lebensrettende Sofortmaßnahmen Erste-Hilfe-Kurse Notfälle im Säuglings- und Kindesalter Sozial-pflegerische Ausbildungen	Offene Kinder und Jugendarbeit Klassenpatenschaften AG's in Schulen Schul-sanitätsdienst Nachhilfe für Schüler aus sozialschwachen Familien	Besuchs- und Begleitungs-dienst Malteserruf Ambulanter Hospizdienst Kinder- und Jugendhospiz-dienst	Rettungsdienst und Krankentransport Interner Krankentransport der UNI-Klinik Rückholdienst Kassenärztlicher Notdienst Sanitätsdienste
Soziale Dienste Hausnotrufdienst Mahlzeitendienst Pflegedienst und Kinderpflegedienst Fahrdienst (Linie und Individualverkehr) Service-Wohnen für Senioren Alten- und Service-Zentrum „Pik ASZ“			

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Die Malteser sind eine international tätige Hilfsorganisation mit einer mehr als 900-jährigen Geschichte.

Wir sind an über 700 Standorten in Deutschland vertreten, dabei unterstützen uns bundesweit ca. 37.000 Mitarbeiter im Ehrenamt, ca. 13.000 hauptamtliche Mitarbeiter und mehr als 1200 Zivil-dienstleistende.

Die Malteser sind aktiv im Katastrophenschutz, im Sanitätsdienst, in der Erste-Hilfe-Ausbildung, in den Sozialen Diensten und in der Jugendarbeit.

Besondere Präsenz zeigen wir in Magdeburg mit unseren Diensten:

- Hausnotruf
- Menüservice
- Fahrdienst
- Ambulanter Pflegedienst
- ambulanter Kinderpflegedienst
- Ausbildung in Erster Hilfe
- Rettungsdienst, Krankentransport und Sanitätsdienste
- Kinder- und Jugendarbeit
- Besuchs- und Begleitedienst
- ambulanter Hospizdienst
- ambulanter Kinder- und Jugendhospizdienst
- 3 Häuser für betreutes Wohnen und ein Alten- und Servicezentrum in Magdeburg



Unsere vielfältigen sozialen Service-Dienste schaffen Sicherheit für ein möglichst selbstbestimmtes Leben Zuhause und geben Mobilität zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unsere Kurse und Begleitungen vermitteln fachliche und soziale Kompetenz in schwierigen Lebenssituationen und geben Hinweise zur Prävention von Notfällen und Gefahrensituationen.

Malteser Hilfsdienst gemeinnützige GmbH
Bezirksgeschäftsstelle
Bezirk Magdeburg
Hermann-Hesse-Str. 1 a
39118 Magdeburg
Telefon +49 (0) 391 6093110
Telefax +49 (0) 391 6093199
E-Mail: klaus.hoepfner@malteser.org
Web: www.malteser-magdeburg.de

Markt der Möglichkeiten

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost

Präventionskalender 2011

Den Präventionskalender haben die Mitarbeiter des Dezernates Prävention gemeinsam mit der Fachhochschule Polizei Aschersleben konzipiert und erstellt.

Aus der Fülle der Präventionsthemen die Kriminalprävention und Verkehrsprävention betreffen wurden von uns 12 Themen ausgewählt, welche wir mit Hilfe von Bildern und praktischen Tipps aufgearbeitet und möglichst jahreszeitbezogen angeordnet haben. So verweisen wir in der Urlaubszeit beispielsweise darauf, wie man Einbrechern das Leben schwer machen kann, wie man sich auf Rastplätzen verhält und was man vor einem Reiseantritt mit dem Auto zu beachten hat. Themen wie Vorsicht Wildunfälle und Beginn der dunklen Jahreszeit sind dagegen im Herbst aktuell und wurden entsprechend angeordnet. Vor Dieben auf dem Weihnachtsmarkt warnen wir entsprechend im Dezember. Außerdem klären wir über das Kriminalitätsphänomen Skimming, den Tatort Internet sowie zur Sicherheit rund um das Fahrrad auf. Die Themen häusliche Gewalt, Zivilcourage sowie Alkoholprävention waren Schwerpunktthemen unserer diesjährigen Präventionsarbeit und dürfen deshalb in dem Kalender nicht fehlen.

Mit dem Kalender wollen wir eine breite Öffentlichkeit für die jeweiligen Themenkreise sensibilisieren und damit die vor Ort geleistete Präventionsarbeit unterstützen und nachhaltig gestalten.

Solch ein Kalender wurde erstmalig erstellt. Wir beschreiten damit einen neuen Weg in der Präventionsarbeit, könnten uns jedoch vorstellen, dass auch in den Folgejahren Präventionskalender unsere Arbeit unterstützen könnten.

Inwieweit man die künftige Themenauswahl zielgruppenorientiert, jahreszeitbezogen oder deliktbezogen trifft, ist überlegenswert. Auch hinsichtlich der Gestaltung sehen die Kollegen der Fachhochschule Polizei Aschersleben noch kreativen Spielraum.

Die Kalender wurden bereits an die Dienststellen unserer Behörde ausgegeben und wir hoffen in zahlreichen Begegnungsstätten von Senioren, Büros, Arztpraxen u. ä., aber auch in Polizeidienststellen, wo künftig Präventionsarbeit geleistet wird, ein Exemplar anzutreffen.

Auf Grund der positiven Resonanz bei der Vorstellung des Kalenders haben wir in Absprache mit der Fachhochschule Polizei Aschersleben und den Dezernaten Prävention der Polizeidirektionen Sachsen-Anhalt Nord und Sachsen-Anhalt Süd ein Nachdruck für diese veranlasst.



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Präventionsteams Ihrer Polizeidienststelle

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost
Adresse: Kühnauer Straße 161
06846 Dessau-Roßlau
Telefon: 0340 6000-551-554

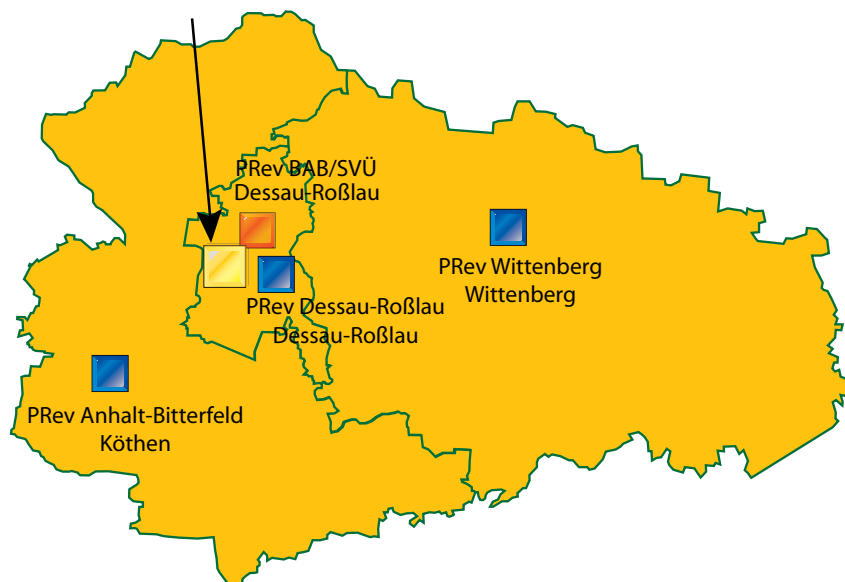
Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld
Adresse: Friedrich-Ebert-Straße 39
06366 Köthen
Telefon: 03496 426-301

Polizeirevier Dessau-Roßlau
Adresse: Wolfgangstraße 25
06844 Dessau-Roßlau
Telefon: 0340 2503-301

Polizeirevier Wittenberg
Adresse: Juristenstraße 13 a
06886 Lutherstadt Wittenberg
Telefon: 03491 469-301

Polizeirevier Bundesautobahn/Spezialisierte Verkehrsüberwachung (BAB/SVÜ)
Adresse: Sollnitzer Allee 2
06842 Dessau-Roßlau
Telefon: 0340 2109-258

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost



Markt der Möglichkeiten

Techniker Krankenkasse Sachsen-Anhalt

„Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ ein Leitfaden für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher in Sachsen-Anhalt zu Früherkennung, Handlungsmöglichkeiten und Kooperation

Die Techniker Krankenkasse (TK) versichert in Sachsen-Anhalt rund 117.000 Menschen. Mit deutschlandweit 42 mitversicherten Familienangehörigen je 100 Mitglieder – im Vergleich dazu haben die Ersatzkassen nur 31 je 100 Mitglieder – sichert sie damit die gesundheitliche Versorgung von überdurchschnittlich vielen Kindern und Jugendlichen. Das bedeutet auch, jeder fünfte TK-Versicherte ist unter 18 Jahre alt (bundesweit) und fällt damit in diese Gruppe. Dies ist ein Grund dafür, dass sich die TK für die Gesundheit und den Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen Misshandlung und Vernachlässigung besonders stark macht.



Insgesamt 461 Jungen und Mädchen unter 14 Jahren wurden im Jahr 2009 in Sachsen-Anhalt Opfer sexuellen Missbrauchs. Zudem dokumentierte die kriminalpolizeiliche Statistik des Bundeslandes 144 Fälle von Kindesmisshandlung und weitere 117 einer Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht. Da diese Straftaten vielfach innerhalb der Familie und im sonstigen direkten Umfeld der Betroffenen stattfinden, gehen Experten zusätzlich zu diesen offiziellen Zahlen von einer hohen Dunkelziffer aus.

Lehrer und Erzieher sind dabei besonders wichtige außerfamiliäre Bezugs- und Vertrauenspersonen für die Kinder und Jugendlichen. Gelegentlich sehen sie erste Hinweise oder haben bereits sehr früh die Vermutung, dass ein Kind häusliche Schwierigkeiten hat, vernachlässigt, misshandelt oder gar sexuell missbraucht wird. Doch wie geht man „richtig“ mit diesem Wissen um, ohne dem Heranwachsenden zu schaden?

Um diesbezüglichen Unsicherheiten zu begegnen, wurde der im Jahr 2002 erstmalig erschienene rund 140 Seiten umfassende **Leitfaden „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher** komplett überarbeitet und erneut veröffentlicht. Kooperationspartner der TK waren dabei das Ministerium für Gesundheit und Soziales und das Kultusministerium des Landes. Die Broschüre wurde im September 2010 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



Pressekonferenz zur Vorstellung des Leitfadens „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ für Lehrerinnen/Lehrer und Erzieherinnen/Erzieher im Gesundheitsministerium von Sachsen-Anhalt (v. l. n. r.: Herr Norbert Bischoff, Gesundheitsminister in Sachsen-Anhalt, Jens Hennicke, Leiter der TK Landesvertretung, Herr Winfried Willems, Staatssekretär im Kultusministerium und Prof. Dr. Dieter Körholz, Direktor der Universitätsklinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendmedizin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Die Überarbeitung erfolgte mit praxisnaher und fachlicher Unterstützung einer Arbeitsgruppe der „Allianz für Kinder“. Diesem Expertengremium gehören beispielsweise Vertreter von Gesundheits- und Jugendämtern, Vereinen und Verbänden, des Landeskriminalamts, der Kinder- und Jugendmedizin sowie der Gerichtsmedizin an.

Zusätzlich wurden im November 2010 und im Februar 2011 zwei Fachveranstaltung zur Thematik Kindeswohlgefährdung und speziell zum Einsatz des Gewaltpräventionsleitfaden durchgeführt. An beiden Veranstaltungen nahmen insgesamt rund 350 Interessierte aus den Bereichen Schule, Kinderkrippe und Kindergarten, aus Beratungseinrichtungen, dem Jugendämtern, den Landesverwaltungsämtern, der Polizei usw. teil.

Auf Tagungen wie dem 6. Landespräventionstag und der 5. Landesgesundheitskonferenz präsentierte die TK den aktuellen Leitfaden den Besuchern vor Ort. Auch hier gab es ein reges Interesse.

Zielgruppe und Anliegen

Ziel dieser Broschüre ist es, beim Ausloten der Möglichkeiten und Grenzen des pädagogischen Handelns, Unterstützung zu geben. Sie soll eine Hilfe sein, wenn zwischen Gefühlen wie Empörung, Ohnmacht, Hilflosigkeit und Überforderung nach einem angemessenen Vorgehen gesucht wird. So findet man im Inhalt beispielsweise rechtliche Grundlagen, den richtigen regionalen Kooperationspartner, Dokumentationshilfen oder Handlungsempfehlungen – speziell für Lehrerinnen/Lehrer bzw. Erzieherinnen/Erzieher.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Anliegen des Leitfadens ist es darüber hinaus, den Pädagogen und Erziehern einen systematisierten Ansatz zum Handeln bei Verdacht auf physische und/oder psychische Misshandlung von Kindern durch ihre Eltern oder anderen Schutzbefohlenen aufzuzeigen. Das Projekt „Gewalt gegen Kinder“ will mithelfen, bestehende Informationsdefizite abzubauen – vor allem wenn es darum geht, gegen Kinder verübte Gewalt zu erkennen und sachgerecht darauf zu reagieren. Grundgedanke ist weiterhin, eine bessere Vernetzung zwischen Schule bzw. Kindertageseinrichtung, Jugendamt, Gesundheitsamt und spezialisierten Beratungsstellen zu ermöglichen. Die regionalen Adressen im Serviceteil erleichtern es, hierbei schnell den richtigen Ansprechpartner vor Ort zu finden.

Inhalte und Struktur des Leitfadens

Der Leitfaden gliedert sich in drei Teile.

- Grundlagen für das Fallmanagement
- Serviceteil
- Anhang

Der erste Abschnitt widmet sich den „Grundlagen des Fallmanagements“. Hier werden aktuelle Standards, wie die verschiedenen Arten von Gewalt, Gewaltmerkmale oder gewaltbegünstigenden Faktoren klar definiert und die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen benannt. Ferner werden die für die pädagogische Praxis relevanten juristischen Regelungen und Rahmenrichtlinien aufgezeigt.

Der Leitfaden weist des weiteren darauf hin, dass nicht nur ein misshandeltes Kind besondere Verhaltensmuster aufweisen kann, sondern auch seine Begleitperson. Hier gibt es ebenfalls bestimmte Merkmale, welche für Menschen, die Ihren Kindern Gewalt zufügen, typisch sind und somit einen bestehenden Verdacht erhärten können. Beim konkreten Fallmanagement geht es dann um genaue Empfehlungen für das Verhalten z. B. während eines Elterngesprächs.

Der „Serviceteil“ steht an zweiter Stelle. Darin liefert der Leitfaden „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ eine regional spezifizierte Übersicht über die Institutionen, Experten und Behörden, die als Kooperationspartner für die Aufklärung von Missbrauchsverdachtsfällen zur Verfügung stehen. Es werden z. B. die genauen Leistungen und Angebote beschrieben, die von diesen sehr unterschiedlichen Einrichtungen erbracht werden können. Zusätzlich sind die Kontaktdaten von überregional arbeitenden Institutionen bzw. Beratungsstellen aufgeführt, so z. B. die der landesweiten Notrufe (Kinderkummertelefon, 24-Stunden-Beratungsdienst usw.). Oberstes Ziel ist wiederum die

Anhang

Anhang 2: Dokumentationshilfe für den eigenen Gebrauch

Achtung: Der Erhebungsbogen dient der Erfassung von Fällen des Verdachtes auf Kindesmisshandlung oder des Kindesmissbrauchs. Er ist aus Gründen des Datenschutzes durch sichere Aufbewahrung Dritten unzugänglich zu machen und vollständig zu vernichten, wenn er nicht mehr benötigt wird!

Verdacht auf:

.....

.....

(bei Bedarf gesondertes Blatt verwenden)

Betroffenes Kind:

Name: Vorname: Geb.-Datum:

Straße/Nr.: PLZ/Ort:

Eltern Tel.: Fax: e-mail:

Vorgesetzte/Vorgesetzten informiert am:

Weiter informiert / Partner der Helferkonferenz:

Name	Einrichtung	Telefon	Fax
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			

Familienanamnese:

Familienstand der Eltern (des Elternteils):

Anzahl der Kinder insgesamt: davon im Haushalt lebend: Alter: / / /

..... davon Stiefkinder: im Heim o.ä. lebend:

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

bessere Vernetzung zwischen der Schule, Kindertagesstätte, Ärzteschaft, der Justiz, den Jugendämtern, der Polizei und den zahlreichen Beratungsstellen.

Im dritten Teil des Leitfadens finden sich verschiedenste Anhänge wieder. So beinhaltet er z. B. weiterführende Literaturangaben, Beispielfotos für dokumentierte Misshandlungen mit den dazugehörigen Beschreibung der Verletzungen, eine sogenannte Notfallkette und zahlreiche relevante Gesetzestexte und Handreichungen. Oft sind Symptome, die auf eine Misshandlung hindeuten, schwer zu deuten. Zur Unterstützung bietet der Leitfaden deshalb – ebenfalls im Anhang – ein Hilfsmittel für die Dokumentation von Auffälligkeiten an, die bei Anhäufung sehr wohl einen bestehenden Verdacht auf Gewalthandlungen am Kind bzw. Jugendlichen untermauern können.

Kontakt und Information

Der Leitfaden wurde von den beteiligten Ministerien an alle Schulen und Kindertageseinrichtungen im Land verschickt. Ebenfalls zu finden ist der Leitfaden auf den Internetseiten beider Ministerien und der TK-Landesvertretung Sachsen-Anhalt. Dort steht er in der jeweils aktuellen Version zum Download zur Verfügung.

Ansprechpartner:

Ministerium für Gesundheit und Soziales

Herr Dr. med. Dr. rer. nat.
Reinhard Nehring
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg
Tel.: 0391 5676947
Fax: 0391 5676962
Mail: Reinhard.Nehring@ms.sachsen-anhalt.de

TK Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Frau Arlett Dölle
Olvenstedter Straße 66
39108 Magdeburg
Tel.: 0391 7394480
Fax: 0391 -7394444
Mail: arlett.doelle@tk.de

Kultusministerium

Herr Jens Antefur
Turmschanzenstraße 27
39114 Magdeburg
Tel.: 0391 5673758
Fax: 0391 5673776
Mail: Jens.Antefur@mk.sachsen-anhalt.de

Markt der Möglichkeiten



Wir wollen Ihnen helfen. Haben Sie Vertrauen zu uns.

Die Erfahrung zeigt immer wieder, dass es Opfern von Straftaten oft sehr schwer fällt, mit anderen Menschen über die erlittene Tat und über die sich daraus ergebenden bedrückenden Probleme zu sprechen.

Wir wissen aber auch, dass es meist noch schwerer ist, mit diesen Problemen allein zurecht kommen zu müssen. Wenn Sie uns Ihr Vertrauen entgegen bringen und mit einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter des WEISSEN RINGS über Ihre Nöte und Sorgen sprechen möchten, stehen wir Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite. Wir können dann einen Ihnen passenden Gesprächsort und einen gewünschten Zeitpunkt vereinbaren.

Sollten Sie einmal unsere ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter nicht sofort erreichen, so können Sie sich auch direkt über das bundesweite Opfer-Telefon 0800 0800 343 an den WEISSEN RING wenden.

Bundesweit 420 Außenstellen



Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten e. V.

Bundesgeschäftsstelle: Weberstraße 16 • 55130 Mainz

Tel.: 06131 / 8 30 30 • Fax 06131 / 83 03 45

info@weisser-ring.de • www.weisser-ring.de

Ihre nächstgelegene Außenstelle:

Hilfe für Verbrechensopfer geht uns alle an.

- Nach einer Straftat gilt das öffentliche Interesse meist nur dem Tatgeschehen, der Persönlichkeit des Täters, seiner Verfolgung und Verurteilung. An das betroffene Opfer und seine Situation nach der Tat wird noch immer viel zu wenig gedacht.
- Dies zu ändern ist Ziel und Aufgabe des WEISSEN RINGS. Der gemeinnützige Verein wurde 1976 in Mainz ins Leben gerufen und ist für Politik, Justiz, Polizei, Wissenschaft und Medien anerkannter und kompetenter Gesprächspartner in Fragen der Opferhilfe und des Opferschutzes.
- Der WEISSE RING versteht sich als Anlaufstelle für alle Kriminalitätsoptionen und ihre Angehörigen, die unter den seelischen, körperlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Straftat zu leiden haben.
- Als Lobby der Geschädigten setzt sich der Verein öffentlich für die Opfer ein. Er fordert mehr Kriminalitätsvermeidung und unterstützt Projekte des Täter-Opfer-Ausgleichs und der Schadenswiedergutmachung.
- In bundesweit 420 Außenstellen leisten rund 3.000 ehrenamtlich tätige Mitarbeiter/-innen Opfern und ihren Angehörigen praktische Unterstützung. Menschlicher Beistand und immaterielle Hilfe sind die wichtigsten Elemente im Hilfsangebot des Vereins.
- Der WEISSE RING setzt dabei auf das ehrenamtliche Engagement: In jährlich vielen zehntausend Stunden stehen Helferinnen und Helfer des Vereins Betroffenen zur Seite und geben ihnen persönliche Zuwendung.
- Mittel für seine Opferarbeit erhält der WEISSE RING u. a. durch Spenden, Zuweisungen von Geldbußen, Nachlässe und Erbschaften sowie Mitgliedsbeiträge.

Unser Spendenkonto: 34 34 34

Deutsche Bank Mainz (BLZ 550 700 40)

Kriminalitätsoptionen finden Hilfe

Sprechen Sie mit uns



Fotos: Werner Feldmann, Studio für Fotokommunikation – © 2010 WEISSER RING e. V. - Auflage: 100.000 - WR-ART-Nr. 2002

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wer selbst einmal Opfer einer Straftat geworden ist oder in seinem persönlichen Umfeld unter den Folgen von Kriminalität und Gewalt zu leiden hat, braucht die Hilfe und Unterstützung seiner Mitmenschen.

Der WEISSE RING leistet diese Hilfe:

- **schnell**
- **vielfältig**
- **direkt**

Noch finden nicht alle Kriminalitätsoffer den unmittelbaren Weg zu uns. Deshalb danken wir allen Stellen, die Betroffene auf die vielfältigen Hilfsmöglichkeiten unseres gemeinnützigen Vereins hinweisen.

Schon ein Telefongespräch, der Besuch am Krankenbett oder das bloße Zuhören können den durch Kriminalität und Gewalt Geschädigten das Gefühl geben, als Opfer einer Straftat nicht einfach „vergessen“ worden zu sein.

Neben der mitmenschlichen praktischen Hilfe für Kriminalitätsoffer und ihre Familien kämpft der WEISSE RING auch für ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für die Situation der Geschädigten und fordert eine bessere rechtliche und soziale Absicherung durch unser Gemeinwesen.

Sprechen Sie mit uns, wenn Sie als Opfer einer Straftat Rat und Unterstützung suchen.

Ihr
WEISSER RING



Der WEISSE RING kann Opfern helfen durch:

- Menschlichen Beistand und persönliche Betreuung nach der Straftat
- Begleitung zu Terminen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht
- Hilfestellung im Umgang mit weiteren Behörden
- Vermittlung von Hilfen anderer Organisationen
- Unterstützung bei materiellen Notlagen im Zusammenhang mit der Straftat, u. a. durch
 - Beratungsschecks für eine frei wählbare anwaltliche sowie eine psychotraumatologische Erstberatung
 - Übernahme von Anwaltskosten, insbesondere
 - zur Wahrung von Opferschutzrechten im Strafverfahren
 - zur Durchsetzung von Ansprüchen nach dem Opferschadigungsgesetz
 - Finanzielle Unterstützung zur Überbrückung tatbedingter Notlagen
- Bundesweites Opfer-Telefon 0800 0800 343

Der WEISSE RING hat sich die Aufgabe gestellt, Kriminalitätsoffern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Wir verstehen uns als Gesprächspartner für alle, die als Opfer einer Straftat unverschuldet in Not geraten sind.

Jede Straftat – auch das oft verarmlose Eigentumsdelikt – bedeutet für Opfer und Angehörige meist einen schweren Eingriff in die persönlichen Lebensumstände.

Neben körperlichen Schäden und materiellen Verlusten müssen die Betroffenen auch mit zum Teil erheblichen seelischen Belastungen zurechtkommen. Kriminalitätsoffer finden beim gemeinnützigen Verein WEISSER RING in vielfältiger Weise Beistand und praktische Hilfe.

Dankenswerte Unterstützung erfährt unsere Arbeit auch durch die Polizei, Justiz, Versorgungsverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien.

Die Hilfe des WEISSEN RINGS ist weder an eine Mitgliedschaft noch an sonstige Verpflichtungen gebunden.

Wenn Sie Opfer einer Straftat geworden sind und Hilfe suchen, wenden Sie sich vertrauensvoll an uns.

WEISSER RING
Wir helfen Kriminalitätsoffern.

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Landesvorsitzender

Wolfgang Kummerländer

Opferoder Weg 12, 06463 Radisleben

Tel. 039483/81050

E-Mail: wolfgang.kummerlaender@online.de

Landesbüro (6000)

Wilhelm-von-Klewiz-Str. 11, 06132 Halle

Telefon 0345/2902520

Telefax 0345/4700755

E-Mail: lbsachsenanhalt@weisser-ring.de

Au ß e n s t e l l e n Nr. Name	Leiter	Telefon	Anschrift	Telefax	E-Mail
6028 Altmarkkreis Salzwedel	N. N. Landesbüro	0345/2902520	Wilhelm-von-Klewiz-Str. 11 06132 Halle	0345/4700755	lbsachsenanhalt@weisser-ring.de
6003 Anhalt-Bitterfeld	Heiner Lindstedt	WR 03494/502748	Clara-Zetkin-Str. 37 06766 Wolfen	03494/502753	h-lindstedt@t-online.de
6033 Börde	kommissarisch: Dieter Montag	039203/61041	Schindervuhere 5 39179 Barleben	039203/61042	montag-barleben@t-online.de
6020 Burgenlandkreis	Ronald Tenner	WR 034444/90681 oder 0173/8520399	Lützener Str. 3 06686 Meuchen	0344444/90680	lbsachsenanhalt@weisser-ring.de
6005 Dessau-Roßlau	Rosemary Strobl	WR 034901/949030	Ibbenbürenerstr. 19 06862 Dessau-Roßlau	034901/68394	Rosemary.Strobl@gmx.de
6012 Halle	Ulf Schwerd	WR 0345/29989822	Leipziger Str. 71 06108 Halle	0345/29989820	wr-hallestadt@web.de
6035 Harz	Rainer Eichbaum	WR 0151/55164620	c/o Familien- und Seniorenbegegnungsstätte Steingrube 8 38855 Wernigerode		rainer.eichbaum@gmx.de
6004 Jerichower Land	Roland Hansel	0391/2512156	Uchtdorfer Weg 11 39128 Magdeburg		
6018 Magdeburg	Gudrun Schulz	WR 0391/7271045	Postfach 1913 39009 Magdeburg	0391/7271046	schulz.gudrun@arcor.de
6006 Mansfeld-Südharz	Antje Rödiger	WR 0151/55164614	Mogkstr. 9 06526 Sangerhausen	03464/571451	RARoediger@t-online.de
6019 Saalekreis	Kirsten Dietel	WR 034639/80939	Postfach 1124 06201 Merseburg		Kirsten_Dietel@hotmail.com
6001 Salzlandkreis	Erika Jänsch	WR 03928/400411	Calbesche Str. 9 39218 Schönebeck		
6032 Stendal	Christel Stoldt	WR 0151/55164650	Feldgartenweg 4 39579 Scharnikau		
6036 Wittenberg	N. N. Landesbüro	0345/2902520	Wilhelm-von-Klewiz-Str. 11 06132 Halle	0345/4700755	lbsachsenanhalt@weisser-ring.de

Markt der Möglichkeiten

Seniorentheater der Volkssolidarität

Volkssolidarität

Regionalverband Magdeburg-Jerichower Land

Interessengruppe: Seniorentheater der Volkssolidarität

**Spielheimstätte: Halberstädter Straße 115 a
39112 Magdeburg**



- das Seniorentheater der Volkssolidarität wurde 1993 gegründet in den Räumlichkeiten der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Halberstädter Straße 113
- Gründungsmitglieder waren u. a. Herr Heinz Beckmann, Herr Herbert Peisder, Margitt und Herrmann Splettstößer, Reni Rosenbaum, Irmgard Weise, Elfriede Becker, Annelore Friedrich, Irmgard Stender, Rolf Grubitz, Günter Schäfer – insgesamt 13 Gründungsmitglieder
- Ziel der Gründung: für Mitglieder der VOLKSSOLIDARITÄT und andere Interessierten die Möglichkeit bieten Theater zu spielen
- Das Seniorentheater wird gefördert durch die Stadt Magdeburg, dem Land Sachsen-Anhalt und unterstützt durch die VOLKSSOLIDARITÄT
- in über 400 Veranstaltungen wurden fast 14.000 Zuschauer erreicht, weit über die Grenzen Magdeburgs hinaus
- turbulent ging es schon immer zu im Seniorentheater. Leute kamen und gingen, viele Stücke wurden geschrieben und aufgeführt. Die steigenden Ansprüche an sich selbst und an den Aufführungen halfen der Theatergruppe sich weiterzuentwickeln
- der Mitbegründer und Leiter des Seniorentheaters Heinz Beckmann gab nach über 15 Jahren den Staffelstab im Februar 2009 an die neue Leiterin, Frau Helga Spielberger weiter, 40 Jahre Bühnenerfahrung, davon war sie 27 Jahre Mitglied im Kabarett „Kugelblitze“
- durch Helle's, wie sie von allen Mitgliedern liebevoll genannt wird, offene und herzliche Art begann eine neue „Ära“
- das Programm wurde nicht nur weiter „aufgepeppt“, wie man auf neudeutsch sagt, sondern es zeigt damals wie auch heute die verschiedenen Facetten aus dem Leben der „Alten“. Mit „Küchenliedern“, Sketchen und Gedichten treten die Zuschauer eine Zeitreise durch das „Machteburch“ des anfänglichen zwanzigsten Jahrhunderts bis zum technologischen Heute an
- viele Jahre wurde mit Erfolg gespielt: „Flug nach Malta“, „Die Dame mit der roten Handtasche“, „Von Machteburch nach Äjibten“ noch geschrieben und aufgeführt vom ehemaligen Leiter Heinz Beckmann, dadurch auch über die Stadtgrenzen von Magdeburg bekannt, durchschnittlich 35 Auftritte pro Jahr
- Treffpunkt jeden Mittwoch Probe um 10 Uhr im ASZ Sudenburg, in dem das Seniorentheater als Projektbaustein verankert ist.

Forum a)

**Senioren: Nutzung der Potentiale des Alters;
Projekte der AG „Dialog der Generationen“**

**Frau Edeltraut Schochert
Seniorenvertretung Magdeburg e. V.**



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Am 13.01.2000 wurde die Arbeitsgruppe
„Dialog der Generationen“ gegründet.

Gründungsmitglieder sind:

- Gisela Becker,
- Rita Leschner,
- Dr. Waltraud Wilhayn,
- Kerstin Beckmann,
- Rolfried Mauer,
- Edeltraut Schochert

Heute gehören 65 Mitglieder und Kooperationspartner,
sowie 70 Gastfamilien, die 170 ausländische Studenten
betreuen, der Arbeitsgruppe an.



**A
N
L
I
E
G
E
N**



**Wir wollen den Dialog der Generationen in der Stadt
Magdeburg aufbauen und führen.**



Wir wollen zwischen Jung und Alt Brücken schaffen.



**Wir wollen die Solidarität zwischen den Generationen
fördern.**



Wir wollen Jung und Alt zusammenführen.

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Unsere Partner

- Arbeitsgruppenmitglieder
- das Team des Projektes, in dem interessierte Senioren mitwirken
- Kooperationspartner
- Vereine und Einrichtungen
- Kindertagesstätten, Horte, Grund- und Förderschulen, Sekundar- und Berufsschulen, Gymnasien, IGS; Schulleitungen und Schülerräte, Kinder- und Jugendheime, Kinder- und Freizeiteinrichtungen
- Studenteninitiativen, Akademische Auslandsämter und Ausländerbeauftragte der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg/Stendal
- Ausländerbeauftragter der Stadt Magdeburg und Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
- Netzwerk und Integration
- Freiwilligenagentur Magdeburg e. V.
- Stadtbibliothek Magdeburg und ihre Kinder- und Stadtteilbibliotheken
- Zeitzeugen
- Theater der Landeshauptstadt Magdeburg
- Vorleser

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekte

- Projekt „Wir lernen die Heimatstadt kennen“
- Projekt „Magdeburger Senioren und ausländische Studenten“
- Projekt „Deutschland liest vor – Magdeburg liest mit“
- Projekt „Alte Spiele“
- Projekt „Aus der Schule geplaudert“
- Projekt „Großeltern und Enkel“
- Projekt „Gymnasiasten unterrichten Senioren“

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Wir lernen die Heimatstadt kennen“

In gemeinsamen Veranstaltungen mit Kindern entdecken wir unsere Heimatstadt neu.

- Elbeprojekt
- Megedeboch
- Sudenburger Rundgang
- Buckauer Rundgang
- Dom
- Lukasklause
- Elbauenpark
- 1200 Jahre Magdeburg/Sachsen-Anhalt-Tag



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Magdeburger Senioren und ausländische Studenten“

Anliegen des Projektes ist es, den neu angekommenen Studenten ihre neue Heimatstadt nahe zu bringen und ihnen beim Erlernen der deutschen Sprache Hilfe zu geben, damit sie sich schnell heimisch fühlen.



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Deutschland liest vor – Magdeburg liest mit“

40 Senioren lesen gemeinsam mit Kindern in Kitas, Schulen, Horten, Bibliotheken und anderen Kultureinrichtungen. Anliegen ist es, die Kinder für Bücher zu begeistern und an das Lesen Heranzuführen.



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Alte Spiele“

Die Kinder werden für die Spiele der Großeltern beim gemeinsamen Spielen bei Schulfesten und öffentlichen Veranstaltungen interessiert und begeistert.



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Aus der Schule geplaudert“

Mit Schülern unterschiedlichen Alters wird die Schule und allgemeine Schulgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts mit Hilfe von Zeitzeugen erschlossen.



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Aus der Schule geplaudert“

Geschichten aus dem Wandteppich



Wie war es in der DDR



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Großeltern und Enkel“

Es werden in allen Ferien Veranstaltungen für Großeltern und Enkel angeboten, bei denen gemeinsame Aktivitäten, Spaß und Freude im Vordergrund stehen.



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Projekt „Gymnasiasten unterrichten Senioren“

Gymnasiasten weihen Senioren in die Geheimnisse des Handys und Computers ein.

Handykurs im Norbertusgymnasium



Computerunterricht im Hegelgymnasium



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Öffentlichkeitsarbeit

- Kontakte zu Presse, Rundfunk und Fernsehen
- Information über unsere Arbeit und Projekte
- Aufrufe zur Gewinnung Teilnehmern, Vorlesern, Gastfamilien und Zeitzeugen; Geschirraktionen



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Öffentlichkeitsarbeit

- Berichte zu den Aktivitäten, zu den Kursen, Ergebnissen der Projekte und ihrer Veranstaltungen
- Dankeschön in Form von Briefen an die Projektpartner, Leserbrief in den Lokalzeitungen an die Magdeburger, Überreichung von Blumensträußen durch die Seniorenvertretung in der Seniorenzeitung „Magdeburger Kurier“, Ernennung zum Ehrenmitglied der Arbeitsgruppe



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Auszeichnungen

Der Bürgerpreis 2004
der Initiative für Bürger-Engagement
„für mich, für uns, für alle“



2005 Lesekoffer Leipziger Buchmesse
„Deutschland liest vor –
Magdeburg liest mit“



Bürgerpreis der Stadt Magdeburg 2005
2. Preis
Frau Edeltraud Schochert



Sonderpreis Deutscher Vorlesepreis
auf der Frankfurter Buchmesse
mit Lesefest im Juni 2007



Verleihung des Verdienstordens
durch den Bundespräsidenten Nov. 2008
Frau Edeltraud Schochert



Auszeichnung mit dem
Ehrenamtspass der Stadt
Magdeburg September 2008
Frau Raschke/Frau Nothnagel



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Auszeichnungen 2008

**Auszeichnung mit dem Ehrenamtspass
der Stadt Magdeburg**
Frau Edda Raschke und Frau Rosmarie Nothnagel



**Verleihung des Verdienstordens
durch den Bundespräsidenten Nov. 2008**
an die Leiterin der Arbeitsgruppe Frau Edeltraud Schochert



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Auszeichnungen 2009

Preisverleihung am 26./27.05.09 in Berlin
Herr Brosza, Vorsitzender der Seniorenvertretung
der Landeshauptstadt Magdeburg e. V., und
Frau Schochert, Leiterin der Arbeitsgruppe,
nehmen die Auszeichnung entgegen.



Arbeitsgruppe „Dialog der Generationen“



Weitere Höhepunkte

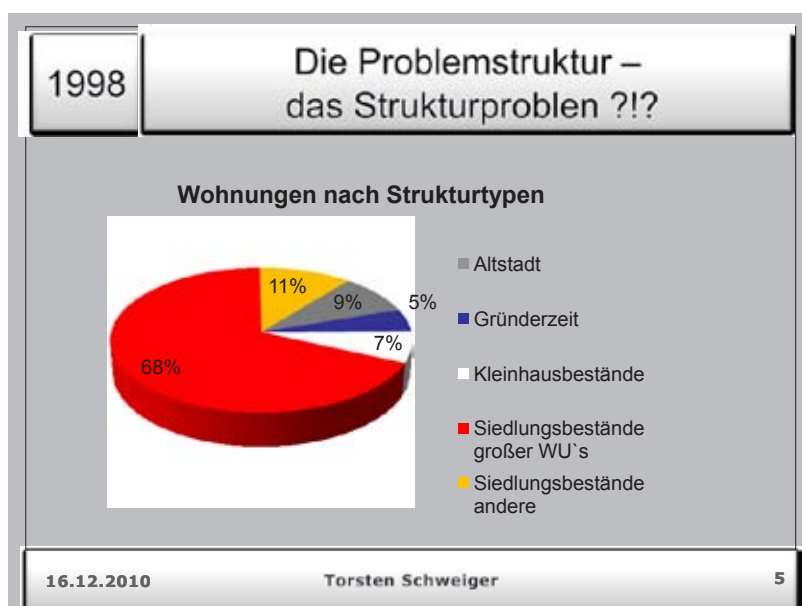
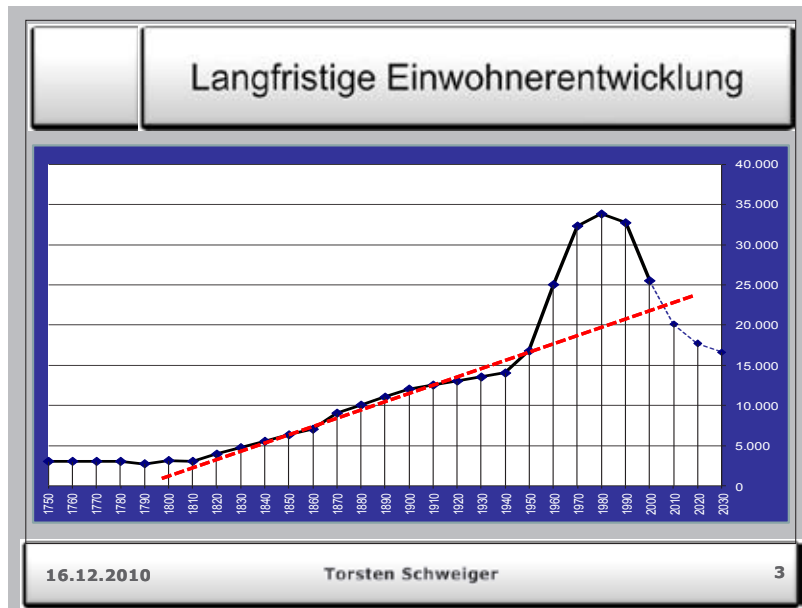
27.10.2005
5-jähriges
Bestehen der Arbeitsgruppe

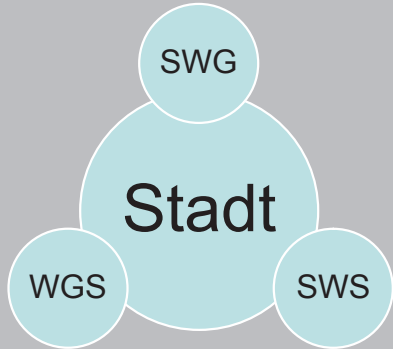


Vorstellung des Projektes
„Magdeburger Senioren und ausländische Studenten im Dialog“



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



1998	Die Lenkungsrunde wird initiiert
 Wachsende Wohnungsleerstände erfordern eine Interessenbündelung: ↓ Die Lenkungsrunde wird gegründet! ↓ Ein Wohnraumentwicklungskonzept wird gemeinsam beauftrag!	
16.12.2010	Torsten Schweiger 6

1999	Der erste Block fällt !
 Im Stadtteil Othal erfolgt der erste Abriss durch die WGS ohne Förderung. Die Neugestaltung der Abrissfläche wird durch das Land aus dem Wohnumfeldprogramm gefördert. Das Haus war noch keine 20 Jahre alt! Der Paradigmenwechsel ist eingeleitet !	
16.12.2010	Torsten Schweiger 7

2000	Das erste Stadtentwicklungskonzept
 Die Lenkungsrunde baut das Wohnraumentwicklungskonzept zu einem integrierten Stadtentwicklungskonzept aus, das vom Stadtrat von Sangerhausen per Beschluss bestätigt wird.	
16.12.2010	Torsten Schweiger 8

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

2001

Die Bewohner reden mit !



16.12.2010

Torsten Schweiger

12

2001

Rückbau wird (noch) nicht gefördert, aber die Fakten sprechen für sich!



16.12.2010

Torsten Schweiger

13

2002

Erfolg macht stolz, gibt Mut und Motivation!

1. Preis im Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost
Das Stadtentwicklungskonzept wird u.a. mittels einer Zukunftswerkstatt und mehrerer Planerwerkstätten weiter qualifiziert und als lokaler Beitrag beim Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost eingereicht. Sangerhausen kann die Jury überzeugen - bei 260 eingereichten kommunalen Entwicklungskonzepten.



16.12.2010

Torsten Schweiger

14

2005

Tabubereiche – die Stadt soll erkennbar und individuell bleiben

Tabubereiche

Die Lenkungsrunde definiert im Einvernehmen Straßenzüge oder Stadtbereiche, in denen Abriss nicht mehr gefördert werden soll. Grundlage ist die Definition eines "städtebaulichen Grundgerüsts" für jedes Siedlungsgebiet, das entscheidend für die Wahrnehmung des Stadtteils oder seiner Funktionalität ist.



Städtebauliches Grundgerüst der südwestlichen Stadterweiterung

16.12.2010

Torsten Schweiger

18

2005

Sangerhausen wird IBA - Stadt !

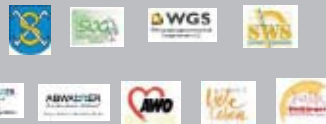
Die Bemühungen der Lenkungs-
runde zur Teilnahme an der
Internationalen Bauausstellung
Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010
trägt Früchte.



Sangerhausen wird IBA-Stadt.



Zur Steuerung des Prozesses
erweitert sich die Lenkungs-
runde dann in 2007 zur Arbeitsge-
meinschaft „Gemeinsam für
Sangerhausen“. Der ARGE treten
weitere Partner bei. Immer mehr
erkennen, dass der Stadtumbau
nicht nur ein wohnungs-
wirtschaftliches Problem ist.



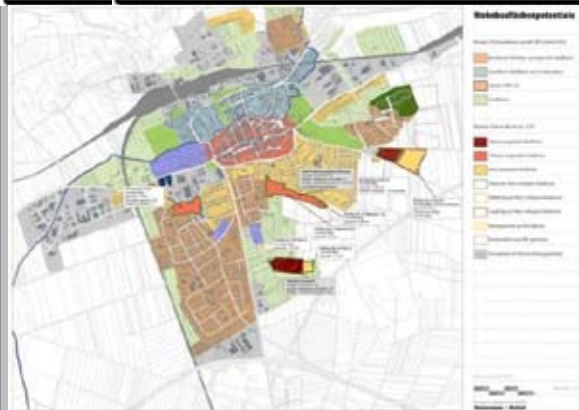
16.12.2010

Torsten Schweiger

19

2006

Flächeninanspruchnahme reduzieren



Rückgang der
Flächen-
inanspruch-
nahme – eine
kompaktere
Stadt !

16.12.2010

Torsten Schweiger

20

2006

Die Zukunft des Wohnens (1)

Wie wollen wir wohnen wenn wir alt sind?

2006 startet mit einem Werkstattgespräch eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen, in denen Bürger, lokale und externe Experten Ansprüche an altengerechtes und generationsübergreifendes Wohnen in Sangerhausen thematisieren.



Bürger "prüfen" die Tauglichkeit des aufgemalten Grundrisses des neuen Wohnprojektes der Wohnungsbaugenossenschaft Sangerhausen eG.

16.12.2010

Torsten Schweiger

21

2006

Die Zukunft des Wohnens (2)

Dann wird geplant und gebaut: Die „Grüne Banane“ entsteht!



16.12.2010

Torsten Schweiger

22

2006

Nachnutzung von Abrissflächen

Innerstädtisches Wohnprojekt auf Umbaubrache

Der "Wohnpark West" der SWG Städtische Wohnungsbau-gesellschaft Sangerhausen mbH feiert Richtfest. Er ist das erste innerstädtische Neubauprojekt auf einer Umbaubrache. Die mietbaren Reihenhäuser stoßen auf großes Interesse und stellen ein komplett neues Angebotssegment sowohl für die SWG wie für die ganze Stadt dar.



16.12.2010

Torsten Schweiger

23

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

2007

Identitäten erkennen und fördern

Sangerhausen wird ExWoSt-Stadt

Die Lenkungsgruppe unterstützt die Idee des MiBürger e.V., einige der neu entstandenen Umbaubrachen mit Bürgern zu "Kumpel-Plätzen" umzugestalten. Das Projekt weckt Bundesinteresse und wird aufgenommen in das Forschungsfeld "Innovationen für familien- und altersgerechte Stadtquartiere" im Rahmen des "Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt)". Drei Jahre lang beobachtet und finanziert der Bund den Umbau einer Freifläche in der Westsiedlung und einer Stadtbrache im Wohngebiet Othaler Weg zu Treffpunkten im Freien nach den Vorstellungen der Anwohner.



Bürger erklären ihren Nachbarn wie der Platz aussehen soll.

16.12.2010

Torsten Schweiger

24

2007

Identitäten erkennen und fördern (2)



16.12.2010

Torsten Schweiger

25

2008

Die Stadt ist gewachsen!
14 neue Ortsteile brauchen Perspektive

Stadtentwicklung auf über 200km²

Das Stadtentwicklungskonzept wird erweitert um Aussagen und Strategien für die eingemeindeten 14 Ortsteile. Mit kleinteiligen Prognosen der Einwohnerentwicklung bis zu Vorschlägen zur ortspezifischen Profilierung im Kontext der neuen Gesamtstadt bekennt sich die Stadt zu ihrer neuen Dimension.



16.12.2010

Torsten Schweiger

26

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

2008

Die neuen Ortsteile – der Bestand

Erfassung als Grundlagenarbeit!

16.12.2010

Torsten Schweiger

27

2008

Die neuen Ortsteile – die Analyse

	2007	2010	2015	2020
0 - 10	51	44	40	34
10 - 19	71	57	51	45
20 - 39	153	138	115	100
40 - 64	299	302	289	260
> 65	126	135	145	158
Gesamt	700	674	640	598

Trendzenario der Bevölkerungsentwicklung für Genua bis 2020

Zunächst ist Realitätssinn gefragt!

Relative Veränderung der Altersgruppenanteile im Trendzenario 2020

16.12.2010

Torsten Schweiger

28

2008

Die neuen Ortsteile – die Perspektive

Wohnen in Kernstadtnähe

ILEK-Leitbild
Touristische Entwicklung:
Wandern, Radwandern, Reiten

Stilles-Schwichen-Profil

Bünnen	Schwichen
- Punktuale Topografie - Gutes Gemeinwesen (Kita und Dorfgemeinschaftshaus) - Küche als 'Sangerhaus' - Gastronomie und Bäderkultur	- Lebte vollständige Kulturvergangenheit - markanter Gebäudebestand an Hauptstraße s. T. mangelnde Größe und Aufbau zeigen vollständige Dorfstruktur
Chancen: - Vergängnis des Gemeinwesens durch Neuaufstellung - Ausbau der touristischen Potentiale insbesondere als Ort des Festivals - Tüftlererproben im Ortsausgang - Touristische Nutzung der Stillebühne	Gefahren: - Zunehmender Leerstand und Verfall der Ortskerne - Schwerlastverkehr auf der Ortsdurchfahrt bedroht Dorfentwicklung - Blindheit, soziale und funktionale Trennung zwischen Stadtausstattung und Ortskern kommt nicht zustande

Ortsbildpflege

ILEK-Leitbild
Ökologische Erneuerung:
Bewahrung der Streuobstwiesen

➤ Stärken fördern und Schwächen begegnen

16.12.2010

Torsten Schweiger

29

2008

Die neuen Ortsteile – die Resultate

**Aus Ideen
werden
Visionen!**



16.12.2010

Torsten Schweiger

30

2008

Die neuen Ortsteile – die Resultate

**Anpassungen
sind
unerlässlich!**

z.B. im neuen, nunmehr gesamt-städtischen Flächen-nutzungsplan

Erweiterungsbedarfe und Minderbedarfe an Wohnraum in den Ortschaften

Ortschaft	Erweiterungsbedarf		Minderbedarf	
	Wohnungszahl	ha	Wohnungszahl	ha
Breitenbach	0	0,0	30	1,5
Gonna	0	0,0	0	0,0
Grillenbergr	7	0,4	0	0,0
Großleinungen	0	0,0	27	1,2
Horta	0	0,0	28	1,4
Lengsfeld	13	0,8	0	0,0
Morusen	0	0,0	11	0,6
Obernörlingen	0	0,0	37	1,9
Obersdorf	13	0,8	0	0,0
Riesstedt	0	0,0	36	1,8
Rotha	0	0,0	0	0,0
Wetzelrode	0	0,0	22	1,1
Wolfsberg	0	0,0	30	1,5
Wippra	0	0,0	15	0,8
Gesamt	33	2,0	236	11,8

(Die Ortschaften weisen im Planungshorizont bis 2020 einen Erweiterungsbedarf von 33 Wohnungen (2,0 ha), einen Minderbedarf von 37 Wohnungen (1,2 ha) und einen Minderbedarf von 236 Wohnungen (11,8 ha) auf.)

16.12.2010

Torsten Schweiger

31

2008

Die neuen Ortsteile – die Konzepte

**Aus Visionen
werden Konzepte!**

z.B. das Versorgungskonzept zur Sicherung der Daseinsvorsorge



16.12.2010

Torsten Schweiger

32

2008

Die neuen Ortsteile – die Konsequenz

**z.B. im neuen, nunmehr
gesamtstädtischen
Flächennutzungsplan**

**Bebauungspläne
werden
zurückgeführt**

Ort	Bauflächen, die in der aktuellen Planung keine Berücksichtigung finden
Sangerhausen	- Umgibt ehemals geplante Wohngebiete wurden nicht übernommen - Ortsberg - Östliches Ostal - Wohnbauzone Rinder Straße (nördliche Krabbenklo) - Ostal – Rückbauflächen als A-E-Fläche dargestellt - Umgibt ehemals geplante Gewerbegebiete wurden nicht übernommen - Gewerbefläche im Gießbogen (im nördlichen Teil der Stadt Sangerhausen)
Senna	Rücknahme der im Flächennutzungsplan der Gemeinde Senna vorgesehenen Sennagebietflächen SO „Stich“ am westlichen und nördlichen Ortsrand
Gellenberg	Rücknahme von Sondergebietflächen SO „Roch“ am südlichen Ortsrand aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Gellenberg
Großwehungen	Rücknahme des Bebauungsplangesbietes „Am Tolkenberg“
Lengsdorf	Rücknahme der im Flächennutzungsplan der Gemeinde Lengsdorf dargestellten Wohnbauflächen nördlich der Feldstraße, teilweise Rücknahme der geplanten Wohnbauflächen in der Kirschgasse, keine Bauabsatzumkehrung für den Ortsteil Hausberg/Lengsdorf
Obernüßingen	Rücknahme des Bebauungsplangesbietes Wohngebiet „Am Steig“ Rücknahme der im Flächennutzungsplan der Gemeinde Obernüßingen dargestellten Wohnbauflächen am nördlichen Ortsrand sowie nördlich der Fleck-Größe; Rücknahme einer gewerblichen Baufläche am östlichen Ortsrand
Oberniedorf	Rücknahme einer Teilfläche des Bebauungsplans Wohngebiet „Am der Tille“; Rücknahme einer Mischgebietfläche am westlichen Ortsrand
Wentzsch	Rücknahme der im Flächennutzungsplan der Gemeinde Wentzsch dargestellten Wohnbauabsatzumkehrung am südlichen Ortsrand sowie der Wohnbaufläche und des Sondergebietes „Rust“ am westlichen Ortsrand

16.12.2010
Torsten Schweiger
33

2008

Ein neuer Flächennutzungsplan – für die gesamte Stadt

**Rechtskraft
1.Quartal 2009**



16.12.2010
Torsten Schweiger
34

2009

Vision oder Traum

Träumer haben
selten Pläne –

Realisten haben
selten Visionen !

Städtische Quartiere der Zukunft

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen entwerfen Studierende 8 bundesdeutscher Hochschulen Visionen für Wohnquartiere des Jahres 2050. Neben Kassel und Schwerin wird Sangerhausen als Untersuchungsort ausgewählt.

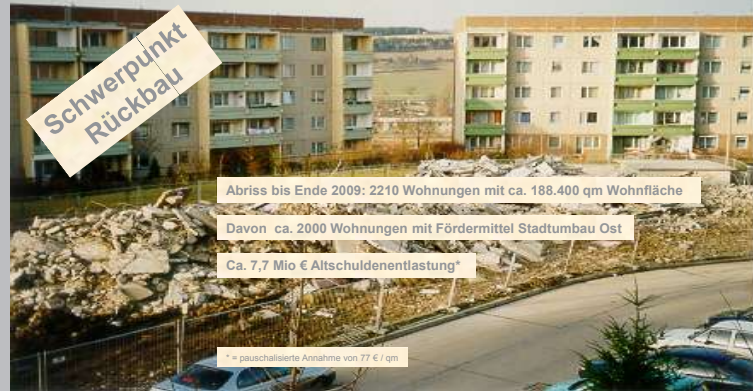


Die Studierenden auf dem Sangerhäuser Marktplatz (Foto: TU-Berlin/for)

16.12.2010
Torsten Schweiger
35

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

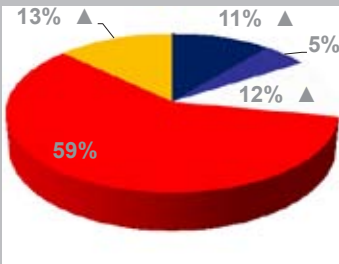
2010	Der Bergmann – Vorbereitung auf die IBA 2010
 Das derzeit größte Bauprojekt der Stadt ist die Sanierung des denkmalgeschützten Ensembles "Am Bergmann" durch die SWG Städtische Wohnungsbaugesellschaft Sangerhausen mbH. Das zentrale IBA-Projekt der Stadt wird barrierefrei, denkmalgerecht und energetisch innovativ modernisiert. 	
16.12.2010	Torsten Schweiger 36

2010	Die Bilanz (1)
 Abriss bis Ende 2009: 2210 Wohnungen mit ca. 188.400 qm Wohnfläche Davon ca. 2000 Wohnungen mit Fördermittel Stadtbau Ost Ca. 7,7 Mio € Altschuldenentlastung* * = perspektivierte Annahme von 77 €/qm	
16.12.2010	Torsten Schweiger 37

2010	Die Bilanz (1)
 Mind. 1300 weitere Wohneinheiten müssen in den Stadtteilen noch rückgebaut werden !	
16.12.2010	Torsten Schweiger 38

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

2010	Die Bilanz (2)	
 Schwerpunkt Aufwertung Die Handlungsfähigkeit der großen Wohnungsunternehmen wird zunehmend wiedergewonnen		
16.12.2010	Torsten Schweiger	39

2010	Die Bilanz (3)	
Mehr Vielfalt am Wohnungsmarkt  - Altstadt - Gründerzeit - Kleinhausbestände - Siedlungsbestände großer WU's - Siedlungsbestände anderer		
16.12.2010	Torsten Schweiger	40

2010	STADT UMBAU 2010	
Wie soll es weiter gehen? Die Lenkungsrunde wird Ihre Arbeit fortsetzen. Die Erfolge beweisen: es geht nur gemeinsam! Eine neue Umsetzungsvereinbarung ist Ziel – sie ist in Arbeit und soll die Zeit bis 2020 verbindlich regeln. Das bürgerschaftliche Engagement soll weiter gestärkt werden. Das neue Stadtentwicklungskonzept 2010 soll dem Stadtrat und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die 3. Bürgerbefragung zum Stadtumbau soll durchgeführt werden. Das Bürgerfeedback ist ein wichtiges Instrument.		
16.12.2010	Torsten Schweiger	41

Verkehrsplanung als strategische Teilplanung im Stadtumbau

Leitsatz:

Die Daseinsvorsorge wird in ländlichen Räumen zunehmend nicht nur im eigenen Ort oder Ortsteil stattfinden! Eine frühzeitige und dauernde Diskussion ist unerlässlich.

Der **Verkehrswegebau** und die dauernde Unterhaltung **ist** sowohl im Individualverkehr als auch im ÖPNV die **pure** Sicherung der **Mobilität!**



16.12.2010

Torsten Schweiger

42

Bsp: Schnittstellenausbau Kernstadt

Der Gestaltung von Schnittstellen zwischen PKW / Bus / Bahn / Fahrrad kommt aus demographischen, finanziellen und ökologischen Gesichtspunkten immer mehr Bedeutung zu.

1998 erfolgte daher die erste Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes im Rahmen des Schnittstellenprogrammes LSA in der Kernstadt.



16.12.2010

Torsten Schweiger

43

Bsp: Schnittstellenausbau Kernstadt

Nicht stehen bleiben sondern Weiterentwickeln!

2010 erfolgte die Modernisierung des Fahrgastinformationssystems für Bus und Bahn.

2011 wird die Anzeige GPS-gestützt in Echtzeit erfolgen.



16.12.2010

Torsten Schweiger

44

Bsp: Schnittstellenausbau OT Wippra

Im Ortsteil Wippra soll gleichfalls die Schnittstelle umgestaltet werden. Die Planungen laufen, 2011 soll mit einem Investvolumen von 530 T€ gebaut werden. Planungsprämissen sind hier Demographie und Tourismus.



16.12.2010

Torsten Schweiger

45

Bsp: Schnittstellenausbau Kernstadt

Ein Paukenschlag in 2010: Die Stadt Sangerhausen kauft die Bahnhofsgebäude und stellt bedarfsgerechte Mobilität auch in Zukunft sicher.

Die Zielstellung der Stadt zum Kontext von Demographie und Mobilität ist ein anderer als der, der DB AG.



16.12.2010

Torsten Schweiger

46

Bsp: Schnittstellenausbau Kernstadt

Was fängt man mit einem Bahnhof an?

Gemeinbedarfseinrichtungen gehören an die richtigen Standorte!



16.12.2010

Torsten Schweiger

47

Bsp: Schnittstellenausbau Kernstadt

Beharrlichkeit und Engagement führen zum Erfolg!

Die DB AG wird die Gleisanlagen und Bahnsteige bis 2013 modernisieren und barrierefrei gestalten!



16.12.2010

Torsten Schweiger

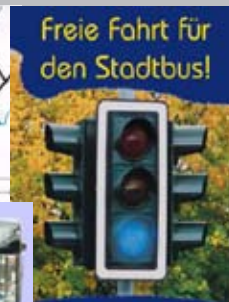
48

Bsp: Der Sangerhäuser Stadtbus (1)

Die Innenstadt ist bis 2001 nur unzureichend mit dem Bus erreichbar.

Innenstadtsanierung erfordert aber auch die Zurückdrängung des MIV und einen leistungsgerechten ÖPNV.

Am 01. Dezember 2001 bekommt Sangerhausen ein Stadtbussystem



16.12.2010

Torsten Schweiger

49

Bsp: Der Sangerhäuser Stadtbus (2)

Der Stadtbus bewährt sich:

- Ein Rendezvous aller Linien im Halbstundentakt
- Barrierefreie Niederflertechnik
- Erkennbarkeit als Marke
- Einbindung der Takte der Schnittstelle

Die Fahrgastzahlen stabilisieren sich!



16.12.2010

Torsten Schweiger

50

Bsp: Der Sangerhäuser Stadtbus (3)

Die Herausforderung 2011:

Die Anpassung des Stadtbussystems an die Stadtringöffnung und Frage wie die Ortsteile integrierbar sind (Takt, Umlauf, Stern, Schleife, etc.)



16.12.2010

Torsten Schweiger

51

Bsp: Die Stadtringöffnung

Über 30 Jahre richtungsgeführter Verkehr auf dem Innenstadtring sind genug!

3,5 km Straßenbau und Anpassung
18 Kreuzungen und Einmündungen
4 Bauabschnitte und 3 Jahre Bauzeit



16.12.2010

Torsten Schweiger

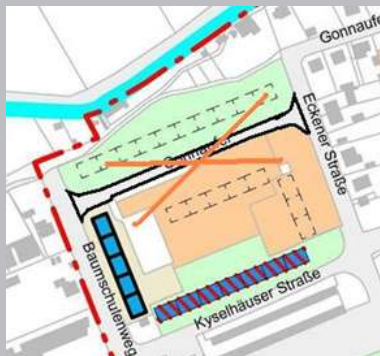
52

Weiterführende Projekte

Rückbau nicht (mehr) benötigter Infrastruktur !

Synergien der Daseinsvorsorge konzipieren und Verkehrsplanung mit dem Ziel der Mobilitätssicherung von der „Kür“ zur „Pflicht“ erheben !

Denn:



16.12.2010

Torsten Schweiger

53

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

	Fazit: Stadtumbau fortsetzen !
Denn : ➤ Wir werden immer <u>älter</u> ➤ Wir werden immer <u>bunter</u> ➤ Wir werden immer <u>ärmer</u> ➤ Wir werden immer <u>weniger</u>	
16.12.2010	Torsten Schweiger
	54

Forum c)

Integration: Chancen und Potentiale von Zuwanderung

Frau Susi Möbbeck

**Integrationsbeauftragte der Landesregierung
Sachsen-Anhalt**



**Integration: Chancen und
Potentiale von Zuwanderung**

Impulsbeitrag auf dem Landespräventionstag
am 10.11.2010

Susi Möbbeck
Integrationsbeauftragte der Landesregierung



Migration in Sachsen-Anhalt

- Sachsen-Anhalt hat mit 1,9% den geringsten Anteil ausländischer Bevölkerung in Deutschland (44.393 Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2009)
- Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, also
 - Ausländerinnen und Ausländer
 - Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
 - Eingebürgerte
 - Kinder von Zugewandertenliegt in Sachsen-Anhalt bei rund 4%
- Demgegenüber liegen die Migrationsanteile im Bundesdurchschnitt fünfmal so hoch

Integration Ost

- Die Integrationssituation in Ostdeutschland unterscheidet sich strukturell von der Westdeutschlands:
 - Zuweisung von Asylbewerber/inne/n, Jüdischen Zuwander/inne/n, Spätaussiedler/inne/n
 - Breite Streuung der Herkunftsländer
 - Kürzere Aufenthaltsdauer
 - Größerer Anteil ungesicherten Aufenthalts
 - wenig interkulturelle Alltagserfahrungen
 - begünstigt Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit

Integration und Demografie

- Wanderungssaldo ausländische Bevölkerung 2009
 - Zuwanderung: 6.877
 - Abwanderung: 5.870
 - Positiver Saldo: 1.007
- Altersstruktur im Vergleich
 - Fast 30% der ausländischen Bevölkerung sind bis 25 Jahre alt, bei den Deutschen sind es knapp 22%
 - Nur knapp 4% der ausländischen Bevölkerung sind 65 Jahre und älter, bei den Deutschen sind es 23,5%

Integrationspotentiale in Sachsen-Anhalt

- Qualifikationen der Zugewanderten
 - 20% der Zugewanderten in Ostdeutschland verfügen über einen Hochschulabschluss gegenüber 10% im Bundesschnitt
 - 37% der Zugewanderten in Ostdeutschland haben keinen Berufsabschluss gegenüber 50% im Bundesschnitt
 - Aber: mit rund 23% sind Ausländerinnen und Ausländer in Sachsen-Anhalt fast doppelt so oft arbeitslos wie Deutsche
 - Bundesweit sind rund 300.000 Zugewanderte ohne Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse
- Schulische Integration in Sachsen-Anhalt
 - Keine überdurchschnittlichen Schulabbrüche bei Zugewanderten
 - Keine überdurchschnittlichen Förderschulzuweisungen
 - 36% der Kinder mit Migrationshintergrund und 20% der ausländischen Kinder in Sachsen-Anhalt besuchen das Gymnasium
 - Differenzierte Schulergebnisse (Gutes Beispiel: 70% aller vietnamesischen Kinder besuchen das Gymnasium)
 - Aber: Probleme beim Übergang in Ausbildung, Arbeit und Studium

Chancen und Potentiale nutzen

- Zuwanderung als Chance zur Bewältigung des demografischen Wandels und Fachkräftemangels
 - Vorrang vor weiterer Zuwanderung hat Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Qualifizierung der in Deutschland lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
 - Ergänzende Zuwanderung nach Arbeitsmarktkriterien und zur demografischen Stabilisierung wird aber erforderlich sein
- Nutzung der Potentiale der hier lebenden Migrantinnen und Migranten von Anfang an
- Integration als Chance für ein weltoffenes, vielfältiges und attraktives Leben in Sachsen-Anhalt

Grundlagen der Integrationspolitik

- Leitbild zur Entwicklung der Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt
 - Beschluss der Landesregierung vom November 2005
- Beitrag der Länder zum Nationalen Integrationsplan
 - Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 2007
- Aktionsprogramm Integration
 - Beschluss der Landesregierung vom 23. Juni 2009
- Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans in Sachsen-Anhalt
 - Ergebnisse der Dialogforen vom 20. November 2009

Schwerpunkte der Integration in Sachsen-Anhalt

- Willkommenskultur entwickeln
- Interkulturelle Öffnung vorantreiben
- Partizipation und Selbstorganisation stärken
- Sprache und Bildung von Anfang an fördern
- Anerkennung und Qualifizierung verbessern

Willkommenskultur entwickeln

- Angst vor Ausgrenzung verhindert insbesondere qualifizierte Zuwanderung
- Ausgrenzung behindert Integrationsbereitschaft und Identifikation der Zugewanderten
- Geringe interkulturelle Kompetenz verhindert Blick auf die Potentiale von Zugewanderten (Bsp.: Vermittlungspraxis)
- Aktuelle „Integrationsdebatte“ befördert Stereotype insbesondere gegenüber muslimischen Zugewanderten
- Botschaft sollte aber sein: Wir brauchen euch und wollen eure Fähigkeiten nutzen, also bringt sie ein!

Interkulturelle Öffnung vorantreiben

- Begegnungen fördern
 - Kenntnisse und Alltagserfahrungen fördern Offenheit im Zusammenleben
- Interkulturelle Kompetenz stärken
 - Behörden und Einrichtungen benötigen Interkulturelle Kompetenz, um kulturelle und religiöse Unterschiede einbeziehen zu können
 - Interkulturelle Kompetenz muss fester Bestandteil von Aus- und Fortbildung werden
- Öffnung von Verwaltungen und Diensten
 - Zugewanderte bringen Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz mit und sollten daher verstärkt bei Neueinstellungen, Ausbildungen im Öffentlichen Dienst berücksichtigt werden

Partizipation und Selbstorganisation stärken

- Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe und setzt Bereitschaft und Engagement auf Seiten der Zugewanderten ebenso wie auf Seiten der Aufnahmegesellschaft voraus
- Es bedarf daher der Partizipationschancen im Hinblick auf Arbeitsmarkt, Gesellschaft, Politik und Kultur
- Migrantenselbstorganisationen haben dabei eine Schlüsselrolle
 - Interessenvertretung
 - Identitätsstärkung und kulturelle Selbstorganisation
 - Mobilisierung von Integrationsbereitschaft
 - Mediatorenfunktion

Sprache und Bildung von Anfang an fördern

- **Frühkindliche Bildung**
 - Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung
 - Interkulturelles Zusammenleben, Toleranzförderung
 - Soziale Integration
- **Schulische Bildung**
 - Sprachförderung, Förderung der Mehrsprachigkeit
 - Interkulturelle Kompetenz
 - Demokratieförderung
 - Übergänge, Berufsorientierung
- **Sprachförderung für Erwachsene**
 - Integrationskurse
 - Berufsbezogene Sprachförderung

Anerkennung und Qualifizierung verbessern

- **Anerkennung**
 - Anerkennungsgesetz des Bundes: Recht auf Anerkennungsverfahren unabhängig von Staatsangehörigkeit
 - Muss in den Ländern nachvollzogen werden
 - Bündelung und Qualifizierung der Anerkennungsstellen
 - Qualifizierung der Migrationsdienste
- **Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung**
 - Anpassungsqualifizierungen
 - Arbeitsmarktzugänge für Flüchtlinge erleichtern
 - Akademische Potentiale der Bildungsinländer nutzen

Fazit

Sachsen-Anhalt braucht
Zuwanderung, Integration und Vielfalt:

- zur demografischen Stabilisierung
- zur Bewältigung des Fachkräftemangels
- zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens!

- Eine offene Willkommenskultur,
- das Integrationsengagement Zugewanderter
- und die Nutzung der Bildungspotentiale
sind die Schlüssel dafür!

Forum d)

Ehrenamt: Engagement in Sachsen-Anhalt

Frau Birgit Bursee
Freiwilligenagentur Magdeburg

Landespräventionstag - Forum Ehrenamt
„Engagement in Sachsen-Anhalt“



Birgit Bursee

Freiwilligenagentur Magdeburg,
Landesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt



Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Engagementquote

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)

- ca. 23 Millionen ehrenamtlich engagierte Menschen in Deutschland
- **Engagementquote 2009**
37 % der Bevölkerung > 14 Jahre
(weitgehend stabil)
 - 32 % seit über 10 Jahren
 - 90 % mindestens ein mal pro Monat
 - 56 % mehr als ein Mal pro Woche



Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

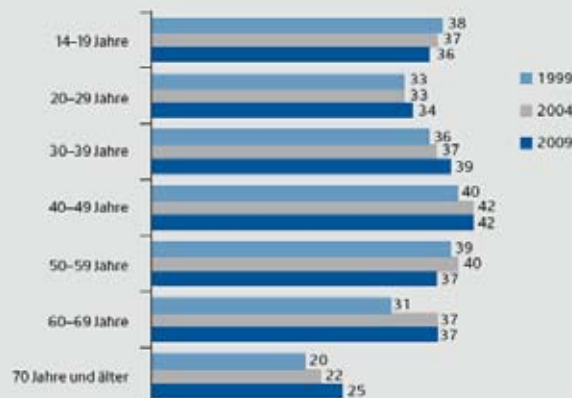
Engagementpotential

vgl. FW-Survey (1999-2009)

- Insgesamt gestiegenes **Engagementpotential** (1999: 26 %, 2009: 37 %)
 - bei bisher nicht Engagierten (32 %) „externes“ Engagementpotential
 - bei bereits Engagierten (40 %) „internes“ Engagementpotential
- großer Wunsch nach Informationen über **Möglichkeiten des Engagements**
→ Zielgruppen für FWAs und Seniorenbüros



Grafik 14:
Freiwillig Engagierte nach 7 Altersgruppen
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)



Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009



Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Grundaussagen

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)

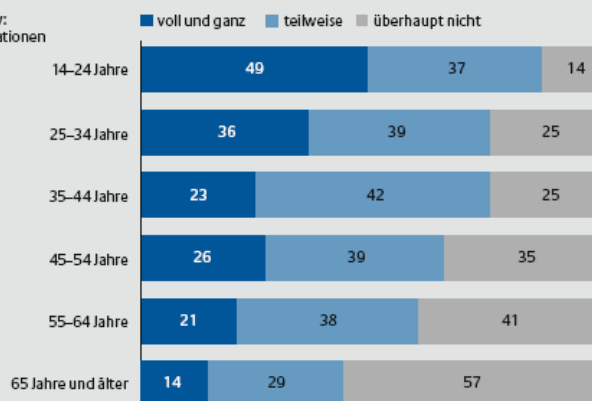
- Engagement **jüngerer Menschen**
(14-24 Jahre) leicht rückläufig
 - → schwieriges Zeitregime (Gymnasium/Studium)
 - → Beziehungs-/Familiengründungsphase (besonders hinsichtlich Engagement von Frauen)
 - → sonstige Anforderungen (Haupt-/Realschulen, Berufsschulen)
- Engagement mit Qualifizierungswert
 - Etablierung im Lebenslauf



Grafik 13:

Qualifikationsbedürfnisse im Engagement nach Lebensalter (2009)
Alle Engagierten ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)

Engagementmotiv:
Ich will mir Qualifikationen
erwerben, die im
Leben wichtig sind.



Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009



Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Grundaussagen

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)

- Engagement **älterer Menschen** (> 60 Jahre) gewachsen
 - 60-69jährige („jungen Alte“) von 31 auf 37 %
 - 70-75jährige von 24 auf 30 %
- Hohe soziale und gesellschaftspolitische Motivation zum Engagement
 - besonders auch zugunsten der eigenen Altersgruppe (Soziales, Pflege, Betreuung)
 - Abmilderung von Folgen des demograph. Wandels



Grafik 15:

Engagement nach Engagementbereichen – Bevölkerung und ältere Menschen im Alter von über 65 Jahren (2009)
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen)

Sehr große Bereiche

■ Sport und Bewegung
10,1 %/6,4 %

Große Bereiche

■ Schule/Kindergarten
6,9 %/1,5 %
■ Kirche/Religion
6,9 %/7,0 %
■ Sozialer Bereich
5,2 %/6,8 %
■ Kultur/Musik
5,2 %/4,7 %
■ Freizeit/Geselligkeit
4,6 %/4,4 %

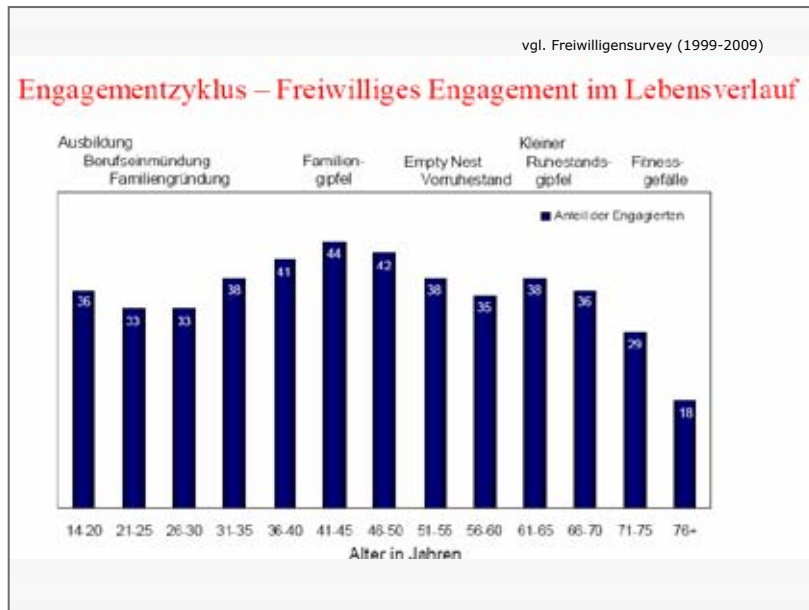
Mittlere Bereiche

■ Feuerwehr/Rettungsdienste
3,1 %/0,6 %
■ Umwelt- und Tierschutz
2,8 %/3,1 %
■ Politik/Interessenvertretung
2,7 %/2,5 %
■ Jugendarbeit/Bildung
2,6 %/1,0 %
■ Gesundheitsbereich
2,2 %/2,7 %
■ Lokales Bürgerengagement
1,9 %/2,1 %
■ Berufl. Interessenvertretung
1,8 %/1,1 %

Kleinere Bereiche

■ Justiz/Kriminalitätsprobleme
0,7 %/0,3 %

Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009



Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Grundaussagen

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)

- Gesteigertes Engagement **von Familienjahrgängen**
 - Bei 30-49jährigen Anstieg um 3 %
 - besonders bedeutsam angesichts des sinkenden Anteils an Gesamtbevölkerung (im Vergleich zu Älteren, deren Anteil wächst)
 - Zunehmende Sorge um „gutes“ Aufwachsen der Kinder (Engagement in 2-4-Personenhaushalten am größten)





Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

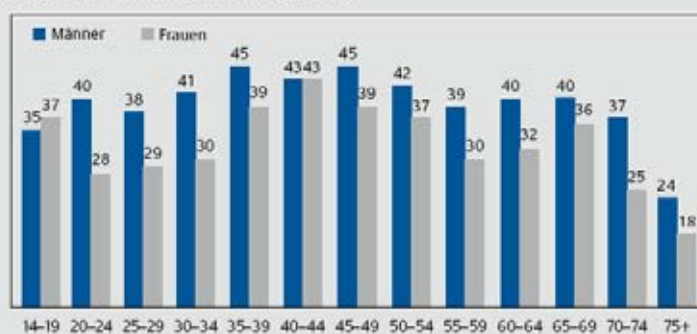
Grundaussagen

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)

- Immer noch deutlich höheres Engagement von **Männern (40 %)** als von **Frauen (32 %)**
 - Deutlicher Abfall bei Frauen in Familienphase (20-34 Jahre) und „Großeltern-Phase“ (55-64 Jahre)
 - Frauen tragen „Soziale Bereiche der Zivilgesellschaft“ (KiTa, Schule, Soziales, Kirche)
 - Männer sind in (Vereins)Strukturen überdurchschnittlich präsent (Sportvereine, Feuerwehren, politisches Engagement) – Fortführung von gewohnten Führungspositionen



Grafik 19:
Freiwillig Engagierte nach 13 Altersgruppen: Männer und Frauen (2009)
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)



(Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009)

Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt

Potentiale und Grenzen

- Zentrale **Motivation:** Mitgestaltung der Gesellschaft, soziale Anerkennung
- Zunehmend:
 - Verwirklichung eigener Interessen, neue Erfahrungen, Spaß, neue Kontakte und Netzwerke → besonders wenn familiäre und berufliche Netzwerke wegfallen

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)



Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Engagementbereiche I

- Sport und Bewegung (10,1 %)
- Schule und Kindergarten (6,9 %)
- Kirche und Religion (6,9 %)
- Sozialer Bereich (5,2 %)
- Kultur und Musik (5,2 %)
- Freizeit und Geselligkeit (4,6 %)

vgl. Freiwilligensurvey (1999-2009)

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Engagementbereiche II

- ☐ Feuerwehr / Rettungsdienste (3,1 %)
- ☐ Umwelt- und Tierschutz (2,8 %)
- ☐ Politik, Interessenvertretungen (2,7 %)
- ☐ Jugendarbeit / Bildung (2,6 %)
- ☐ Gesundheitsbereich (2,2 %)
- ☐ Lokales Bürgerengagement (1,9 %)
- ☐ Berufliche Interessenvertretung (1,8 %)

vgl. Freiwilligensurvey (2009)



Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt

Potentiale und Grenzen

Engagement kann viel,
aber nicht alles.

Grafik 21:

Verbesserungsvorschläge der Freiwilligen an den Staat bzw. die Öffentlichkeit
Zeitaufwendigste freiwillige Tätigkeiten (Angaben in Prozent)



Quelle: Freiwilligen surveys 1999, 2004 und 2009

Bürgerschaftliches Engagement

Diskussions- und Problemfelder

- ☐ Wie ernst wird Engagement genommen?
 - Engagement in gewünschten Strukturen = „gutes“ Engagement ?
 - aber es gibt auch:
 - ☐ Bürgerengagement (z.B. gegen Autobahnbau)
 - ☐ Jugendengagement (z.B. Subkultur)
 - ☐ Engagement für Mitbestimmung (z.B. Elternengagement bei der Diskussion um Schulstrukturen)

Bürgerschaftliches Engagement

Diskussions- und Problemfelder

- ☐ Freiwillige als „Lückenbüßer“ ???
 - Tendenzen gesellschaftliche Probleme mit Ehrenamt lösen zu wollen, z.B.
 - ☐ Pflege und Betreuung im Alter
 - ☐ Begleitung sozial benachteiligter Familien
 - ☐ Lücken im Bildungssystem / in Schulen
 - ☐ Fragen der Integration
 - ☐ Kulturangebote im ländlichen Raum
 - ☐ usw.

Bürgerschaftliches Engagement

Diskussions- und Problemfelder

- ☐ Kein Ehrenamt ohne Hauptamt
 - Qualität im Freiwilligenmanagement
 - ☐ Zuverlässigkeit, Professionalität
 - ☐ Koordinierung, Begleitung
 - ☐ Anleitung, Qualifizierung
 - ☐ Anerkennung
 - ☐ Strukturelle Rahmenbedingungen
 - ☐ Nachhaltige Entwicklung

Bürgerschaftliches Engagement

Diskussions- und Problemfelder

- ☐ Sicherstellung der Rahmenbedingungen
 - Förderung von personellen und strukturellen Voraussetzungen
 - Versicherungsschutz
 - Kostenerstattung / Aufwandsersatz
 - Anerkennungskultur
 - Zugang zu Qualifizierungsmöglichkeiten
 - Mitgestaltung von Engagementfeldern

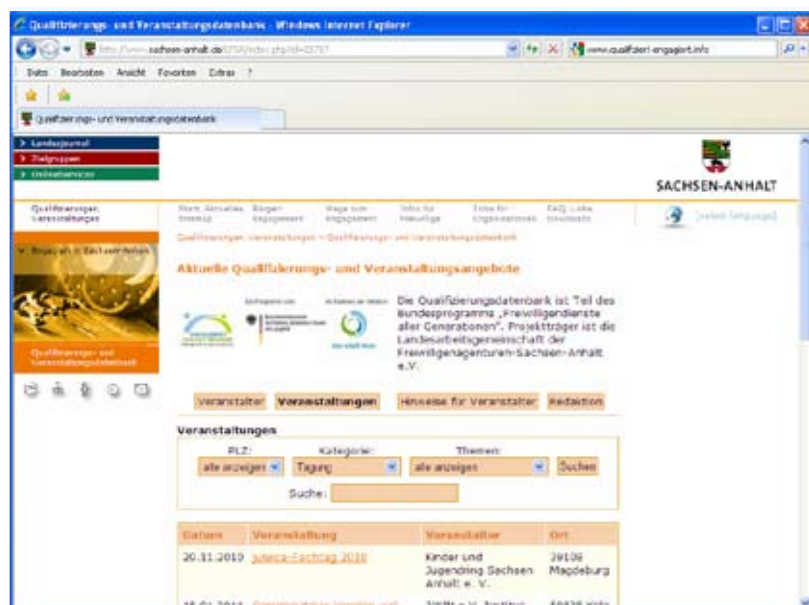


6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt

Information zum Engagement

- Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt
www.lagfa-lsa.de
- Engagementportal Sachsen-Anhalt
www.engagiert-in-sachsen-anhalt.de
- Qualifizierungsdatenbank Sachsen-Anhalt
www.qualifiziert-engagiert.info



Resümee der Foren

„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Resümee Forum A:

Senioren:

Nutzung der Potentiale des Alters

Projekte der AG

„Dialog der Generationen“

„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



1. Potenziale des Alters
2. Verschiedene Arbeitsgruppen
3. Dialoge der Generationen
4. Anliegen
5. Projekte
6. Öffentlichkeitsarbeit
7. Auszeichnungen
8. Partner

Potenziale des Alter

- Wissensverfügung
- Erfahrungen (im Leben, im Beruf)
- Verfügen über nutzbare Zeit
- Freiraum zum Arbeiten
- Vertrauensvoll
- Finanziell abgesichert

Verschiedene Arbeitsgruppen

- Dialog der Generationen
- Sicherheit
- Soziales wohnen
- Und weitere

Dialog der Generationen

- Gründung : 13.01.2000
- Anfangs 5 Personen
- Mittlerweile 65 Mitglieder, 70 Gastfamilien,
170 ausländische Studenten
- Gestalten Seniorenpolitik mit

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Anliegen

- Dialog der Generationen aufbauen und führen
- Zw. Jung u. Alt Brücken schaffen
- Solidarität zw. Generationen fördern
- Jung und Alt zusammenführen

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Projekte

- Wir lernen unsere Heimatstadt kennen
- Deutschland liest vor , Magdeburg liest mit
- Magdeburger Senioren und ausl. Studenten
- Alte Spiele
- Aus der Schule geplaudert
- Großeltern und Enkel
- Gymnasiasten unterrichten Senioren

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Öffentlichkeitsarbeit

- Presse, Rundfunk und Fernsehen
- Infos über Arbeit und Projekte
- Aufrufung zur Gewinnung von Teilnehmern , Vorlesern , Zeitzeugen uvm.

**„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“**



Auszeichnungen

- Der Bürgerpreis 2004 der Initiative für Bürger-Engagement
„für mich , für uns , für alle“
- Bundesverdienstorden 2008
- Der blaue Lesekoffer 2005
- Ehrenpass der Stadt Magdeburg

**„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“**



Partner

- Freiwilligen Agentur Magdeburg e. V.
- Zeitzeugen
- Netzwerk und Integration
- Kulturelle Einrichtungen

Resümee Forum B:

Städtebau:

*Demografischer Wandel im Kontext von
Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe*

Gliederung

- Was kommt auf die Städte zu?
- Wie soll eine Stadt mit dem demografischen Wandel fertig werden?
- Welche Probleme treten auf?
- Fazit ...

- alternde Bevölkerung geht einher mit der Abwanderung der Jugend
- Geburtenrate sinkt
- Dörfer sterben aus
- Leerstände von Wohnungen

DAS STADTBILD MUSS SICH ÄNDERN!

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Rück- und Neubauten
- Nachnutzung von Abrissflächen
- Ausbau und Weiterentwicklung der Infrastruktur
- Schaffung/Eingemeindung neuer Ortsteile
- Flächeninanspruchnahme ändern!

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Altes Stadtbild geht verloren
- Proteste von Einwohnern
- Finanzierung

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Stadtbild muss sich dem demografischen Wandel anpassen
- Stadt/Umgebung muss für junge Menschen und Unternehmen attraktiver werden
- Stadtentwicklungskonzept findet Beachtung
- Bevölkerung wird: älter, bunter, ärmer und weniger

Resümee Forum C:

*Integration:
Chancen und Potentiale
von Zuwanderung*

- Migration in Sachsen-Anhalt allgemein:
- Sachsen-Anhalt hat mit 1,9 % den geringsten Anteil der ausländischen Bevölkerung
- Den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, d. h.
- Ausländerinnen und Ausländer
- Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
- Eingebürgerte
- Kinder von Migrantinnen und Migranten
- = 4 % in Sachsen-Anhalt

- Integrationsstruktur in Ostdeutschland unterscheidet sich strukturell von Westdeutschland:
- Zuweisung von Asylbewerberinnen/n Jüdischen Zuwanderinnen/n und Spätaussiedlerinnen/n
- Breite Streuung der Herkunftsländer
- Wenig interkulturelle Alltagserfahrungen

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Altersstruktur im Vergleich:
- Fast 30 % der ausländischen Bevölkerung sind bis 25 Jahre alt, bei den Deutschen sind es knapp 22 %
- Nur knapp 4 % der ausländischen Bevölkerung sind 65 Jahre alt, bei den Deutschen sind es nur ca. 23,5 %

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Fazit:
- Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung und verbesserte Integration
- Man braucht eine demografische Stabilisierung
- Eine offene Willkommenskultur, d. h. das Integrationsengagement Zugewanderter und die Nutzung der Bildungspotenziale sind die Schlüssel dafür!

„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Resümee Forum D:

Ehrenamt:

Engagement in Sachsen-Anhalt

„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Freiwilligen Agentur

- Vermittlungsstelle für ehrenamtlich Engagierte
- Begleitet Freiwillige bei Fragen und Problemen

„Demografischer Wandel –
generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



Engagementquote

- 1999 bis 2009 Anstieg der Engagementquote von 26 auf 37 %
- Insgesamt 23 Millionen ehrenamtlich Engagierte in Deutschland

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- 32% > 10 Jahre
- 90% mindestens 1 x pro Monat
- 56% mehr als 1 x pro Woche

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Mehr ältere Menschen engagieren sich als jüngere
- Jüngere Menschen:
- Schwieriges Zeitregime
 - Beziehungs-/Familiengründungsphase
 - Sonstige Anforderungen
 - Motive: Qualifikation erwerben, Mitgestaltung der Gesellschaft, soziale Anerkennung, neue Kontakte, neue Erfahrungen, Verwirklichung der eigenen Interessen

„Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“



- Ältere Menschen:
- fit im Alter
 - Zeit
 - Neuorientierung
 - Motive: soz., gesellschaftliche Verantwortung, auch zugunsten der eigenen Altersgruppe

6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt

Zum guten Schluss ...

Deutschland altert!

Die demografische Entwicklung ist geprägt von sinkenden Bevölkerungszahlen. Der geringer werdende Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter hat Auswirkungen auf die Sozialsysteme und die Sicherheitspolitik. In gleicher Weise wie sich Stadtplanung und Arbeitsmarkt sowie Kultur-, Freizeit- und Konsumverhalten ändern, wird die Bevölkerung auch mit neuen Kriminalitätsformen konfrontiert. Von diesen demografischen Erschütterungen wird auch Sachsen-Anhalt nicht verschont bleiben.

Der 6. Landespräventionstag stand deshalb unter dem Motto „Demografischer Wandel – generationenübergreifende Prävention in Sachsen-Anhalt“ und widmete sich mit einem umfangreichen Programm dem gesellschaftlichen Wandel in unserem Bundesland.

Im Rahmen einer Problemdiskussion, insbesondere in den angebotenen Foren, wurden verschiedene sicherheitsrelevante und sozialpolitische Ansätze aufgezeigt, wie wir der demografischen Falle entgehen können.

An der Veranstaltung nahmen 200 interessierte Gäste teil, ein Großteil davon waren ehrenamtlich engagierte Menschen in Sachsen-Anhalt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich über interessante Projekte informieren, aber auch ihre eigenen Erfahrungen in die Diskussion einbringen. Das Seniorentheater der Volkssolidarität Magdeburg machte zum Schluss des 6. Landespräventionstages sehr deutlich, dass ältere Menschen noch lange nicht zum „alten Eisen“ gehören.

Hier einige Impressionen der des 6. Landespräventionstages ...



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



6. Landespräventionstag Sachsen-Anhalt



Impressum

Herausgeber: Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt
– Geschäftsstelle –
Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Halberstädter Straße 2/am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg

Tel.: 0391 567 5210 oder 567 5228

Fax: 0391 567 5280

E-Mail: landespraeventionsrat@mi.lsa-net.de

Internet: <http://www.sachsen-anhalt.de/lpr>

Redaktion: Ute Dikta-Kölling
Daniela Anderson
Geschäftsstelle Landespräventionsrat

Gesamtgestaltung/Druck: Medien/Landesweite Informationsstelle der Polizei
des Landes Sachsen-Anhalt

Nachdruck bzw. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Herausgebers.